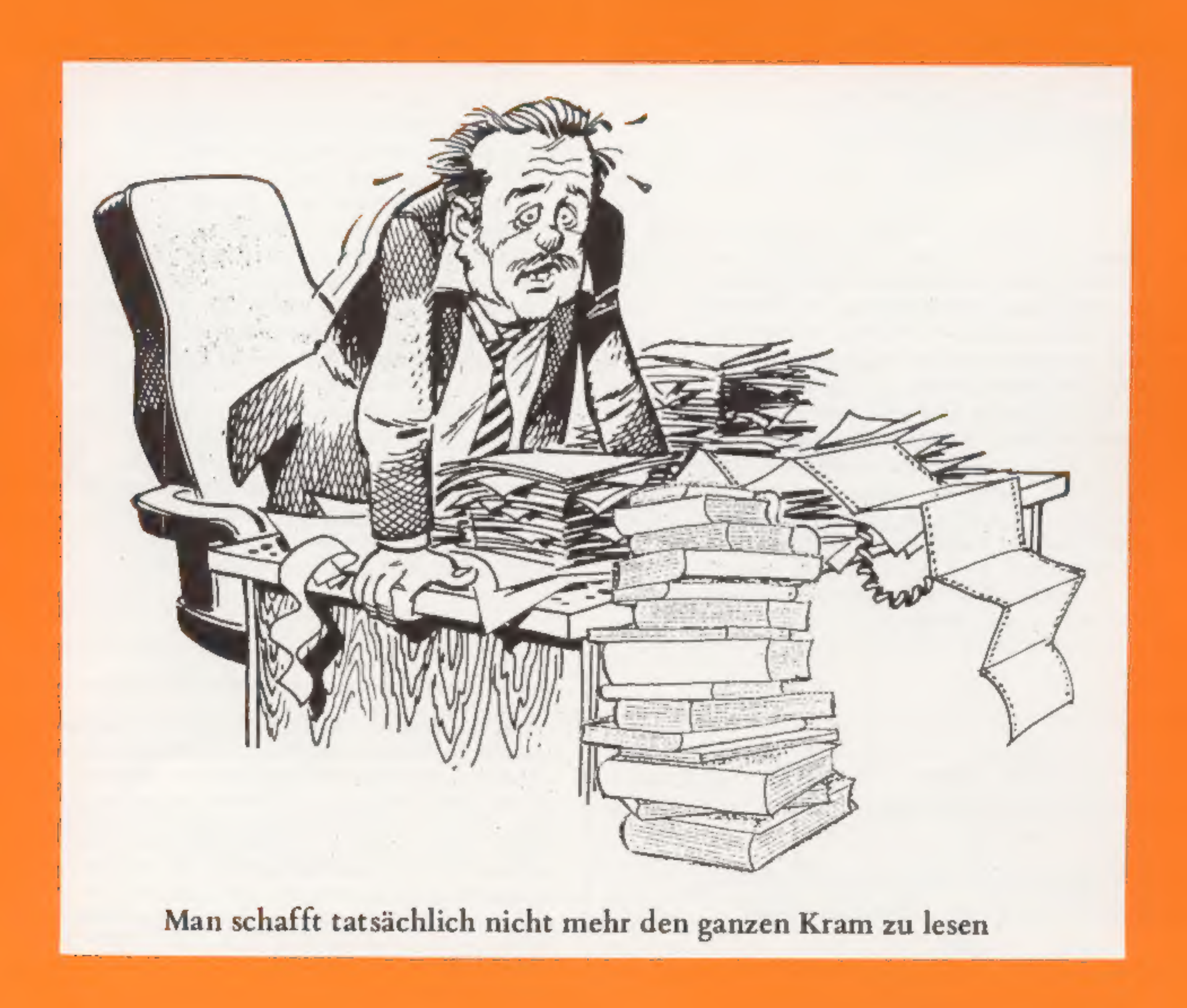
Historische Tatsachen Nr. 29

Dipl. Pol. Udo Walendy

Amtliche Lügen straffrei, Bürgerzweifel kriminell



Man schafft tatsächlich nicht mehr den ganzen Kram zu lesen

Historische Tatsachen Nr. 29

— Wissenschaftliche Zeitschrift —

Dipl. Pol. **Udo Walendy**

Amtliche Lügen straffrei, Bürgerzweifel kriminell*)

*) Die Kriminalisierung von Bürgerzweifeln an behaupteten deutschen Kriegsverbrechen ist durch oberste Rechtssprechung sowie Vorgeschichte und Inhalt des 21. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 13. Juni 1985 legalisiert worden.

Dieses Heft ist vor Drucklegung juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

Verfasser und Verleger geben hiermit aus besonderer Veranlassung der neuen Strafrechtslage ausdrücklich kund, keinerlei Zweifel über das Geschehen in Auschwitz oder anderswo zu äußern, sondern lediglich unter Bezugnahme auf das der Presse zustehende Recht auf freie Information für historische Chronisten unter Maßgabe strenger wissenschaftlicher Maßstäbe zu berichten.

ISSN 0176 - 4144

Druck: Kölle Druck D-4994 Pr. Oldendorf

Konten des Verlages: Postscheck Essen 116162 - 433
Kreissparkasse Herford 250 00 2532
(BLZ: 494 501 20)
Postscheck Wien: 7598.326

"Ich bin ein freigeborener deutscher Mann, und ich bin stolz auf meinen Namen und auf mein Volk. Was deutsch war und ist, was Jahrtausende geboren haben, was große und gute deutsche Menschen in so vielen Jahrhunderten gearbeitet, gewirkt, erfunden und gedacht haben, das ist mein Erbe, das ist mein Besitz; die Helden, die Seher, die Propheten, die Weisen, die Erfinder meines Volks, sie sind auch meine Ahnen, und ich darf die Ehren nicht schänden und die Güter nicht rauben lassen, die sie den Enkeln überliefert haben. Als meine Mutter mich gebar und mich mit dem ersten Liebeslächeln auf den Knien wiegte und für das Leben einsegnete, als mein Vater meine Jugend züchtigte und unterwies und mir deutsche Redlichkeit, Treue und Frömmigkeit als das einzige gewisse Gut dieser Welt zeigte, da ward mir das deutsche Land, so weit es sich streckt, als mein Vaterland angewiesen, da ward ich in die Rechte eines deutschen Bürgers eingeweiht. Diese Rechte sind mir gleich mit dem ersten und mächtigsten der deutschen Fürsten; er hat keine größere Ehre und Herrlichkeit zu verlieren als ich. Darum ist ein Dieb und Entweiher deutscher Ehren und Rechte auch ein Dieb und Entweiher meiner Ehren und Rechte; darum darf ich den Fürsten und Bettler verklagen, wenn er gegen das Vaterland verbricht."

Ernst Moritz Arndt

"... sprach Sebastian Haffner, der selbst ein erfolgreiches und sehr lesenswertes Büchlein 'Anmerkungen zu Hitler' verfaßt hat. Für Haffner ist die Welt von heute ganz generell das Werk Hitlers. ..... Deutschland müsse glücklich sein, k e i n e n Friedensvertrag nach 1945 erhalten zu haben, denn unter den damaligen Bedingungen der frischen Erinnerung an die Greuel der Konzentrationslager hätte 'das Volk der Mörder' einen wesentlich schlechteren Vertrag erhalten, als zum Beispiel nach dem Ersten Weltkrieg. Wer aber dennoch heute schon wieder am Status quo rüttele, der bedrohe die Grundlagen des europäischen Friedens."

— *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* 3. Februar 1984, S. 6. —
— Haffner/Pretzel vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 27 S. 17. —

Von Ernst Moritz Arndt (1810)

Diese für die Greifswalder Universitätsfeier im Jahre 1810 vorbereitete Rede hat Ernst Moritz Arndt wegen der politischen Verhältnisse nicht halten können; sie wurde erst 1847 veröffentlicht. Sie wäre in unserer gegenwärtigen bundesdeutschen Lage angemessen, doch wird sie – ebenfalls der politischen Verhältnisse wegen! – vor einem offiziellen Forum nicht gehalten werden. Es ist auch tatsächlich noch nicht geschehen.

Amtlich verkündete "offenkundige historische Tatbestände", Kriminalisierung der Zweifler und Bestreiter solcherart "offenkundiger historischer Tatbestände" in Verbindung mit Beamtengesetzgebung, entsprechende Rechtsprechung, Personalpolitik in Parteien, Verwaltung und Wirtschaft, Schulrichtlinien für parteiischen Geschichtsunterricht, gleichgerichtetes geistiges Trommelfeuer aller "pluralistischen" Medien bedingen die Notwendigkeit, uns solche Jahrhunderte überdauernden Aussagen wie jene von Ernst Moritz Arndt ins Gedächtnis zurückzurufen.

"Ich trete hier auf unter Ihnen als einzelne Stimme unter so vielen Stimmen, die an diesem Tage laut werden möchten. Schaue ich nach außen hinaus, eine Welt hat sich verwandelt in dieser kurzen Zeit, die meisten auch von uns haben sich mitverwandelt, mehr als ihnen scheinen mag, in Freuden und Leiden, in Hoffnung und Furcht, in neuen Ansichten und Strebungen der Herzen, die aus neuen Bewegungen und Erschütterungen der Welt hervorgegangen sind.

Wie vieles ist von dem geschwinden Strom der Zeit weggespült, wie vieles heißt man uns hassen, was wir damals noch liebten, wie vieles verachten, was wir damals noch ehrten, wie vieles nichtig ansehen, was uns damals herrlich deuchte... Wenn alte Sitte, nicht neuer Befehl, wenn alte Treue, nicht junge Schmeichelei, wenn reines Herz und stille Hoffnung uns hier versammeln, so ziemt uns auch ein ernstes Wort zu uns über uns. Uns ziemt das Geständnis, daß die fürchterliche Zeit, die alles in Trümmer übereinander geworfen, uns vielfach verwundet und zerschmettert hat, uns ziemt nach soviel Unglück und Unheil der Stolz der Wahrheit, die Freiheit und Mündigkeit des Geistes.

Wir wären unwürdig zu leben, wenn wir für das Alte, die alte Zeit, die alten Verhältnisse die alten Menschen keine Tränen hätten. Wie kann das Neue sich Treue versprechen von einem Leichtsinn, der keine Toten zu beweinen hat? Wo wir verwandelt werden konnten, sind wir alle verwandelt worden. Aber das unwandelbar Feste, das in der Gesinnung ist, läßt sich durch keine Schwerter und Machtbriefe vertilgen, es ist unser!

Wir haben nicht vergessen, was wir waren, wir wollen nicht vergessen, was wir sein sollen...

Das Alte ist vergangen, das Neue soll leben. Diese Worte sind uns mit 1.000 Donnerstimmen verkündet worden. Wer nicht mit des Geistes Auge über Schutt und Trümmer hinschaut, wie mag er sich retten von Verwirrung und Verzweiflung? Das Sichere und Unbewußte, was Gewohnheit und Sitte sonst hielt und trug, ist nicht mehr in dieser Welt. Wer Fremden nachäfft, wie weit er es auch bringt, offenbart immer eine nichtige Eitelkeit. Wie wir uns achten, werden wir geachtet werden...

Wir sind ja so zerflossen, zerfallen, so aufgelöst und zeronnen, daß wir zu allem umgestaltet und verwandelt werden können, nur nicht wieder zu dem, wovon du redest...

Nein, nein sage ich – es lebt noch Deutsches, es lebt ein deutsches Volk, es klingt noch eine deutsche Sprache, es wirkt und schafft noch deutscher Sinn, es schlagen noch deutsche Herzen, und deutsche Geister ringen und kämpfen noch.

Wer sich selbst verläßt, der wird verlassen. Das Volk, das an sich selbst zweifelt, an dem verzweifelt die Welt, und die Geschichte schweigt auf ewig von ihm...

Der äußere Bau, das äußere Kleid mag wechseln wie es will, alles Innere steht ewig. Nicht in der Gestalt mag das Alte lebendig bleiben, sondern im Geist... Mit diesem Hoffen umfassen wir die Zeit, mit diesem Stolz bekennen wir unseren Namen und unser Volk, in diesem Sinne wollen wir auch Weltbürger sein und alle zahlreichen Völkergeschlechter der Erde mit Liebe begrüßen!..."

Wie sehr unsere Geschichte verfälscht worden ist, wird jeder gewahr, der einmal in alten Büchern blättert, besonders in Geschichts- und Landschaftsbüchern – vornehmlich aus Ostdeutschland –, die vor den großen Umbrüchen unseres Jahrhunderts geschrieben worden sind. Sie lassen erkennen, in welchem ungeheuren Maße seitdem Sprachregelungen und Wertungen, die nur die jeweiligen Machtinteressen repräsentieren, das gesamte geistige Leben einer Nation beherrschen können. Mag diese Nation nun "demokratisch", "republikanisch", "sozialistisch", "monarchisch" oder "faschistisch" strukturiert sein; – die gepriesene Vielfalt der Meinungen endet allerorten an gesetzten Tabus. Ändern sich jedoch plötzlich die Machtverhältnisse, so ändern sich ebenso schnell die "Wahrheiten" und die "offenkundigen historischen Tatbestände".

Möge man dies auch gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland begreifen und dem Historiker das Recht einräumen, seine Recherchen, Erkenntnisse und Wertungen in einem machtunabhängigen Forschungsauftrag im Sinne von Leopold von Ranke und Ernst Moritz Arndt durchzuführen, zu gestalten und öffentlich zu bekennen! Nur dann kann Sinnvolles und dauerhaft Beständiges für die geistige Weiterentwicklung der Menschheit gewonnen werden!

Eine Dokumentation, die die Lage klärt

An die
Staatsanwaltschaft
Postfach
5300 Bonn 1

Dipl. Pol. Udo Walendy
D-4973 Vlotho/Weser
den 22.3.1986

Strafanzeige

gegen Bundeskanzler Helmut Kohl
und
Dr. Kühne, Leiter des Bundeskanzleramtes,
wegen Volksverhetzung, Rassendiskriminierung und Eidbruch

Begründung

Herr Bundeskanzler Helmut Kohl hat in der Bundestagsdebatte vom 7. November 1985 (***Bulletin*** , Bonn 8.11.1985 Nr. 122/S. 1061) behauptet, die Deutschen bzw. "das NS-Regime" bzw. die deutsche Wehrmacht – bzw. "zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und den von Deutschland zeitweise besetzten Gebieten" geschehen — hätten während des Zweiten Weltkrieges 500.000 Zigeuner — bzw. Sinti und Roma — ermordet. Herr Dr. Kühne hat als Leiter des Bundeskanzleramtes mit — inzwischen in der Nationalzeitung veröffentlichtem Schreiben vom 6. Dezember 1985 (Kopie anbei) diese Behauptung erneut aufgestellt mit dem Zusatz, *"die Schätzungen reichten bis 800.000 ermordeten Sinti und Roma. Dabei ist die Zahl von 280.000 die als gesichert geltende Untergrenze, die sich nach Vorlage weiteren Dokumentenmaterials noch erheblich erhöhen kann".* — Den weiteren Brieftext von Herrn Dr. Kühne bitte ich dem Originalschreiben zu entnehmen.

Mit Einschreiben vom 3.1.1986 hatte ich an das Bundeskanzleramt z.H. Herrn Dr. Kühne folgendes Ersuchen gerichtet:

Sehr geehrter Herr Dr. Kühne!

*Mir liegt Ihr inzwischen in der Deutschen Nationalzeitung veröffentlichter Brief an Herrn Nopitsch vom 6.12.1985 vor. Ich bitte um konkrete Auskunft, wo und wie ich Dokumentationen über die angebliche Ermordung von "etwa 500.000 ermordeten Zigeunern" nachprüfen kann. Ich habe ein abgeschlossenes Studium der politischen Wissenschaften in Berlin und somit Zugang zur wissenschaftlichen Arbeitsweise und den dazugehörigen Arbeitsmaterialien. Zur anschaulichen Nachprüfung lege ich Ihnen zwei von mir erarbeitete wissenschaftliche Untersuchungen "**Historische Tatsachen**" Nr. 21 und Nr. 23 bei. Nr. 23 hat die inzwischen "landläufig gewordene" Behauptung von der Ermordung von 500.000 Zigeunern widerlegt. Ihre Informationsunterlagen benötige ich für die Weiterforschung.*

Mit freundlichem Gruß
Udo Walendy

Herr Dr. Kühne "beantwortete" mein Schreiben mit Schweigen. Am 6.3.1986 erinnerte ich per Einschreiben:

"Bezug: Mein Schreiben vom 3.1.1986 nebst Einsendung der wissenschaftlichen Schriften "Historische Tatsachen" Nr. 21 + 23, insbesondere Nr. 23 "Zigeuner bewältigen eine halbe Million".

Sehr geehrter Herr Dr. Kühne!

Auf meine o.g. Einschreibsendung mit der Bitte, mir Unterlagen mit authentischem Dokumentationswert über die angebliche Ermordung von 500.000 Zigeunern während der Jahre 1933 oder 1939 bis 1945 zu benennen und mir somit zur Weiterforschung zugänglich zu machen, haben Sie mich mit zweimonatigem Schweigen "gewürdigt". Sollte ich nochmals solange auf eine Reaktion Ihrerseits warten müssen, sehe ich mich gezwungen, diesen Schriftwechsel zu publizieren und Ihnen sowie dem Bundeskanzler öffentlich vorzuwerfen, daß Sie im Wissen um die Unwahrheit das deutsche Volk mit der Lüge von den 500.000 ermordeten Zigeunern desinformieren.

Mit Empfehlung
Udo Walendy"

Dr. Kühne hat inzwischen weiter geschwiegen.

Die Vorwürfe, die hier gegen das deutsche Volk als bleibende Belastung vor der Weltöffentlichkeit erhoben worden sind, sind so ungeheuer und der hiermit verbundene Schaden für unser Volk so dauerhaft unermeßlich, auf der anderen Seite die fehlende Dokumentation für solche Behauptungen inzwischen so offensichtlich und wissenschaftlich offengelegt, daß es hier in dieser

Strafanzeige dafür keiner näheren Beweise bedarf. Die Beweisführung hierfür ist in *"Historische Tatsachen"* Nr. 23 "Zigeuner bewältigen eine halbe Million" erbracht, daß es sich bei den Behauptungen von der Ermordung hunderttausender Sinti und Roma um pure Propaganda handelt.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat einen Eid geleistet, "Schaden vom deutschen Volke abzuwenden", Dr. Kühne, als Auftragsbevollmächtigter im Bundeskanzleramt meines Wissens ebenfalls. Das öffentliche Verhalten beider Herren erfüllt somit neben dem Tatbestand der Volksverhetzung und Rassendiskriminierung auch den Tatbestand des Eidbruchs, denn beide behaupteten das deutsche Volk in ungeheurem Maße belastende Sachverhalte und halten diese Vorwürfe, ohne auch nur den Willen zur Revision zu bekunden, aufrecht, nachdem ihnen in wissenschaftlicher Dokumentation nachgewiesen ist, daß solche Vorwürfe ohne jegliche sachgerechte Substanz sind.

Ich bitte mich über den Fortgang dieses Strafverfahrens zu informieren, zumal ich die Öffentlichkeit hiervon zu unterrichten gedenke.

Mit rechtsstaatlichen Empfehlungen
Udo Walendy

Anlagen

1) *Bulletin* Bonn 8.11.1985 Nr. 122/ S. 1061
2) Schreiben Dr. Kühne vom 6.12.1985
3) *Historische Tatsachen* Nr. 23 "Zigeuner bewältigen eine halbe Million"
4) Genannte Einschreibbelege

An die
Staatsanwaltschaft
Postfach
5300 Bonn 1

D-4973 Vlotho, den 28.4.1986

Betr.: Strafanzeige vom 22.3.1986
gegen Bundeskanzler Helmut Kohl und Dr. Kühne, Leiter des Bundeskanzleramtes, wegen Volksverhetzung, Rassendiskriminierung und Eidbruch

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt!

Per Einschreiben hatte ich Ihnen am 22.3.1986 die o.g. Strafanzeige mit den dazugehörigen Anlagen zugeleitet. Trotz meiner Bitte, mich über den Fortgang dieses Verfahrens zu unterrichten, habe ich bis jetzt nichts davon vernommen. Ich bitte mir wenigstens die Bearbeitungsziffer für dieses Ermittlungsverfahren zuzustellen, damit erkenntlich wird, daß meine Schreiben bei Ihnen nicht im Papierkorb landen.

Zum Sachverhalt möchte ich Ihnen heute ergänzend

DER CHEF
DES BUNDESKANZLERAMTES
322 - K 46 910/85 II

5300 Bonn 1, den 6. Dezember 1985
Adenauerallee 141
Fernruf 0228/56 2447
oder 0228/561 (Vermittlung)
Telex 886750
Telefax 0228/562357

Der Chef des Bundeskanzleramtes Postfach 5300 Bonn 1
Herrn
[geschwärzt]

Sehr geehrter Herr [geschwärzt],

für Ihr Schreiben vom 11. November 1985 darf ich Ihnen im Auftrage des Bundeskanzlers verbindlich danken. Die hier bekannten Schätzungen reichen von rd. 280.000 bis 800.000 ermordeten Sinti und Roma. Dabei ist die Zahl von 280.000 die als gesichert geltende Untergrenze, die sich nach Vorlage weiteren Dokumentationsmaterials noch erheblich erhöhen kann. Der Bundeskanzler hat die Zahl von etwa 500.000 Sinti und Roma genannt, weil sie die Mitte der bekannten Schätzungen darstellt und die Größenordnung des Opfers deutlich macht, das Sinti und Roma zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und den von Deutschland zeitweise besetzten Gebieten erbracht haben. Die Zahl der ermordeten deutschen Sinti und Roma beträgt etwa 15.000.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Kühne
(Dr. Kühne)

DER BUNDESMINISTER FÜR JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit
Postfach 20 04 90, 5300 Bonn 2

Herrn
Dr. jur. Wilhelm Stäglich

Bonn, den 27.2.1986

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom | Mein Zeichen, meine Nachricht vom 533-3270-II St/B | Tel. (0228) 338- 363 oder 338-1

Betr.: Sinti und Roma;
hier: Zahlen der in der NS-Zeit Ermordeten
Bezug: Ihr Schreiben vom 10. 1. 1986 an das Bundeskanzleramt

Sehr geehrter Herr Dr. Stäglich,

das Bundeskanzleramt hat Ihr Schreiben zuständigkeitshalber an mich weitergeleitet. Die Vielzahl der Eingaben ließ leider eine frühere Beantwortung nicht zu.

Die Zahl von 800.000 Opfern wurde von einem Rechtsanwalt in Paris genannt, dessen Anschrift hier nicht bekannt ist. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg spricht von rd. 500.000 Opfern.
Herr Donald Kenrick, London, gibt in seinem Aufsatz "Die Vernichtung der Sinti und Roma im NS-Herrschaftsbereich", veröffentlicht im Heft 4/1981 der Zeitschrift für Kulturaustausch des Instituts für Auslandsbeziehungen, Stuttgart, Seite 393, die Zahl mit 277.200 an - mit dem Vorbehalt, daß sie sich nach Vorlage weiteren Dokumentationsmaterials erheblich erhöhen könne. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen spricht Kenrick von "bis zu einer halben Million Toten".
Eine Kopie dieses Aufsatzes ist beigefügt.

Ich hoffe, Ihnen hiermit geholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Garten
Garten

das inzwischen publizierte Schreiben des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit an Herrn Dr. jur. Wilhelm Stäglich vom 27.2.1986 zuleiten. In diesem Schreiben ist erneut belegt, daß die Ermordungsversion in bezug auf die Zigeuner einzig und allein darauf fußt, daß ein nicht bekannter Rechtsanwalt aus Paris die Zahl "800.000 **genannt**" hat und Donald Kenrick, London, in einem Aufsatz von "bis zu einer halben Million Toten **spricht**".

Bundeskanzler Helmut Kohl sowie sein Bundeskanzleramtschef funktionierten somit **Genanntes** bzw. **Gesprochenes** bzw. **Geschriebenes** ohne jeglichen Dokumentationswert in historische Tatbestände mit dauerhafter Belastungswirkung gegenüber dem deutschen Volk um, — ohne sich nach wissenschaftlicher Widerlegung solcher Behauptungen zu einer Revison solcher Aussagen bereitzufinden! Das ist doch ein ungeheurer Sachverhalt! Dies um so mehr, als davon auszugehen ist, daß gleichartiges Verhalten auch in anderen Sachbezügen genauso fundiert ist.

Ich erinnere nochmals daran, daß ich als Publizist und Historiker diesen Sachstand weiterverfolgen werde und um Information der Bearbeitungsnummer dieser Strafanzeige gebeten habe.

Mit rechtsstaatlichen Empfehlungen
Udo Walendy

An die Staatsanwaltschaft
Postfach
D-5300 Bonn 1

Vlotho 6.5.1986

Betr.: Strafanzeige gegen Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundeskanzleramtschef Dr. Kühne vom 22. März 1986

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt!

In Ergänzung zu meiner Strafanzeige und meiner Erinnerung sowie Ergänzung vom 28.4.1986 möchte ich heute zusätzlich zur Kenntnis geben, daß inzwischen mehrfach ein Schreiben des Internationalen Suchdienstes in Arolsen vom 7.7.1980 (Sach-Nr. 9008) veröffentlicht worden ist, in dem über das Auskunftersuchen "über die z.Zt. der NS-Verfolgung umgekommenen Zigeuner" geantwortet wurde:

> "..... möchten wir bemerken, daß dem Internationalen Suchdienst weder Dokumentenmaterial noch Erkenntnisse zur Verfügung stehen, die die Beantwortung dieser Fragen ermöglichen. Wir empfehlen Ihnen, sich an die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu wenden."

Der Hinweis auf die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wird Ihnen sicherlich auch nicht als ernstzunehmende historische Forschungsquelle geeignet erscheinen.

An die Durchgabe des Aktenzeichens für dieses Ermittlungsverfahren darf ich zum wiederholten Male erinnern.

Mit rechtsstaatlichen Empfehlungen Udo Walendy

Staatsanwaltschaft Bonn
Postanschrift für alle Dienstgebäude:
5300 Bonn 1, Postfach 2109
Nachtbriefkasten: Wilheimstraße ▇ (Landgericht)

5300 Bonn 1, den 23.4.1986/Ker
Dienstgebäude:
[X] Oxfordstraße 10
[ ] Kölnstraße 1
[ ] Kölnstraße 3
[ ] Immenburgstr. 42
Fernruf: 0228/7001
Bei Durchwahl: 705- 268
Fernschreiber: 08-86 521

Geschäfts-Nr.: 5a Js 233/86
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Herrn
Udo Walendy
Hochstr. 6

4973 Vlotho/Weser

Betr.:
Ihre Strafanzeige vom 22.3.1986 gegen Bundeskanzler Dr. HelmutKohl u.A. wegen des Verdachts der Volksverhetzung u.a.

Sehr geehrter Herr Walendy!

Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage besteht zu strafprozessualen Maßnahmen kein Anlaß, weil Anhaltspunkte für Straftaten nicht ersichtlich sind.

Hochachtungsvoll
(Dr. Wilhelm)
Oberstaatsanwalt

An den
Generalstaatsanwalt
Postfach
5300 Bonn

D 4973 Vlotho, den 13.5.1986

Dienstaufsichtsbeschwerde
gegen Oberstaatsanwalt Dr. Wilhelm

Bezug: Einstellungsbescheid vom 23.4.1986 in bezug auf meine Strafanzeige vom 22.3.1986 gegen Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundeskanzleramtsleiter Dr. Kühne

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt!

In Verbindung mit meiner o.g. Strafanzeige habe ich den wissenschaftlichen Nachweis beigefügt (*Historische Tatsachen* Nr. 23 "Zigeuner bewältigen eine halbe Million"), daß

1.) die Behauptung Bundeskanzlers Helmut Kohl vor dem Bundestag am 7.11.1985, von deutschen Menschen seien "während der NS-Herrschaft" 500.000 Zigeuner ermordet worden, wissenschaftlich einwandfrei wider-

legt ist und dem Bundeskanzler für eine solche Behauptung niemals irgendwelche Dokumentationen zur Verfügung gestanden haben,

2.) der Bundeskanzleramtschef Dr. Kühne ebenfalls diese Behauptung in Form einer historischen Tatsachenfeststellung öffentlich verbreitet hat, sich jedoch weigert, auch nur die geringsten Konsequenzen aus der wissenschaftlichen Widerlegung des ohne jegliche Beweisgrundlagen behaupteten Sachverhaltes zu ziehen.

Ich habe weiterhin dargelegt, daß

a) die — zudem offizielle — Behauptung Bundeskanzlers Kohl, Deutsche hätten 500.000 Zigeuner ermordet, nicht nur für das gegenwärtige Deutschland, sondern auch für alle zukünftigen Generationen unseres Volkes unermeßlichen, gegenwärtig in seinen Ausmaßen noch gar nicht zu überschauenden Schaden zufügt,

b) dieses einen offenkundigen Eidbruch, Volksverhetzung und Rassendiskriminierung darstellt und daher eindeutig strafwürdig ist.

Oberstaatsanwalt Dr. Wilhelm hat das von mir mit den entsprechenden Beweisunterlagen ausgestattete Verfahren (AZ: 50 Js 233/86) eingestellt, ohne auch nur mit einem einzigen Wort auf den Sachverhalt als solchen einzugehen oder eine Begründung dafür anzugeben, w a r u m eine solche, unser Volk so ungeheuer diffamierende Beschuldigung "keinen Anhaltspunkt für Straftaten ersichtlich" macht. Folgt man dieser Praxis des Oberstaatsanwaltes Dr. Wilhelm, so wäre die Zeremonie einer Ministervereidigung, "die ganze Kraft zum Wohle des Volkes einzusetzen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm fernzuhalten", purer Fax, denn ein Bruch des Eides hätte keinerlei strafrechtliche Folgen, so offensichtlich und hoch- oder landesverräterisch er auch sei.

Sollten Sie meine nunmehrige Dienstaufsichtsbeschwerde ebenfalls einzustellen gedenken, so bitte ich doch dringend um eine juristische Begründung, ob es einem Bundeskanzler oder Minister nach bundesdeutschem Recht grundsätzlich freisteht, unserem Volk und unserer völkischen Geschichte beliebige Massenmordtaten anzulasten und damit unser Volk für alle Zeiten zu brandmarken oder nicht.

Ich hatte in meinem bisherigen Schriftwechsel bereits angedeutet, daß die juristische Klärung dieses Sachverhaltes in bezug auf den angeblichen Mord an 500.000 Zigeunern in Verbindung mit dem vom Bundeskanzler und seinem Amtschef geleisteten Eid Anhaltspunkte dafür liefert, in wie weit auch bei anderen Themen von Amts wegen "historische Fakten festgeschrieben" werden und wie in Wirklichkeit die Handhabung der demokratischen Meinungsauseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland praktiziert wird. Um es noch deutlicher auszudrücken: Der Schaden für unser Volk wird sich bei einer solchen Untersuchung mit Sicherheit als noch viel gewaltiger herausstellen, als er sich im Fall der 500.000 Zigeuner abzeichnet. Es wird sich nämlich auch in jenen anderen Fragenkomplexen ergeben, daß gleichermaßen dort von Amts wegen unter Mißachtung jeglicher Sachlichkeit die Schulddiffamierung unseres Volkes als straffrei angesehen wird und sich daher niemand in dieser Richtung irgendwelche Hemmungen aufzuerlegen brauche.

Eine Einstellung dieses von mir angestrengten Verfahrens wäre gleichbedeutend mit einer Bestätigung eines solchen Freibriefes für Politiker, Journalisten, Historiker und alle sonstigen in der Öffentlichkeit Tätigen. Sollten die bundesrepublikanischen Gesetze wirklich keine Grenze in der Schulddiffamierung unseres Volkes und in der hiermit bedingten Zufügung von Schaden setzen? Ihre offizielle Entscheidung in diesem Verfahren wird die offizielle Antwort geben.

Mit rechtsstaatlichen Empfehlungen Udo Walendy

Der Generalstaatsanwalt

Geschäfts-Nr.:
Zs 544/86
(Bitte bei allen Schreiben angeben!)

Reichenspergerplatz 1
5000 Köln 1
Zu erreichen: U-Bahn 5, 11, 15, 18
Bus 134, 148
Fernruf: (0221) 77111
Durchwahl: 7711 + Hausruf wie unten
Telex: 8-885 182 olgk

Herrn
Udo Walendy
Hochstr. 6

4973 Vlotho/Wester

Datum Hausruf
3. Juni 1986

Betr.:
Ihre Strafanzeige vom 22. März 1986 gegen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl u.A. wegen des Verdachts der Volksverhetzung u.a.
- 50 Js 233/86 Staatsanwaltschaft Bonn -

Bezug:
Ihre Beschwerde vom 13. Mai 1986 gegen die Einstellung des Verfahrens

Sehr geehrter Herr Walendy!

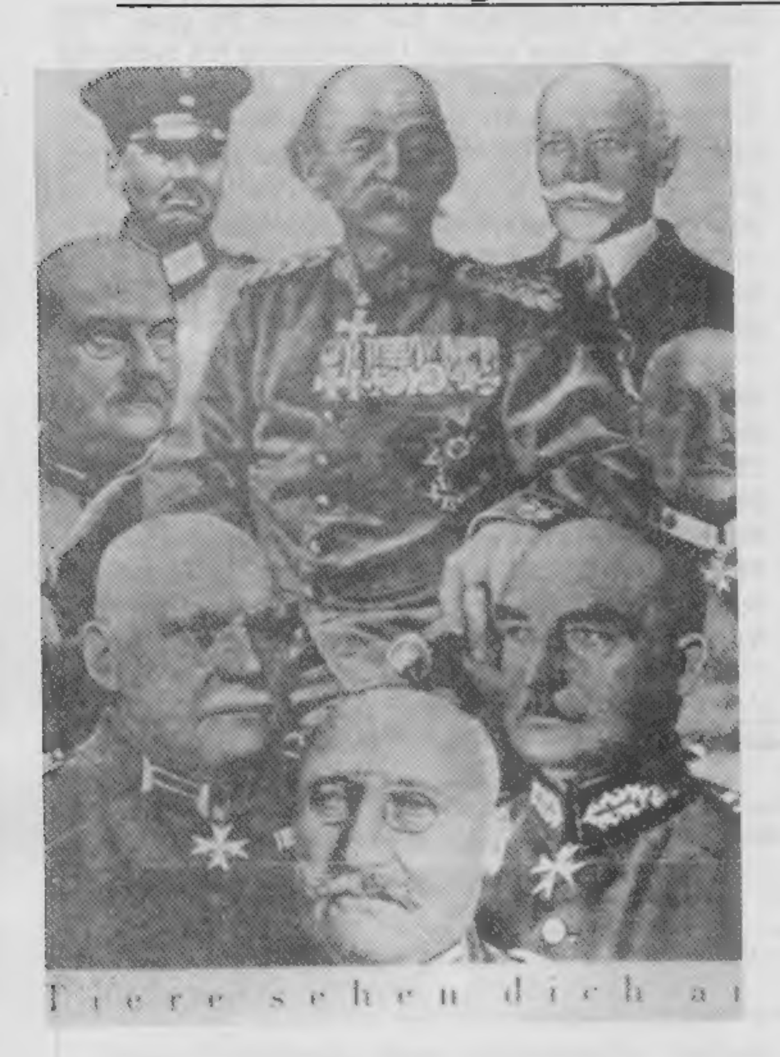
Auf Ihre vorbezeichnete Beschwerde hat mir der Leitende Oberstaatsanwalt in Bonn die Vorgänge zur Entscheidung vorgelegt. Ich habe den Sachverhalt geprüft, zu Maßnahmen jedoch keine Veranlassung gesehen. Die Staatsanwaltschaft Bonn hat das Verfahren mit zutreffender Begründung zu Recht eingestellt.

Ich weise Ihre Beschwerde als unbegründet zurück.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag
Dr. Gerlach
Oberstaatsanwalt
Beglaubigt

Justizangestellte

Tucholsky sieht Euch an



" 'Tiere sehen dich an' – so verhöhnte Kurt Tucholsky in seiner antideutschen Hetzschrift 'Deutschland, Deutschland über alles' während der Weimarer Republik deutsche Heerführer, deutsche Männer, die sich in der Politik und auf dem Schlachtfeld um ihr Vaterland verdient gemacht hatten. Diese wie auch die übrigen das deutsche Volk diffamierenden Fotomontagen zu Tucholskys Machwerk, das 1929 im marxistischen Willi-Münzenberg-Verlag erschien, lieferte sein Stammes- und Gesinnungsgenosse John Heartfield (alias Helmut Herzfeld).

Unfähig, das Gesetz von Ursache und Wirkung zu begreifen, behaupten unsere heutigen Umerzieher, Tucholsky habe vor 1933 gegen das aufkommende 'Verhängnis des Nationalsozialismus' geschrieben (Erich Kästner: 'Er wollte mit der Schreibmaschine eine Katastrophe aufhalten.'). In Wahrheit hat der 'geniale Conferencier seiner Epoche' (so der *FAZ*-Feuilletonchef Marcel Reich-Ranicki über K.T.), der auch die Pseudonyme Peter Panter, Theobald Tiger, Ignaz Wrobel und Kaspar Hauser führte und zunächst für Siegfried Jakobsohns 'Schaubühne', später für Carl von Ossietzkys 'Weltbühne' journalistisch tätig war, mit besonderem Talent und Fleiß den Antisemitismus in Deutschland herbeigeschrieben. Mit staatsfeindlichen Erklärungen und Bekenntnissen ('Ich spreche hier mit dem vollen Bewußtsein dessen, was ich sage, daß es kein Geheimnis der deutschen Reichswehr gibt, das ich nicht einer fremden Macht auslieferte. Wir sind Landesverräter und wollen es sein' und 'das Land, das ich angeblich verrate, ist nicht mein Land, dieser Staat ist nicht mein Staat, diese Rechtsordnung ist nicht meine Rechtsordnung!') machte sich Tucholsky schon lange vor 1933 im deutschen Volk verhaßt und unbeliebt.

Als er sich in dem Land, das, wie er empfand, 'nicht sein Land' war, nicht mehr ganz wohl fühlte, begab er sich nach Frankreich und setzte sich später nach Schweden ab. Nachdem in einer gegen den 'undeutschen Geist' gerichteten symbolischen Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auch die schriftlichen Produkte Tucholskys den Flammen übergeben wurden, begleitet von dem Ruf: 'Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist', bekannte sich der nunmehr in Deutschland Geächtete in seinem schwedischen Exil offen zum Judentum und rechnete mit jener heute unentwegt hochgejubelten 'geistigen Elite' ab, die es nach Hitlers Machtantritt vorzog, aus Deutschland fluchtartig zu verschwinden:

'Ich bin im Jahre 1911 'aus dem Judentum ausgetreten', und ich weiß, daß man das gar nicht kann. Die Formel vor dem Amtsgericht lautet so. Sie wissen, daß damit keine Konjunkturriecherei verbunden gewesen ist – ein Jude hatte es im Kaiserreich erträglich, ein Konfessionsloser nicht... Warum also tat ich das? Ich habe es getan, weil ich noch aus der frühesten Jugendzeit her einen unauslöschlichen Abscheu vor dem gesalbten Rabbiner hatte... Wie sie noch schielen (gemeint sind die Emigranten von 1933! Anm. d.Red.) – wie sie sich als Deutsche fühlen – aber zum Donner, die Deutschen wollen euch nicht! Sie merken es nicht.... Statt einer Selbstkritik und Selbsteinkehr sehe ich etwas von 'Wir sind das bessere Deutschland' und 'Das da ist gar nicht Deutschland' und solchen Unsinn... Ich habe mit diesem Land, dessen Sprache ich so wenig wie möglich spreche, nichts mehr zu schaffen...' [1])

Ohne sich an dieses unmißverständliche Vermächtnis eines auch innerlich sich von Deutschland losgelösten und sich vom deutschen Volk abgewendeten Mannes zu halten, fühlte sich die Deutsche Bundespost Berlin jetzt bemüßigt, Tucholsky, der am 19. Dezember 1935 im schwedischen Hindas eine Überdosis Veronal schluckte, an der er zwei Tage später starb, durch Herausgabe einer Briefmarke, die sein Porträt ziert, zu ehren. Wenn man hierzulande schon keine Rücksicht auf die Gefühle patriotischer Deutscher nimmt, so hätte man wenigstens berücksichtigen sollen, daß Kurt Tucholsky mit Deutschland 'nichts mehr zu schaffen' haben wollte und demzufolge sicher auch keinen Wert auf eine ihm gewidmete 'Wiedergutmachungsbriefmarke' gelegt hätte." [2])

2x Kurt Tucholsky: 1918 in Rumänien und 1985 in Berlin

1) *"du"*, Kulturelle Monatsschrift 28. Jhg. Juli 1968, Seite 543.
2) *Der Bismarck-Deutsche*, Kaufbeuren, Nr. 8, Nov. 1985.

Wir haben Abgeordnete !?!!

Keine Ahnung – aber sie weiß es besser als die anderen! Sie erzählt vor dem Bundestag, vor der Weltöffentlichkeit die tollsten Schauergeschichten und hat wirklich nicht das Wissen!

Plenarprotokoll 10/122

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

122. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 27. Februar 1985

"Wir Jüngeren wissen so gut wie nichts über die Geschichten unserer Eltern und haben irgendwann aufgehört nachzufragen....

Es gibt Dinge, die wird man nie verstehen, am wenigsten diese ungeheure, diese buchhalterische, diese typisch-deutsch-gründliche Vernichtung und Verarbeitung von Millionen Juden und Polen und Zigeunern und Kommunisten und Homosexuellen und Behinderten in den Gasöfen von Auschwitz bis zur fabrikmäßigen Verarbeitung ihrer Körperbestandteile, von Haaren und Goldzähnen und sogar des Körperfetts für Wehrmachtsseife. Wenn da noch eine Steigerung möglich ist: Fast noch unfaßbarer ist mir die Tatsache, daß heute, vierzig Jahre nach Auschwitz, die winzigen Reste der Juden in Deutschland unter Polizeischutz ihre Gottesdienste abhalten müssen."

Wie sagte sie soeben? – "Wir Jüngeren wissen so gut wie nichts und haben irgendwann aufgehört, nachzufragen"! – Sie weiß also nichts und fragt auch nicht nach! Sie behauptet aber einfach etwas, was durch Angehörige ihres eigenen Volkes an Mordverbrechen geschehen sei, von dem sie selbst in gleichem Atemzug zugeben muß, daß man solches "nie verstehen" werde. –

Wahrlich herausragende Maßstäbe, die sie an die "Vernunft" bzw. Dummheit ihrer Mitwelt anlegt! Was man "nie verstehen" werde, soll man "glauben" und als "Tatbestände" einordnen! Grotesker geht es freilich nimmer!

Der geistige Entwicklungsprozeß dieser Abgeordneten des Deutschen Bundestages hinsichtlich der "Wehrmachtseife aus Körperfett" binnen vier Monaten – siehe Dokument rechts – ist immerhin beachtlich.

Helmut Werner
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn, den 1o.6.1985
Bundeshaus
Fernruf 16 9o68

Herrn
Johannes Holst
Moltkestraße 8
225o Husum

Sehr geehrter Herr Holst!

Auf Ihren Brief kann ich Ihnen nur folgendes antworten: Ich habe selbst in Auschwitz Dokumente gesehen, daß von den dort vergasten Juden, Polen und Zigeunern die Haare geschoren wurden, um sie fabrikmäßig für Wehrmachtstoffe mitzuverarbeiten. Diese Stoffe werden dort im Museum auch ausgezeigt. Über die Verarbeitung zu "Wehrmachtseife" habe ich keine Dokumente, es ist davon nur immer wieder berichtet worden, ohne daß ich die genaue Quelle angeben könnte. Soweit der Versuch einer korrekten Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Antje Vollmer

Man hat ihr einige Stücke Papier gezeigt, von denen polnische Kommunisten behaupteten, es handele sich um "Dokumente", man hat ihr auch Stoffe gezeigt, – und nun "weiß" sie, daß "Wehrmachtstoffe fabrikmäßig aus Haaren von Häftlingen hergestellt worden sind"! – Der "Beweis" beim Museumsbesuch ist "überzeugend". Weder sie noch ein anderer westdeutscher Bundestagsabgeordneter "fragte nach", prüfte "Dokumente" oder Stoffe. Nein! Wie sagte sie am 27.2.1985 vor dem Bundestag? "Wir haben irgendwann aufgehört nachzufragen"! Wirklich tolle Volksvertreter, denen andere erzählen können was sie wollen und die jenen anderen noch öffentlich bescheinigen, daß sie "nichts über die Geschichten ihrer Eltern wissen und aufgehört haben nachzufragen".

Hätte man ihr doch wenigstens im Auschwitz-Museum auch noch ein Stück Seife und das "Dokument USSR-197" gezeigt, das der sowjetrussische Ankläger, Oberjustizrat Smirnow, am 19. Februar 1946 im Nürnberger Militärtribunal-Prozeß als "Beweisstücke" dafür vorgelegt hatte, daß die "Reichsstelle für industrielle Fettversorgung Seife aus menschlichen Leichen hergestellt" habe, – sie hätte dann auch dies noch "gewußt", daß es sich hierbei um "Tatbestände" handele.

600.000 Ermordete !!

Und da soll man nicht an "offenkundigen Tatbeständen, die keines Beweises mehr bedürfen", zweifeln?

Ihre Nachricht | Ihre Zeichen | Unsere Zeichen | Tag 25.04.85

Betr.: Lagerplan von Belzec

Auf eine Anfrage bei der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, wo ich einen Lagerplan von Belzec erhalten könne, teilten diese mir mit, daß in Ihren Unterlagen (Akten 1 JS 237/60) ein Lagerplan von Belzec sein müßte.

Ich bitte Sie höf. um Übersendung dieses Lagerplanes in Kopie.

Dipl. Pol. Udo Walendy
Hochstraße 6
D-4973 Vlotho/Weser

Mit freundlichem Gruß

5 170/2 am 5.2.60

Geschäftsnummer:
Bitte, bei allen Schreiben angeben!

1 Js 237/60

2. Mai 1985
8000 München 35, den
Postfach
Justizgebäude Linprunstraße 25
Fernruf: 52041
Durchwahl: 5204 4259
Nachtbriefkästen für fristgebundene Anträge:
Strafjustizzentrum, Eingang Sandstraße
Justizpalast, Elisenstraße 1a (Feuerwache)

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I
- Registratur -

Herrn
Dipl.Pol.
Udo Walendy
Verlag für Volkstum u.Zeitforschung
Hochstr. 6
4973 Vlotho/Weser

In Beantwortung dortigen Schreibens vom 25.4.1985 -s.Anlage - wird mitgeteilt : Das angeführte Verfahren wurde am 5.2.1960 gem.§ 170/2 StPO eingestellt. Die Akten sind bereits ausgeschieden und daher keine Unterlagen mehr vorhanden.

Schrott
Amtsinspektor

Die großen Kriegsverbrechenskomplexe aus dem Zweiten Weltkrieg, die dem besiegten Deutschland von den Sieger-Weltmächten in ihrem psychologischen Kriegsführungsinteresse unentwegt wie einem Stier das rote Tuch vorgehalten werden, waren langjährig im wissenschaftlichen Sinne nicht aufzuklären. Die Gründe hierfür waren:

1.) Die Elite Deutschlands saß — sofern sie überlebte — langjährig in Gefangenschaft (zahlreiche Männer sitzen heute noch hinter Kerkermauern) und wurde bis zur Stunde im Anklagezustand gehalten;

2.) Die Dokumentensichtung blieb den Siegern vorbehalten, die auch in eigener Willkür darüber befanden, was der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollte und was nicht;

3.) Ein Zugang zu unveränderten Tatorten war der internationalen Öffentlichkeit ebenso unmöglich wie eine unparteiische Zeugeneinvernahme;

4.) Im kommunistischen Machtbereich, d.h. in ganz Osteuropa ist nach wie vor eine freie wissenschaftliche Arbeit unmöglich und ein Wille zur unparteiischen Wahrheitsforschung nicht vorhanden;

5.) Die Siegermächte insgesamt sowie ihre machtpolitischen Helfer haben die alliierte Kriegspropaganda nach 1945 bis heute in einer bisher nie gekannten Weise unter Anwendung aller Mittel der Täuschung, der "Desinformation" und des Betruges — worunter nicht nur Dokumentenfälschungen und Gerichtsverfahren zählen — zu einem täglich intensiver wirkenden Trommelfeuer ausgedehnt;

6.) Aus der nachwachsenden Historiker-Generation war "niemand dabei", — bei dem behaupteten Geschehen einst vor vielen Jahren im abgeriegelten Osten.

Nur der nicht eingeschüchterte, unabhängig gebliebene und qualifizierte Experte vermag noch seinen klaren Kopf zu behalten und die Beweisgrundlagen sachgerecht zu ordnen. Wer von "Verbrechen der anderen", die im Notariat der Geschichte einwandfrei belegt sind, zu berichten oder — noch schlimmer! — "aufzurechnen" wagt, muß ohnehin damit rechnen, daß er durch Gerichtsentscheidungen darüber belehrt wird, daß solches Tun "unzulässig" sei, wie gehabt.

Dennoch hat die Geschichtsforschung inzwischen Beweisführungen ermöglicht, die das ganze Ausmaß des propagandistischen Lügengebildes aufhellen.

Hat der Verfasser zum "Tatort Auschwitz" bereits in den Heften *"Historische Tatsachen"* Nr. 5, 9 und 10 Stellung genommen sowie auf die Dokumentation "Auschwitz im IG-Farben Prozeß — Holocaustdokumente?" und die Bücher von Professor Arthur Butz "Der

Jahrhundertbetrug" sowie Dr. Wilhelm Stäglich "Der Auschwitz Mythos" verwiesen, so hat er sich in den Heften Nr. 12 und 13 mit Treblinka befaßt.

Hier nun soll aufgezeigt werden, was der Öffentlichkeit konkret über Belzec mitgeteilt wurde, wobei natürlich der üblichen Methode entsprechend Hinweise auf "glaubhafte Zeugenaussagen", "Sachgutachten des Instituts für Zeitgeschichte", "rechtskräftig gewordene Gerichtsurteile" auch von uns z.T. nicht seziert werden können, weil sie einfach nicht zugänglich sind.

Immerhin wird uns folgendes angeboten, und zwar vornehmlich von einer ganz offiziellen Amtsperson, dem langjährig leitenden Oberstaatsanwalt der Zentralstelle der Justizverwaltungen in Ludwigsburg, nunmehr aus Altersgründen ausgeschiedenen und inzwischen verstorbenen Adalbert Rückerl:

Das Lager Belzec, nahe der Bahnlinie Lublin-Lemberg gelegen, wurde im Winter 1941/1942 eingerichtet,[3] am 16. März 1942 eröffnet und hatte gleichzeitig — "Mitte März 1942" — seinen "Vernichtungsbetrieb aufgenommen"[4]. Das Lager war mit Stacheldraht umgeben, der mit Bewuchs so durchflochten war, daß man nicht hineinsehen konnte. Der Umfang betrug je 250 m an der Nord-, West- und Ostseite und 200 m an der Südseite. Es gab die Lagerbereiche I und II. Im Lagerbereich I gab es Unterkünfte für Wachmannschaften, Entladerampe, Sammelplatz, Entkleidungsbaracken und eine "Räumlichkeit" (die später als "Baracke" geschildert wird[5]), in der die Haare geschoren wurden. Im Lagerbereich II, der durch einen Zaun abgetrennt, aber durch einen engen Gang, "Schlauch" genannt, mit Lagerbereich I verbunden war, befand sich die Vergasungsanlage (wir folgen den Urteilsgründen des Münchener Schwurgerichts von 1964 - AZ-StA München I: 110 KS 3/64), die bis Mitte Mai 1942 eine von innen mit Blech ausgeschlagene Holzbaracke war und ein Fassungsvermögen von 100 - 150 Personen hatte. Vergast wurde in dieser Baracke mit Zyklon-B. Mitte Mai 1942 wurde diese Vergasungsbaracke abgerissen und an gleicher Stelle ein massives Steingebäude errichtet; dieses hatte einen langen Gang in der Mitte, rechts und links davon je 3 (also insgesamt 6) Gaskammern a 4 x 5 m Umfang. Die Türen waren nur innen vom Gang her zu öffnen, außen gab es mit Gummi abgedichtete Schiebetüren, dahinter Rampen, nicht weit davon entfernt die Massengräber. Das Gebäude verfügte über ein Röhrensystem, mittels dessen die Abgase eines Panzermotors in die Kammern geleitet worden seien; von innen waren die Kammern ca 1 m mit Zinkblech verkleidet. Bauzeit des Gebäudes: einschließlich Abreißen der Holzbaracke = 45 Tage. (Man vergleiche die nahezu gleichartige Darstellung des "Gashauses" in Treblinka, nur mit dem Unterschied, daß es dort noch etwas schneller ging und Kacheln statt Zinkblech Verwendung fanden).

Nunmehr konnten in Belzec — immer noch laut Urteilsgründen des Schwurgerichts München — in einem "Arbeitsvorgang" des "Panzermotors" 1.500 Menschen gleichzeitig ums Leben gebracht werden. Man rechne nach (was das Schwurgericht München freilich nicht getan hatte): 4 x 5 m = 20 qm x 6 Kammern = 120 qm = 1.500 Menschen; dies hieße 12,5 Menschen pro Quadratmeter, für einen Menschen verblieben 800 qcm = 28,28 x 28,28 cm Platz. An anderer Stelle verweist Rückerl sogar "bis 300 Menschen" gleichzeitig in eine Kammer[6], da wäre für eine Person nur 25,82 cm x 25,82 = 666,66 qcm Platz, pro qm stünden dann 15 Menschen. —

Ein von Prof. Dr. Krausnick (Institut für Zeitgeschichte) durchgeführter Versuch erbrachte maximal 13 Personen in einem 1,62 qm großen Aufzug, in dem sich aber keiner mehr bewegen konnte[7], das sind 8 Menschen pro Quadratmeter. Er hat allerdings den Versuch nicht mit nackten Personen wiederholt, denen vorgetäuscht wurde, in eine Dusche zu gehen, um sich zu säubern. Dies hätte — was wohl auch Herrn Krausnick und Herrn Rückerl einleuchten dürfte — zweifellos andere Maße ergeben. Aber immerhin: In Belzec war eben anderes möglich! Angeblich.

"Die deutsche Lagerbesatzung war außerhalb des Lagers in festgebauten Häusern untergebracht. Ihre wesentliche Aufgabe war, die jüdischen Arbeitskommandos zu beaufsichtigen, die ihrerseits ihre Rassegenossen in den Tod führten[8]. Und sie waren eifrig, diese Arbeitskommandos: Von März bis Mai 1942 haben sie mindestens — alles nach Angaben von Herrn Oberstaatsanwalt Rückerl — 90.000, von Juli bis November 1942 mindestens 300.000, "nach Schätzungen des Professors Scheffler" sogar ingesamt über 600.000 spurlos beseitigt ("Transportdokumente" unbekannter Herkunft und Art haben Prof. Scheffler zu diesen Schätzungen animiert)."

Also von Mitte März bis Anfang Mai 1942 = 90.000 in 55 Tagen = über 1.600 pro Tag. Aber diese Rechnung ist auch wieder falsch, denn der Kronzeuge im Prozeß Oberhauser, dem Herr Rückerl auch keine Falschdarstellung vorhält, hatte ja folgendes erklärt:

> "Die Vergasungen von Juden im Lager Belzec bis zum 1.8.1942 können in 2 Kategorien eingeteilt werden. Bei der ersten Versuchsreihe handelte es sich um 2 bis 3 Transporte a 4 bis 6 Waggons a 20 bis 40 Personen. Durchschnittlich wurden pro Transport 150 Juden angeliefert und getötet. Diese Vergasungen standen noch nicht im Zeichen einer systematischen Ausrottungsaktion, sondern man wollte zunächst einmal die Kapazität des Lagers ausprobieren und überprüfen, wie eine Vergasung technisch

3) Adalbert Rückerl, "NS-Vernichtungslager", dtv dokumente, München Dezember 1977, S. 132

4) ebenda S. 133

5) ebenda S. 133 + 135

6) Rückerl, ebenda S. 135

7) "Denk Mit", Nürnberg, Heft 1/2 1982, S. 4 — Der Versuch fand statt am 24. April 1979 im Justizgebäude Neustadt/Aisch; wegen Überlastung erlitt der Aufzug einen Funktionsschaden

8) Rückerl, ebenda S. 134

durchgeführt werden konnte. Nach diesen ersten Vergasungen sind dann Wirth und Schwarz sowie das gesamte deutsche Personal aus Belzec verschwunden. Als letzte Amtshandlung hat Wirth vor seinem Abzug die etwa 50 Arbeitsjuden des Lagers einschließlich der Kapos vergast oder erschossen. Als Wirth und seine Leute abzogen, befand ich mich gerade in Lublin. Ich hatte einen größeren Materialtransport durchzuführen. Als ich wieder nach Belzec kam, war niemand mehr da. Im Lager befanden sich etwa 20 Ukrainer als Wachmannschaft; diese standen unter Aufsicht des SS-Scharführers F. .... Die nächsten 6 Wochen herrschte dann im Lager Belzec Ruhe. Anfang Mai 1942 kam dann plötzlich SS-Oberführer Brack aus der Kanzlei des Führers nach Lublin. Er verhandelte mit Globocnek über die weitere Durchführung der Judenvernichtung. ..... Etwa 8 Tage, nachdem Brack zu Globocnek gekommen war, kehrte dann auch Wirth mit seinen Leuten wieder nach Belzec zurück. ...."

Um also noch einmal zu rekapitulieren:

Mitte März 1942 = "Vernichtungsbetrieb aufgenommen"

6 Wochen vor ca 10. Mai 1942 = Ruhe im Lager, Wirth mit seinen Leuten nicht anwesend, Arbeitsjuden vorher vergast oder erschossen. Also Ruhe vom ca 20. März bis 10. Mai 1942.

Für die Vernichtung von 90.000 Menschen verblieben also nur die 5 Tage vom 16.3. bis 20.3., pro Tag 18.000 Menschen, die Bevölkerung einer Kleinstadt, und das nur mit 50 Arbeitsjuden und einer nicht für leistungsfähig erachteten Holzbaracke, "in die nur 100 bis 150 gleichzeitig hineingepfercht werden konnten".

Aber da stimmt ja wieder etwas nicht: Sprach nicht gerade Kronzeuge Oberhauser von einer "ersten Versuchsreihe, von 2 bis 3 Transporten ■ 4 bis 6 Waggons ■ 20 bis 40 Personen"? Wie aber sind, wenn dies wieder stimmt, die "90.000" des Herrn Rückerl zu erklären? [9]

Doch da dafür keine Beweise erbracht werden, Funde nicht vorhanden sind, mag der Leser sich die Antwort selber geben.

Da *Quick* keine näheren Angaben gemacht hatte, um welchen Wagentyp und welche Ladefläche es sich bei der Aufnahme handelt, haben wir auf den Kanarischen Inseln nachgefragt: Es handelt sich bei dem dargestellten Lieferwagen um das japanische Modell "Pick up" von Toyota (Cajon Plano) mit einer Ladefläche von 2,775 m Länge und 1,6 m Breite, d.h. 4,44 qm.

Das heißt: Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sämtliche Personen Badeanzug tragen, zuweilen mitgezählte Kleinkinder auf dem Arm tragen und Personen sich außerhalb der Ladefläche überhängend festhalten, macht das bei 46 = 10 Menschen (10,36) auf dem qm. Das entspricht dem "Aufzug-Beispiel" mit Prof. Krausnick von ■ Personen auf 1 qm (vgl. S. 11).

Im Gegensatz zu diesen Belegen sollen laut "Gerstein-Bericht" ("700 - 800 Personen auf 25 qm") = 28 - 32 auf 1 qm Platz gefunden haben.

Laut Aussage des französisch-jüdischen Zeugen im IG-Farbenprozeß ("Auschwitz im IG-Farbenprozeß", S. 56) und Häftlingsarzt in Auschwitz Dr. Charles Sigismund Bendel = 25 Personen pro 1 qm (bei angebl. Gaskammern von 10 m Länge und 4 m Breite mit 1.000 Personen).

Wie viele Urlauber passen auf die Ladefläche dieses Kleintransporters? Die Animateure im Club Aldiana auf Fuerteventura brauchen die Gäste nicht lange zu bitten. Sogar der Säugling in der Mitte zählt mit. Ergebnis: 46 Leute passen drauf. Der Hintergedanke solcher Spiele: Die Feriengäste kommen sich so auf Tuchfühlung nahe

Quick, 25.4.1985

Zur Dokumentierung des Lagers Belzec mit seinen geheimnisvollen Einrichtungen stellt Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl noch im Dezember 1977 die widersinnige und längst widerlegte Niederschrift des Kurt Gerstein vor, der unmittelbar "nach seinem schriftlichen Geständnis" in französischer Gefangenschaft auf mysteriöse Weise zu Tode kam. Zwar erwähnt A. Rückerl in einer Fußnote, daß dieses "Dokument" an einigen Stellen ungenaue Darstellungen von Größenverhältnissen, Namen und Diensträngen enthält", doch dieses sind für ihn keine Gründe, quellenkritische Vorbehalte einzuräumen oder den "Bericht" weiterhin auf technische Unmöglichkeiten hin zu untersuchen. Zu dieser Art der "Vergangenheitsbewältigung" gehört, daß Oberstaatsanwalt Rückerl auch nicht darauf aufmerksam macht, daß es drei unterschiedliche Versionen dieses "Gerstein-Berichtes" gibt, die ihrerseits ebenso mysteriös sind. (Vergl.: Arthur Butz, "Der Jahrhundertbetrug", S. 311 ff — dort ist auch der vollständige Text abgedruckt, den wir uns hier ersparen)

Schon der französische ehemalige KL-Häftling Paul Rassinier hatte bereits in den sechziger Jahren zum "Gerstein-Bericht" sinngemäß geschrieben:

Wenn es nicht wahr ist, daß Hitler je in Lublin oder Belzec war, wenn es nicht wahr ist, daß 700 bis 800 Menschen in eine Gaskammer von 25 qm hineinpassen (= 28 bis 32 Menschen auf einen Quadratmeter!), wenn es nicht wahr ist, daß die Deutschen 25 Millionen Menschen vergast haben, wenn es nicht wahr ist, daß die Gaskammern von Belzec, Treblinka und Sobibor 15.000 - 20.000 Menschen täglich vernichten konnten, wenn es nicht wahr ist, daß ein Zug von 45 Waggons 6.700 Menschen transportieren konnte, dann, da der Bericht wenig anderes enthält, müssen wir fragen, was steht denn an Wahrem überhaupt darin? [10)]

Man könnte ergänzen:

Wenn es nicht wahr ist, daß am 19. August in Polen Winter ist,

wenn es nicht wahr ist, daß 700 bis 800 Menschen in einem 25 qm großen, luftdicht abgeschlossenen Raum nach 2 Stunden, 49 Minuten noch leben — nach dem Sauerstoffverbrauch zu urteilen, hätte schon nach 25 Minuten niemand mehr geatmet, wozu also diese Umstände und der Energieverbrauch mit dem Dieselmotor und die Stoppuhr und das Warten solange?,

wenn es ist nicht wahr ist, daß Berge von Kleidungsstücken und Unterwäsche 35 - 40 Meter hoch sind, ...

wenn es nicht wahr ist, daß man in einer so vollgepferchten "Gaskammer" ("die Toten konnten nicht umsinken, weil nicht der geringste Raum verblieben war") durch ein Guckfenster in der Tür erkennen kann, "daß viele schon tot sind"; — man würde nämlich gar nichts sehen, weil schon der direkt Davorstehende sowie Dunst und Schweiß die Sicht vereiteln würde, sofern nicht schon von innen die Scheibe zerschlagen worden wäre.

Doch mit solcherlei Fragen befaßt sich Oberstaatsanwalt Rückerl gar nicht erst!

Im August 1942 habe Globocnek u.a. Gerstein in Lublin erklärt, er habe — dies soll sich wohl auf das Lager Majdanek beziehen — "die technische Einrichtung unserer Gaskammern umzustellen, die bisher durch den Auspuff eines alten Dieselmotors funktionierte, — sie soll nunmehr auf ... Blausäure umgestellt werden". [11)] Oberstaatsanwalt Rückerl verweist im gleichen Buch an anderer Stelle selbst darauf [12)], daß es — hier in bezug auf Belzec — gerade umgekehrt gewesen sein soll: Zu Anfang (ab Mitte März 1942) Zyklon-B, dann, weil nicht wirksam genug (90.000!), ab Ende Juni 1942 Umstellung mit Neuerrichtung eines "massiven Steinhauses" und Röhrensystem auf Dieselmotorabgase. Ein einziger Motor zur Bewältigung von 6 Kammern! Es ist schon grotesk, dem Leser zuzumuten, er solle glauben, daß derselbe Mann (Globocnek) die Methode "Dieselmotor" zugunsten der wirksameren Methode "Zyklon-B" in Majdanek abändern ließ, während er in Belzec befahl, mittels eines enormen Arbeitsaufwandes genau das Gegenteilige einzuführen, mit dem Argument, die Zyklon-B-Methode habe sich nicht genug bewährt.

Aber Rückerl hat ja schließlich noch eine richterliche Untersuchungsinstanz als "Beweis" vorzuführen: Der Untersuchungsrichter von Zamosz! Er inspizierte das Gelände vom Lager Belzec sage und schreibe 1¼ Jahr nach Eroberung durch die Rote Armee — am 10. Oktober 1945! Und was fand er? — Die Deutschen hatten sich mit der Spurenbeseitigung so viel Mühe gegeben, sie hatten alle Leichen wieder ausgegraben und verbrannt und das Gelände — im Lagerbereich standen ohnehin über 20-jährige Kiefer-gruppen — mit jungen Kiefern bepflanzt. [13)] Doch dabei war ihnen (entgegen den Kommunisten in Katyn) offenbar ganz entgangen, "große Mengen der von verbrannten Leichen stammenden Asche sowie Reste von verbrannten menschlichen Knochen, Schädel, Wirbel, Rippen, Schienbeine, Kiefer, Zahnprothesen aus Kautschuk, Haare (vorwiegend weibliche und oft in Haarzöpfe geflochten), Stücke von verwestem menschlichen Fleisch wie Hände und untere Glieder kleiner Kinder" zu beseitigen. Denn das lag nach Protokoll des kommunistisch-polnischen Untersuchungsrichters alles da herum, auch zwei Armbinden mit David-Stern, Teile von Büchern in jüdischer Sprache usw. — Der westdeutsche Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl stellt das Ganze als "unparteiischen Sachvortrag", als "historisches Beweismittel" vor und ereifert sich über

9) Rückerl, ebenda S. 136
10) Paul Rassinier, "Das Drama der Juden Europas", Hannover 1965, S. 95 - 96

11) Rückerl, aaO. S. 61
12) Rückerl aaO. S. 133
13) Rückerl, aaO. S. 145

Nicht nur, daß amtliche wie nicht-amtliche Lügen straffrei sind, — sie erhalten auch Rechtscharakter, wenn Richter solche "glaubhaft" übernehmen und zu Grundlagen ihrer Sprüche machen.

Im Wiesbadener NS-Prozeß am Donnerstag nach ■ Monaten wegen Beihilfe zum Mord verurteilt (von links): Lothar Hoffmann, Dr. Harry Sturm, Gottwald Schubert, Walter Heß. Foto dpa

NS-Prozeß nach fast zweieinhalb Jahren beendet

Vier Verurteilungen wegen Beihilfe zum Mord, ein Freispruch / Höchste Strafe zwölf Jahre Haft

Zweieinhalb Jahre Prozeßdauer, zweieinhalb Jahre Medienthema, bei dem nur das von den öffentlichen Meinungsmachern an Argumenten in die Öffentlichkeit getragen wird, was der weisungsgebundene Staatsanwalt vorträgt, die ausländischen Zeugen der Anklage berichten, die Richter für "glaubhaft" halten. Und dabei ist dieses Beispiel hier eines der nahezu unbekannten Fälle, die überlagert sind von den noch viel spektakuläreren, die mit gleicher Thematik, Methode und Sprachregelung die vergangenen Jahrzehnte des bundesrepublikanischen Staatslebens begleitet haben.

Daher sollte man auch in diesem Fall auf die wirklich wesentlichen Details achten. Die *Frankfurter Allgemeine* **vom 2.3.1973 sei deshalb zitiert:**

'Von den 86 vernommenen deutschen Zeugen, sagte der Richter, hätten 78 beschworen, von den Judenvernichtungen erst nach dem Krieg erfahren zu haben. Dies nehme er den Zeugen nicht ab, doch habe er darauf verzichtet, Meineidverfahren gegen sie anzustrengen, da auch nicht die geringste Chance bestehe, sie der Lüge überführen zu können. Genauso wenig wie diesen Zeugen glaube das Gericht den Beteuerungen der Angeklagten, von den Judenmorden nichts gewußt zu haben."

Der Hauptangeklagte Dr. Harry Sturm hatte als Offizier eine Kontrollfunktion bei der Räumung des Ghettos in Lublin. Die *FAZ* **berichtet weiter:**

"Dem Angeklagten Sturm, meinte der Richter, könne deshalb die Massenvernichtung nicht verborgen geblieben sein. Er habe den Ablauf der Aktionen gefördert und sich auch aus Rassenhaß daran beteiligt."

Der Richter verwies auf die ihm "glaubhaft geschilderten" Vorgänge in Belzec, wo "die Menschen in als Duschen deklarierte Kabinen gepfercht wurden, in die man durch eine Schlauchleitung die giftigen Abgase eines Dieselmotors leitete". — Zum Fall Belzec hatten wir auf S. 10 f berichtet, zur Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit einer Verwendung von Dieselmotoren zur Menschenvernichtung in *Historische Tatsachen* **Nr. 24, S. 29 f.**

Man erinnere: 600.000 Ermordete (angeblich!), — es handelt sich um jene des "Gerstein-Berichtes"! — Akten vernichtet, vgl. S. 10 !

jeden Zweifel an diesen jedweder Moral und Aufrichtigkeit entbehrenden kommunistischen Praktiken.

Dabei wird jeder Sachkenner sofort an Katyn erinnert, wie die Sowjets es dort getrieben haben: Über 15.000 gefangene polnische Offiziere mit Genickschuß umzubringen (im April/Mai 1940), die Massengräber mit Kiefern zu bepflanzen, und nach Aufdecken dieser Verbrechen durch eine eigene kommunistische "Untersuchungskommission" "amtlich" feststellen zu lassen, daß die Deutschen diese Morde begangen hätten. Dieserart kommunistische "Justizpraktiken" von 1917 an unter Lenin, Trotzki, Dsherschinsky, Stalin, Berija, Wyshinski und Genossen, die über 30 Millionen Menschen — die Zahl ist gar nicht mehr faßbar! — auf dem Gewissen haben, sind international ausreichend nachgewiesen. — Den Deutschen aber servieren solche Oberstaatsanwälte wie Adalbert Rückerl von der Zentralen Stelle der Justizverwaltungen in der Bundesrepublik, Sachgutachter des offiziellen "Instituts für Zeitgeschich-

te" in München und Richterkollegien in ihren Sprüchen derlei makabre Schauspielertricks als historische Wahrheitsgrundlagen!

Niemand geht in die Details, fragt danach, wie das technisch überhaupt alles möglich gewesen sein könnte, warum der kommunistische Untersuchungsrichter zwei ganze Jahre nach Rückeroberung des Geländes überhaupt erst anfängt, das ehemalige Lagergelände zu inspizieren, was es neben "Zeugenaussagen" eigentlich an konkreten Beweismitteln gibt usw. usw.

Noch makabrer wird das Ganze durch folgenden Sachverhalt: Dieselben Professoren, Doktoren und Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, die mittels ihrer Gutachten wesentlich dazu beigetragen haben, jene Horrorstimmung in den Gerichtssälen anzuheizen und die anschließenden Urteile gegen deutsche Männer und Frauen zu fundieren, geben dann Jahre später in ihren eigenen Publikationen selbst zu, daß ihr konkretes Wissen um dieses Geschehen "fragmentarisch" ist, sich "im Halbdunkel ungenauen Wissens befindet", daß ihnen bewußt ist, "daß eine abschließende Bilanz über die Vernichtungslager nicht möglich ist, weil hierzu die meisten Vorarbeiten noch fehlen" (beide Eingeständnisse in der "beilage das parlament" vom 8. Mai 1976 sowie dem Heft 2, 1976 "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte", das eine in der Vorbemerkung der Schriftleitung, das andere gegen Ende der Ausarbeitung von Arndt/Scheffler "Organisierter Massenmord an Juden in Nationalsozialistischen Vernichtungslagern").

Ja, diese Herren Professoren sahen sich — nachdem die Hauptprozesse mit ihrer Hilfe im beschriebenen Sinne abgelaufen waren — genötigt, in den jüngst vergangenen Jahren vor Gericht zuzugeben,

daß über die Gaskammern trotz einer Vielzahl von vorhandenen Dokumenten keinerlei Unterlagen vorliegen (Prof. Scheffler im Sachgutachten zum Majdanek-Prozeß — Siehe "*Historische Tatsachen*" Nr. 9 Seite 31 ff),

daß keinerlei technische Untersuchungen hierüber überhaupt vorgenommen worden sind (Sachverständige Ino Arndt vor der Nürnberger Strafkammer des Landgerichts am 13. April 1978 sowie Prof. Dr. Krausnick als Sachgutachter vor der Strafkammer in Neustadt/Aisch,

daß sie nicht wüßten, wie eine Vergasung vor sich gegangen sei — "Woher soll ich das wissen? "(Prof. Dr. Krausnick, eh. Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, am 24.4.1979 vor dem Gericht in Neustadt/Aisch als Gutachter), [14]

daß die 6-Millionen-Zahl "eine symbolische Zahl" sei (Prof. Dr. Broszat am 3. Mai 1979 als Gutachter im Strafprozeß gegen Erwin Schönborn vor einem Frankfurter Schöffengericht — Az: 50 Js 12 828/79 919 Ls).

Dennoch läuft die Dauerbeschuldigung gegen das deutsche Volk unvermindert auf den Touren der Millionen-Vernichtungsbehauptungen, — mit offizieller "Amtsbeihilfe" über die Bühne des gegenwärtigen Welttheaters! Unsere angeblich "demokratisch gewählten deutschen Volksvertreter" setzen der Diffamierung unseres Volkes nicht nur keine moralischen, ethischen, rechtlichen oder wissenschaftlichen Hindernisse in den Weg, — viel schlimmer noch: sie sind mit die aktivsten Verfechter dieser Diffamierung, auch indem sie jeden — selbst den berechtigten! — Widerspruch zu kriminalisieren suchen. Sie sind es selbst, die die ausländischen Behörden, u.a. auch die kommunistischen im Osten, ersuchen, ihnen ja alles Belastungsmaterial zusammenzusuchen zwecks Auswertung in deutschen Gerichtssälen! Sie sind es selbst, die wissenschaftliche Bücher, die dieses Treiben und seine Ergebnisse demaskieren, auf den "Index für jugendgefährdende Schriften" setzen und damit dem Blickfeld der Öffentlichkeit entziehen bzw. mittels Beschlagnahme gänzlich verbieten und deren Herausgeber gar noch strafrechtlich zu belangen trachten! (Siehe Beschlagnahme und Verbot des wissenschaftlichen Standardwerkes "Der Auschwitz-Mythos" von Dr. Wilhelm Stäglich sowie die nachträgliche Aberkennung seiner Doktorwürde durch den Dekan der Göttinger Universität wegen Schreiben dieses Buches!). Sie sind es selbst, die mit ihren offiziellen Publikationen und ihren z.T. zweifelhaftesten Quellen Schrittmacher für die kleinen Journalisten und "wissenschaftlichen" Nachwuchskräfte sind.

Da dieses Verhalten seit 1945 quer durch alle herrschenden Parteien in Westdeutschland geht und aus den Rechts- sowie Personalgrundlagen der Besatzungszeit resultiert, hat das Ganze auch mit Demokratie — sie soll ja Toleranz, Gleichberechtigung, Chancengleichheit für unterschiedliche Meinungen, Unabhängigkeit der drei Gewalten (Legislative, Exekutive, Judikative) bedeuten — nichts zu tun, sondern ist Ausdruck einer moralisch entwurzelten Machtpolitik, die an die mittelalterliche Hexenverfolgung erinnert.

Betreff des Lagers Belzec bleibt es dabei:

Es gibt für die behaupteten 300.000 oder 600.000 Getöteten in Belzec keinerlei Spuren, keine Beweise, keine Dokumente, jedenfalls keine, die authentisch, echt sind. Es gab in Belzec kein Krematorium. Die Sowjets haben ein "eingeebnetes" Gelände vorgefunden, d.h. nichts von dem, was Ihre Behauptungen stützen könnte. Nicht einmal die Spuren exhumierter Massengräber haben sie der internationalen Öffentlichkeit vorgeführt, freilich auch keine Fotografien vom vorgefundenen Zustand. Aufgelöst war das Lager bereits im September 1943[15], erobert durch die Russen wurde es im Juli 1944. Zeugen gibt es "fast keine".[16] Wegen dieses

14) "Denk Mit", Nürnberg, Nr. 1/2, 1982, S. 4

15) Rückerl, aaO. S. 142

16) beilage das parlament, Bonn, 8.5.1976 + Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 1976, Heft 2.

"Tatkomplexes" waren gegen 51 Personen Strafverfahren eingeleitet worden. Hiervon blieb nur eines "anhängig"; die Verfahren gegen 50 Beschuldigte wurden eingestellt. [17]) — Propaganda und "Holocaust-Geschichtsschreibung " nehmen von alledem jedoch keine Kenntnis.

Bleibt noch nachzutragen: Hätte Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl — zumal er eine "zentrale" Position innehatte — n i c h t im Sinne des Arbeitgebers, sprich Bundesregierung in Bonn, geschrieben, — was meinen Sie, hätte man mit diesem Beamten, der sich nicht geziemend in der Öffentlichkeit zurückgehalten hat, gemacht? Ein Disziplinarverfahren allein hätte da sicher nicht ausgereicht! Man erzähle also nicht, dieser Mann hätte lediglich seine in einer freien Demokratie übliche Meinungsfreiheit wahrgenommen, und die Regierung hätte damit nichts zu tun!

Er hat amtliche Doktrinen umgesetzt!

■‡■

Wenn Politiker straffrei lügen und das Volk verdummen dürfen, nehmen sich die Verleger daran ein Beispiel, wenn sie sich nicht sogar dazu aufgefordert fühlen, sich noch mehr in der "gewünschten Richtung" hervorzutun.

Für dumm verkauft !

Zitat aus dem Buch des Chefanklägers im Eichmann-Prozeß in Jerusalem, Gideon Hausner, "Die Vernichtung der Juden", München 1979, S. 233:

"Sie zögern, gehen aber trotzdem weiter auf die Todeskammern zu, die meisten von ihnen, ohne ein Wort zu sagen; die Menschen hinter ihnen, die von den Peitschen der SS-Leute angetrieben werden, drücken und schieben sie vorwärts. Eine Frau, etwa vierzig Jahre alt, verflucht den Anführer der Mörder und ruft laut, das Blut ihrer Kinder werde auf sein Haupt kommen. Der Sturmbannführer Wirth schlägt ihr mit der Peitsche fünfmal ins Gesicht, und sie verschwindet in der Gaskammer. Viele beten ... Die SS-Leute drängen die Menschen in die Zellen. 'Dicht zusammen!' befiehlt Wirth. Die nackten Menschen treten sich gegenseitig auf die Füße. Etwa sieben- bis achthundert Menschen stehen auf einer Fläche von ungefähr fünfundzwanzigeinhalb Quadratmetern. Die Türen schließen sich, der Rest des Transports bleibt nackt wartend stehen — auch im Winter müssen sie nackt warten. Aber der Dieselmotor funktioniert nicht. Es vergehen fünfzig Minuten, siebzig Minuten. Die Menschen in der Todeszelle stehen weiter da. Man hört ihr Weinen. SS-Sturmbannführer Professor Dr. Pfannenstiel, Ordinarius für Hygiene an der Universität Marburg, bemerkt: 'Wie in der Synagoge' ... Erst nach zwei Stunden und neunundvierzig Minuten fängt der Dieselmotor endlich an zu arbeiten. Fünfundzwanzig Minuten vergehen, viele sind bereits gestorben, wie man durch die kleinen Fenster sehen kann. Achtundzwanzig Minuten später sind noch immer einige am Leben. Nach zweiunddreißig Minuten sind alle tot. Jüdische Arbeiter öffnen die Türen auf der anderen Seite. ... Die Toten stehen wie Basaltsäulen da, denn zum Niedersinken war kein Platz. ... Nur mit Mühe werden die Leichen getrennt, um für den nächsten Schub Platz zu machen....."

Diesen Text nimmt ein Diplomingenieur und vereidigter Sachverständiger für Bauwesen mit einem Briefkopf, der ihn mit dieser Qualifikation ausweist, zum Anlaß, um dem herausgebenden Kindler-Verlag u.a. wie folgt zu schreiben:

"Sehr geehrte Damen und Herren!

In letzter Zeit hörte, bzw. las ich häufiger, daß Rechtsextremisten wieder aktiv werden und in diesem Zusammenhang von ewiggestrigen Alt-Nazis und unbelehrbaren Neo-Nazis die grausigen Verbrechen an Juden infrage gestellt, bzw. sogar bestritten werden, indem in einer Art Nazi-Arithmetik ein rechnerischer Nachweis versucht wird, die Vernichtungszahlen, die bekanntlich zwischen 6 und 26 (nach: "Europa unter dem Hakenkreuz") [18]) und sogar noch mehr Millionen schwanken, wenn nicht gar überhaupt zu bestreiten, zumindest in Zweifel zu ziehen. ....

Ich will davon absehen, eine Liste der Unmöglichkeiten in dem Buch von Gideon Hausner 'Die Vernichtung der Juden' aufzuzählen, sondern erlaube mir, die Frage zu stellen, ob ■ bei einem Detail des Buches sich um einen Druckfehler handelt; denn das, was auf Seite 233 zu lesen ist, ist ebenso sicher eine physikalische Unmöglichkeit. Dort heißt es: 'Die nackten Menschen treten sich gegenseitig auf die Füße. Etwa sieben- bis achthundert Menschen stehen auf einer Fläche von ungefähr 25,5 Quadratmetern.'

Bitte rechnen Sie nach: Bei 800 Menschen auf 25,50 qm ergibt das pro Mensch 319 Quadratzentimeter. Eine Buchseite von Gideon Hausner hat 274 Quadratzentimeter, also nur 45 qcm weniger. Was also auf dieser Seite des Buches als Tatsache behauptet wird, ist eine absolute physikalische Unmöglichkeit..."

Da der vereidigte Sachverständige auf diesen Brief keine Antwort erhielt, mahnte er nach zwei Monaten noch einmal an:

17) Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages, "Zur Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen — Dokumentation der parlamentarischen Bewältigung des Problems 1960 - 1979", Teil I, Bonn 1980, S. 115.

18) H.U. Reichert u.a., "Europa unter dem Hakenkreuz — Städte und Stationen", Köln 1982, Verlagsgesellschaft Schulfernsehen (vgs), S. 169. *Der Spiegel* berichtete in seiner Ausgabe 11/1985, S. 30 von "12 Millionen" ermordeten Menschen.

"In meinem Brief habe ich gefragt, ob in der Greuelschilderung auf Seite 233 des Buches von Gideon Hausner Ihnen ein Druckfehler unterlaufen ist. ... Ich möchte das insbesondere anläßlich der noch laufenden Bemühungen um das 21. Strafrechtsänderungsgesetz wegen wissen, welches das Leugnen und die Verharmlosung von Verbrechen an Juden auch dann unter Strafe stellen soll, wenn geäußerte Zweifel begründet sind, mit anderen Worten auch dann, wenn eine Greuelschilderung überhaupt nicht wahr sein kann.

Ich habe Ihnen nachgewiesen, daß in Gaskammern mit 25,5 qm Grundfläche nicht sieben- bis achthundert Menschen stehen können. Insofern ist meine Feststellung, daß dies eine physikalische Unmöglichkeit ist, unwiderleglich. ..."

Hierauf antwortete der zuständige Sachbuch-Lektor des Kindler-Verlages, der Akademiker Dr. Rolf Cyriax, am 3. April 1985:

"Es ist in der Tat eine schwerlich faßbare Tatsache, daß die ungeheuerlichsten Vorgänge im Zusammenhang mit der Vernichtung von Menschen zu verzeichnen sind. 700 Menschen auf 25,5 Quadratmetern muten uns als Erfindung an, als physikalische Unmöglichkeit, wie Sie schreiben, und doch scheint diese Angabe zu stimmen, da sie auch in anderen Darstellungen der NS-Verbrechen enthalten sind. Man mußte zuweilen die Toten auseinanderbrechen, so eng waren sie in den Vergasungskammern zusammengepreßt worden. Ich darf nur daran erinnern, daß immer wieder Berichte aus iranischen Gefängnissen zu uns gelangen, daß Zellen, die höchstens für 20 Personen gedacht sind, zeitweilig mit 300% überbelegt werden. Ich glaube, in Diktaturen wird mit den Menschen in der gräßlichsten Weise Schindluder getrieben. Und wenn man jemand zu Tode bringen möchte, achtet man nicht darauf, wie brutal man ihn vor dem Sterben behandelt.

Ich sehe deshalb keine Gründe, an den Angaben von Gideon Hausner zu zweifeln. ..."

Physikalische Unmöglichkeiten sind also möglich, — unter einer einzigen Voraussetzung: wenn "Nazis" die beschuldigten "Täter" sind. In diesem Fall gilt ein Naturgesetz dann als aufgehoben, wenn "auch in anderen Darstellungen der NS-Verbrechen" die gleichen Unmöglichkeiten "enthalten sind".

dpa - Praxis

"Ganz anders, wenn ein deutscher Zeithistoriker einmal eine wissenschaftliche Erkenntnis publizieren will, die die deutsche Geschichte n i c h t belastet. Da möchte die Nachrichtenagentur erst einmal wissen, welche Belege er für seine Entdeckung hat, wer seine Erkenntnisse auch noch bezeugen kann, wie er zu einem solchen Forschungsergebnis gekommen sei und woher er sein Material habe — um dann am Schluß doch keine Meldung über diese mehrfach ausgewiesene Erkenntnis zu bringen, wie dies unlängst die 'Deutsche Presse-Agentur' (dpa) praktizierte. Im Falle der angeblichen 500.000 umgekommenen Zigeuner galten jedoch für dieselbe Nachrichtenagentur diese Kriterien nicht. Sie kolportierte bedenkenlos die eingeführte Zahlenangabe." [19)]

19) Alfred Schickel, "Beiträge zur Zeitgeschichte" Ingolstadt 1983 S. 98 - 99.

Vogel in Lidice — Mai 1985

Sinnigerweise führten Ex-HJ-Führer Jochen Vogel und gleichermaßen NS-Begeisterter a.D. Harry Ristock eine Delegation der SPD, um Kränze im ehemaligen Konzentrationsgebiet Theresienstadt sowie in Lidice niederzulegen, wobei Vogel bleibende Schuld und Sühne dem deutschen Volk auflastete. Unerwähnt blieb der KZ-Alltag nach Kriegsende unter kommunistischer Tschechenherrschaft, bei der Abertausende Deutsche unter grausamen Umständen den Tod fanden. Unerwähnt blieben die von alliierten Bombenteppichen ausradierten Städte, Großstädte mit ihren tausenden und in Dresden 250.000 zivilen Opfern. Unerwähnt blieb schließlich die Völkerrechtswidrigkeit des Partisanenkrieges, des zivilen Bombenkrieges, der Weltrevolutionszielsetzung, die Kriegserklärung des Zionismus an Deutschland schon am 24. März 1933 usw. usw. Solches zu erwähnen, wäre für Leute seines Schlages erst opportun, wenn die Machtverhältnisse sich erneut geändert hätten. Sein Wörterbuch wüßte er sofort auszuwechseln.

Lügen — von den Belogenen bezahlt

Die Bonner "Welt" befaßt sich mit der bevorstehenden Ausstrahlung einer Fernsehserie über den Zweiten Weltkrieg:

"Der Bayerische Rundfunk hat frühzeitig erklärt, daß er diese Serie nicht übernehmen werde. Ebenso hat sich das ZDF geweigert, diese Produktion, eine sowjetische 'Dokumentation', anzukaufen. Schon der Sendetermin der 1979 vom WDR erworbenen Serie ist aufschlußreich. Fällt er doch zusammen mit der Diskussion um Nachrüstung, Doppelbeschluß und Neutronenwaffe. Auf Nachfrage bestätigte Jürgen Rühle, der Leiter der WDR-Redaktion Geschichte und Zeitgeschehen, daß die Dokumentation eine große Zahl von Unrichtigkeiten enthalte, die man jedoch belassen habe — obwohl die Anstalt das Recht zu Kürzungen und zu Eingriffen im Textteil besitzt. Eine bereits vorgenommene Korrektur, nämlich die geschichtsklitternde Darstellung des — sowjetischen — Massenmordes an polnischen Offizieren im Wald von Katyn, wird sogar wieder rückgängig gemacht. Fernsehdirektor Heinz Werner Hübner meinte dazu, es handele sich um sowjetische Dokumente und aus sowjetischer Sicht sei die Darstellung eben zutreffend... Authentizität also nach Art des Hauses. Die Lüge wird für teures Geld angekauft, sie wird vorgetragen, und sie wird nicht einmal durch Begleittexte korrigiert. Da weiß der Zuschauer wenigstens, wozu die Anstalten demnächst noch mehr Geld brauchen." [20)]

20) *Frankfurter Allgemeine*, 24. August 1981

Im übrigen bin ich der Meinung, daß sich seit Jahren jene der Volksverhetzung schuldig machen, die Lügen über unser deutsches Volk und seine Geschichte verbreiten, nicht aber jene, die gegen diese Lügenflut ankämpfen!

Besorgte Bürger schreiben, sie haben es schon oft getan. Geändert hat sich nichts!

Stuttgart 25. Mai 1984

An den Bundesminister der Justiz
z.Hd. von Herrn Fieberg
Heinemannstr. 6
5300 Bonn 2

"Sehr geehrter Herr Fieberg!

Ich war schon im Dritten Reich gegen jegliche Gewalt, egal von welcher Seite sie ausgeübt worden ist. Ich war Soldat vom ersten bis zum letzten Tag des Zweiten Weltkrieges in einem Münchner Infanterieregiment mit anschließender russischer Gefangenschaft. Es hat in unserer Einheit, — und dies kann man von so ziemlich allen Einheiten der Wehrmacht und der Waffen-SS auch sagen —, keine Übergriffe gegeben, wie man sie uns nun schon seit über 39 Jahren anhängen will.

Daß es Verbrechen gegeben hat, leugnet kein anständiger Mensch, nur sollte man unterscheiden können zwischen kriegsbedingten Handlungen und solchen, welche uns nach dem Kriege von einer rachsüchtigen Siegerjustiz angelastet worden sind mit Zahlen und angeblichen Geschehnissen, die einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten können.

Ich habe mein ganzes Leben mit wachen Sinnen und kritischem Geist alles verfolgt, was sich um mich im Kleinen und auch im Großen abgespielt hat. Es gibt so viele Literatur über das 'Tausendjährige Reich', das einmal von der Mehrheit des deutschen Volkes getragen worden ist, und das weder objektiv noch wahrheitsgetreu geschildert wird. Aber es gibt auch eine Literatur, welche versucht, Licht in das Dunkel zu bringen, das seit jenen Jahren auf unserer Vergangenheit lastet. Denn eines sollten alle bedenken, daß nach 1945 die Siegerjustiz bei uns diktierte, was 'Recht' ist, und daß in unserem Grundgesetz so manches von diesem 'Recht' übernommen worden ist.

Daß sich dieses 'Recht' des Siegers.... auf Falschaussagen, Meineiden, Lügen und Manipulierungen aufbaute, blieb immer getragen von einem Haß, der nicht erst seit 1933 gegen Deutschland zu spüren war und den Kampf gegen den NS nur zum Vorwand nahm, um die Wirtschaftsmacht Deutschland ein für alle Mal auszuschalten, — dürfte Ihnen erkenntlich sein..... Eine Episode aus der russischen Gefangenschaft möchte ich Ihnen nicht vorenthalten: Im August 1945 habe ich mir im Lager Wischny-Wollotschek nördlich von Moskau, nach der stetigen Berieselung unserer ungeheueren Schandtaten eine Broschüre über Auschwitz im allgemeinen und den französischen Sozialisten und jüdischen Politiker Leon Blum in der Lagerbibliothek verschafft, und mußte feststellen, auf was für eine grausame Art und Weise dieser Mann im Lager umgebracht worden ist. Roßhaare durch die Zunge ziehen, abschneiden der Ohren, ausstechen der Augen und abschneiden des Geschlechtsteiles wurden in blutrünstiger Weise geschildert, bis der arme Mann sein Leben unter den blutigen Händen der SS-Schergen aushauchte. Während des Lesens dieser Lektüre, es war an einem der wenigen freien Stunden im Lager, kam unser Propagandist mit der nur zu gut bekannten Zeitung '*Neues Deutschland*', um uns über die neuesten Weltnachrichten zu informieren. Hier erfuhren wir u.a., daß der französische Politiker Leon Blum als Sonderbotschafter Frankreichs nach New York geflogen sei. Auf meinen Einwand, daß Leon Blum in Auschwitz unter deutschen Verbrecherhänden sein Leben ausgehaucht habe, und dem anschließenden Aufruhr in unserem Erdbunker, verließ dieser Herr, ein früherer Feldwebel mit Parteiabzeichen, fluchtartig mit Zeitung und Broschüre, die ich ihm vor die Füße warf, unseren Bunker und ward nicht mehr gesehen. Tags darauf fragte ich meinen russischen Techniker, der unserer Gruppe von Spezialisten vorstand, und der mir erzählte, daß er, ein russischer Jude, in Auschwitz mehrere Jahre verbracht habe, was von dieser Sache nun zu glauben sei. Er erklärte mir wörtlich — er sprach ein einwandfreies Deutsch —, Du darfst nicht alles glauben, was gesagt und geschrieben wird! — Kommentar überflüssig.

Mir ist lt. Grundgesetz gestattet, eine eigene Meinung zu haben, und diese auch öffentlich zu vertreten, auch wenn sie mit anderen Meinungen nicht konform geht. Was man uns an Zahlen seit 1945 vorgesetzt hat, ebenso propagandiert wie seit eh und je, geht nicht einmal auf die bekannte Kuhhaut. Wer sich einigermaßen informieren kann, und dazu hat jeder ausreichend Gelegenheit, muß Zweifel an der Seriösität von so Vielem aufbringen. Hier nur einige Beispiele: Man kann sich doch informieren über die wirklichen Zahlen der jüdischen Mitbürger vor dem Zweiten Weltkrieg, dies gilt genau so für die Zigeuner, welche sich unter deutscher Besetzung befanden, vergleicht man dann die Zahlen, welche auch von jüdischen und anderen seit 1945 bekanntgemacht worden sind, so entstehen doch gewaltige Unterschiede. Wer dies nicht merkt, hat entweder Scheuklappen vor den Augen oder hat einen oder mehrere Gründe, daß die Wahrheit nicht bekannt werden soll. Die Methode wie d i e D e u t s c h e n nun diese Millionen vom Leben zum Tode beförderten, müssen doch auf Widerspruch stoßen, da die technischen Voraussetzungen zu solchen Massenvernichtungen gar nicht möglich waren. Denn wer diese Zeit damals gerade von 1943 an, wo wir ungeheuer eingespannt waren, selbst miterlebt hat, muß sich fragen, wo kamen der Transportraum, die Energieträger Kohle, Oel, Holz usw. her, wenn an den Fronten und in der Heimat dies alles Mangelware war? ? ? Wieso kommt es, daß sämtliche 'Vernichtungslager' hinter dem eisernen Vorhang liegen und nie besichtigt werden konnten, man auch keine Überreste der Millionen Opfer fand? Man fragt nie, wie diese Zahlen zustande kamen. Gersteinbericht, die angeblichen Enthüllungen der KZ-Kommandanten, welche nachweisbar unter schwerer Folter entstanden, sind zweifelhafte Argumente. Daß in den letzten Monaten des Krieges auf Grund der kriminellen Luftbombardements in ganz Deutschland eine Versorgung auch der KZ nicht mehr möglich war, und daraus die hohen Verluste, welche noch durch Seuchen rapide stiegen, sollte man auch im Justizministerium wissen. Man wird durch Gesetze nie die Wahrheit unterdrücken können. Daß bei uns Vieles auf Lüge aufgebaut

ist, sollte einem Justizminister mitsamt seinen Mitarbeitern bekannt sein. Ist doch das Grundgesetz aus den alliierten Siegergesetzen hervorgegangen, welche nur die Rechte der Sieger kannten, den Besiegten aber rechtlos machten.

Wir haben dies hautnah am eigenen Körper verspürt, wie rechtlos wir waren. Als man uns nicht nur von östlicher Seite sämtlichen privaten Eigentums beraubte. Als sich der Sieger das Recht nahm, das man dem Besiegten, als er Sieger war, zum Strick drehte, und unter unvorstellbaren Opfern unter den deutschen Menschen Racheorgien feierte. Ich habe es im Weichselbrückenkopf von Januar 1945 an tagtäglich erlebt, wie man mit unschuldigen und wehrlosen Menschen, Frauen, Kindern und alten Leuten umging.

Oder war dieser Holocaust, um einmal mit dem so gängigen amerikanischen Wortgebilde zu sprechen, kein Völkermorden, als man in den ostdeutschen Provinzen, in der Tschechei und auf dem Balkan millionenfach die Menschen massakrierte, wohlverstanden nach den Kampfhandlungen? Heute spricht von diesen Verbrechen keiner mehr, oder nur: d i e D e u t s c h e n h a b e n a n g e f a n g e n ! Nein, Herr Fieberg! Viele machen es sich bei uns zu einfach!

Ich frage mich oft, wenn ich täglich von Spendenaufrufen für die ganze Welt höre: Zum Spenden sind diese pervertierten Verbrecher recht, zum Zahlen ungeheuerer Summen schlägt man nicht einmal die 'bluttriefenden Hände' zurück. Es ist ein Hohn, wenn man bedenkt, daß nach 1945 zig Kriege geführt wurden mit über 50 Millionen Toten, daß zig mal Völkermord an nationalen, rassischen und religiösen Minderheiten begangen wurde , ohne daß ein internationaler Gerichtshof nach den Gesetzen von Nürnberg eingegriffen hätte. Daß die Mitankläger von Nürnberg heute noch Völkerausrottung betreiben, man denke nur an Afghanistan!!!!

Oder ist dies was anderes??? Man kann mich nicht überzeugen, solange man nur Deutsche verurteilt, solange nur wir Verbrecher waren und noch heute sind. Auch wenn man scheinheilig uns zu Freunden erkoren hat, weil man uns braucht, weil man nach Churchill das falsche Schwein geschlachtet hat. Das beste Beispiel ist doch die Feierlichkeit zum 40. Jahrestag der Invasion am 6. Juni 1944. Daß es bei uns ehrlose Menschen gibt, welche sich zu solchen 'Siegesfeiern' einladen lassen und auch hingehen, braucht man nicht zu erwähnen, aber ich sage Ihnen als alter Soldat, der, wie Millionen Soldaten aller Länder dieser Erde, nur seine Pflicht tat, wer an einer solchen Feier teilnimmt, beleidigt nicht nur die Überlebenden deutschen Soldaten, sondern — und das wirkt noch schwerer — auch alle diejenigen, welche im guten Glauben ihr Leben lassen mußten.

Daß wir Deutsche schon immer ein besonderes Volk waren, sollten auch Sie wissen, aber was sich so mancher, der sich auch Deutscher nennt und dadurch seit 1945 hier seinen Reibach machen konnte, leistete, ist ein Schandfleck sondersgleichen. ..."

An den Bundesminister der Justiz
Heinemannstr. ▮
5300 Bonn 2

15. Februar 1985

...Es ist noch nie so viel gelogen worden, wie in unserem Jahrhundert und man hat uns noch nie mit so vielen Halbwahrheiten traktiert, wie in den letzten Jahrzehnten.

Man darf doch bloß aufmerksam die Berichte der letzten Zeit verfolgen, welche über Greueltaten deutscher Soldaten berichten, sei es nun Kalavrati auf dem Peloponnes, sei es Oradour in Frankreich oder Marzabotto in Italien. Man hört nur von deutschen 'Verbrechen', von Deutschen 'Ermordete', aber nie, was diesen Massakern vorausgegangen war. Man erhöht die 'Opfer' willkürlich, ohne Bedenken, während man die 'Opfer' z.B. vom Untergang Dresdens mit n u r 35.000 'Toten' angibt, welche identifiziert worden sind. Von den Hunderttausenden, welche pulverisiert und total verbrannt sind, da schweigt man sich lieber aus. Dies, Herr Engelhard, sind die Fakten, welche in einem Menschen Zweifel aufkommen lassen an der Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe der Verantwortlichen bei uns. Sei es nun in der Politik oder bei den Massenmedien.

Auch das Gerede, wenn man von den Verbrechen unserer ehemaligen Gegner spricht, daß dies nur Aufrechnerei sei, ist eine fadenscheinige und nicht haltbare Wortklauberei. Denn nach den Bewältigungsakrobaten gibt es nur deutsche Verbrechen, daß aber diese deutschen Verbrechen durch vorhergegangene andere Verbrechen erst möglich gemacht wurden, davon will man überhaupt nichts wissen..... "

Einstiger SPD-Minister für innerdeutsche Angelegenheiten, Egon Franke (im Bild rechts), fand sich 1985 vor der Großen Strafkammer Bonn mit seinem Sachbearbeiter Edgar Hirt wieder (im Bild links = sein Verteidiger und ehemaliger CSU-Bundesinnenminister Hermann Höcherl). Die Anklage wirft Franke vor, 5,6 Millionen DM öffentlicher Mittel mittels zahlreicher "Waschanlagen" veruntreut und zum Verschwinden gebracht zu haben. Was den Fall besonders interessant macht, ist weniger die Langzeit seiner ministeriellen Tätigkeit — immerhin 13 Jahre —, als vielmehr der Schlüssel zu seinem Aufstieg in der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie: 1935 war Franke wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Celle absaß. Im Krieg gehörte er dem Strafbataillon 999 an. Die "Stunde 0" war seine große Stunde.

Wie sich ein Zeitgeschichts-Professor und Sachgutachter bei Gericht geistig auseinandersetzt

19.4.1984

"Sehr geehrter Herr .....

Ich habe jetzt Herrn Dr. Wolfgang Scheffler in West-Berlin direkt angerufen und ihn auch erreicht. Mein Gespräch mit Herrn Scheffler war höchst interessant:

Laut Erklärung von Herrn Scheffler hat es gar keinen Sinn, in verschiedenen westdeutschen Archiven nach ähnlichen Dokumenten zu suchen — weil es hier keine gibt. Solche Dokumente besäße nur die Sowjetunion. Herr Scheffler gab mir gegenüber zu, noch nie ein solches Dokument gesehen zu haben — abgesehen natürlich von dem sogenannten Demjanuk - Dokument. Das heißt, daß er überhaupt keine Vergleichsmöglichkeiten hat. Herr Scheffler, von mir darauf angesprochen, begründete sein Urteil, das 'Demjanuk - Dokument' sei echt, wie folgt: Ein Dokument müsse dann als echt gelten, wenn es in seiner technischen Ausführung echt wirkt und wenn auch andere Indizien auf Echtheit hinweisen. Ohne ein Vergleichsdokument je gesehen zu haben und ohne solch ein Vergleichsdokument auch nur beschaffen zu können, reichten Herrn Scheffler als Kriterien also völlig die technische Perfektion (die von jeder Fälscherwerkstätte, allzumal vom KGB erreicht werden kann) und 'Indizien', worunter er offenbar die Unterschriften von Streibl und Teufel versteht. Darauf angesprochen, erklärte Herr Scheffler, auf dem Dokument gebe es keine Abdeckung; deshalb sei es ja auch von den zunächst skeptischen US-Behörden akzeptiert worden. Ein weiteres 'Indiz' soll der Umstand sein, daß die Sowjets bisher noch nie gefälschte Dokumente[21]) in Kriegsverbrecherprozessen vorgelegt hätten. Die 'Logik': Ein Fälscher ist kein Fälscher, wenn er vorher noch nie gefälscht hat!

Als 'Indizien' wertet Herr Scheffler offenbar auch, daß

1.) Herr Schäfer die Anwesenheit Demjanuks in Treblinka zugegeben haben soll, und

2.) Herr Demjanuk selbst das Dokument als richtig erkannt haben soll.

Abgesehen davon, was Schäfer und Demjanuk immer erklärt haben mögen, kann es meines Erachtens nicht zur Aufgabe eines Dokumenten-'Sachverständigen' gehören, Zeugenaussagen bei seiner Bewertung zu berücksichtigen. Ein Dokumentensachverständiger darf nur das Dokument an sich bewerten, wozu Herr Scheffler nicht in der Lage war und ist, weil es kein Vergleichsstück kennt und vorzuweisen hat und weil es, nach seiner eigenen Angabe, solche Vergleichsstücke auch im Westen und in der Bundesrepublik Deutschland gar nicht gibt.

Dies ist der wesentliche Inhalt der Angaben, die mir Herr Scheffler telephonisch machte. Herr Scheffler gab im Lauf des Gesprächs zu, daß er Berufskollegen habe, die seiner Arbeit skeptisch gegenüberstünden.

Mit freundlichen Grüßen

---

21) Dieser vom "Sachverständigen" Prof. Scheffler geäußerte oder angeblich geäußerte Sachverhalt ist falsch: Es gehört zur ständigen Übung kommunistischer Staaten und somit auch der Sowjetunion als Führungsmacht des kommunistischen Weltsystems mit Desinformation, d.h. mit Fälschungen jedweder Art, natürlich auch mit Dokumentenfälschungen in hemmungslosester Form zu arbeiten, wo es ihr aus machtpolitischen Erwägungen sinnvoll erscheint. Dieses Verhalten ist seit Lenins Lehren von der "Strategie und Taktik" und der "kommunistischen Moral" dogmatisch vorgeschrieben.

Einschreiben Vlotho den 17.12.1985

Sehr geehrter Herr Scheffler!

Nebenstehend abgelichtete Notiz wurde mir von einem Bekannten zugeleitet.

Zwecks Veröffentlichung wäre ich dankbar, mir diese Darlegung entweder zu bestätigen, richtigzustellen oder grundsätzlich zu dementieren. Ich gehe davon aus, daß Ihnen für die Beurteilung jenes angesprochenen Dokumentes lediglich eine Fotokopie zur Verfügung stand. — Einen Freiumschlag zur Beantwortung lege ich bei. — Ein Schweigen müßte ich als Bestätigung des abgesetzten Telefoninhaltes auffassen, ein inhaltloses Dementi ebenfalls.

Mit freundlichem Gruß Udo Walendy

▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡

U. zurückges.

Der wissenschaftliche Anstand und die berufliche Sorgfaltspflicht verbieten es, auf ein angeblich mit einem Herrn Anonymus geführtes Telefongespräch auch nur mit einem einzigen Wort einzugehen.

Prof. Dr. Scheffler Berlin, 18.1.1986

▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡▪‡

Einschreiben

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Scheffler!

Obgleich es Ihnen offenbar nicht mehr würdig erscheint, mich als Ihrem ehemaligen Kommilitonen einer Anrede — geschweige denn ehrenvollen — zu würdigen, möchte ich einmal im Interesse der Sache darüber hinwegsehen. Daß der Name Ihres Telefonpartners irrtümlich in meinem Schreiben an Sie vergessen wurde, bitte ich zu entschuldigen, doch läßt sich das nachholen, obgleich Sie ja wissen müssen, um wen es sich handelt:...

Ich nehme an, daß es jetzt nicht mehr Ihrem "wissenschaftlichen Anstand und Ihrer beruflichen Sorgfaltspflicht" widerspricht, nun zur Sache Stellung zu nehmen. Damit Sie Ihre Erinnerung wieder auffrischen können, lege ich eine Kopie meines Schreibens vom 17.12.1985 bei.

Mit freundlichem Gruß Udo Walendy

Für diesen Brief wurde vorsorglich die Annahme verweigert.

So erübrigt sich eine Stellungnahme zur Sache.

Andere "Offizielle" machen es sich auch so leicht

In der Tat: "Es ist makaber"...

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE
- Archiv -

MÜNCHEN, den 15.11.1982
A I/1 We/p

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19, Tel. 18 00 26

Sehr geehrter Herr Ruhwandl,

....

Daß auch Behörden irren können, ist sicher nichts Neues. Angaben in Verfassungsschutzberichten werden auch von Teilen der Münchner Justiz nicht immer als dem neuesten Wissensstand entsprechend angesehen und gewertet - das hat einer meiner Kollegen, der sich auf Angaben eines Verfassungsschutzberichts stützte, leidvoll erfahren müssen.

Bei der Erforschung des Komplexes Konzentrationslager/Vernichtungslager - das mag vielleicht zur Entschuldigung mancher Fehlinformation gesagt sein - hat die Geheimhaltungstaktik der SS-Dienststellen dazu beigetragen, die Erforschung der Wahrheit zu erschweren. Aus diesem Grunde war es z.T. erst Jahre nach dem Zusammenbruch möglich, auch für Häftlingslager auf dem damaligen Reichsgebiet wie Ravensbrück, Mauthausen, Stutthof u.a. die Existenz von Vergasungsanlagen nachzuweisen, mit denen Tausende von Opfern getötet wurden. Für Dachau liegen uns nach wie vor keine eindeutigen Beweise vor, mit denen belegt werden könnte, daß die dort installierte Anlage zur Ermordung von Menschen benutzt worden ist.
Angesichts der grauenhaften Vorgänge in den Häftlingslagern der ■■ mag es makaber erscheinen, darüber nachzuforschen, ob nun auch in Dachau bis Kriegsende noch Menschen vergast wurden oder nicht. Wir halten es aber für eine der wesentlichen Aufgaben unseres Institutes, im Interesse der Glaubwürdigkeit unserer Wissenschaft allen ungeklärten Fragen der Zeitgeschichte nachzugehen und sie zu beantworten - freilich im Rahmen unserer materiellen Möglichkeiten........

Mit freundlichen Grüßen
i.A.
(Hermann Weiß) 22)

Von Lagern mit tausenden Überlebenden sollte es möglich sein, Vergasungsanlagen über Jahrzehnte nach Kriegsende hinaus "geheimzuhalten" — wegen der "Taktik der SS-Dienststellen"? Selbst Leute, die solches unter dem Anspruch des "Ethos der Wissenschaft" behaupten, bieten auch dann noch keine Beweise, keine Funde! — Welche Dummheit und Unmoral mutet man eigentlich der Menschheit zu?!

Diese Leute "beraten" bei uns noch Pädagogen und Schulbuchverlage!

Aus Platzgründen konnten wir nachstehend zitierten Brief nicht in Faksimile abdrucken. Er liegt uns jedoch im Verlag vor.

Der Bundesminister
für Forschung und Technologie

Geschäftszeichen 215 - 3723 - 3/86 Tel (0228) 59- 3252 oder 59-1 Datum 11.03.86

Betr.: Institut für Zeitgeschichte in Münch
Bezug: Ihr Schreiben vom 19.2.1986
Anlg.: - 1 -
Sehr geehrter Herr

Ihr an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gerichtete Schreiben vom 19.2.1986 ist über das Bundesministerium der Finanzen an mich gelangt. Auf Ihre Anfrage teile ich mit, daß das Institut für Zeitgeschichte gemeinsam vom Bund und dem Freistaat Bayern, die gleich hohe Zuwendungen leisten, finanziert wird.
Die Bundesmittel für das Jahr 1986 belaufen sich auf 2.310.250,-- DM. Eine Übersicht über den Wirtschaftsplan des Instituts für Zeitgeschichte, die die Finanzierung für die Jahre 1984 - 1986 darstellt und die im Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1986 unter dem Kapitel 3002 Titel 685 58 veröffentlicht ist, füge ich bei.
Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
gez. Dr. Döll

4,62 Millionen DM bekommt dieses Institut aus öffentlichen Mitteln zugesteckt, um nicht etwa Geschichte so zu schreiben, wie sie wirklich war, sondern um die "deutsche Schuld" mit dialektisch ausgearbeiteten "historisch-wissenschaftlichen" Untersuchungen und entsprechenden "Sachgutachten" vor der Weltöffentlichkeit, insonderheit auch vor den Gerichten in immer neuen Variationen zu "dokumentieren". Diese seit 1961 von Bund und Ländern getragene "öffentliche Stiftung bürgerlichen Rechts", firmiert sich "unabhängig", obgleich sie total von den machthabenden politischen Willensträgern abhängig ist. Schon hier beginnt die Unwahrheit der mehr als 60 Planstelleninhaber und Zeitvertragsmitarbeiter, die sich gleichermaßen durch die Justiz, die staatlichen und kommunalen Behörden hindurchzieht, wenn diese sich auf die "unabhängigen Sachgutachter" in ihrer Rechtfindung oder ihren Aufgaben zur Sachaufklärung beziehen. Angesichts dieser jährlichen Millionen kann die "Unabhängigkeit" auch dadurch nicht als hergestellt gelten, weil zusätzlich große wissenschaftliche Stiftungen wie "Deutsche Forschungsgemeinschaft", "Stiftung Volkswagenwerk", "Thyssen-Stiftung", "Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte" u.a. die Finanzierung von projektgebundenen Zeitvertragsmitarbeitern übernehmen.

22) Man vergleiche Schreiben des IfZ in *Historische Tatsachen* Nr. 24, S. 20.

"Auch bei zahlreichen anderen Gelegenheiten treten das IfZ und seine Mitarbeiter Versuchen rechtsradikaler Geschichtsklitterung entgegen." [23)]

Im Pressedienst des Instituts für Zeitgeschichte erschien im August 1984 eine vom Leiter jenes Instituts, Prof. Dr. Broszat, abgezeichnete Presseerklärung, die auf kurzem Raum deutlich macht, daß hier nicht emotionsfreie, neutrale Wissenschaft Maßstab von Untersuchungen, Verlautbarungen, Gutachten und "Ratschlägen" ist, sondern unverhohlener Tagesopportunismus, wie er von den politischen Willensträgern, die jährlich die Millionen für die Existenz des IfZ finanzieren, in Form von "Sprachregelungen" vorgegeben wird. So sei z.B. die Tatsachenfeststellung "Vertreibungsverbrechen", soweit sie sich auf die Vertreibung von 18 Millionen Deutschen aus ihrer ostdeutschen Heimat und auch aus ihren balkanischen Heimatgebieten bezieht, ein "mißverständlicher Begriff", "dem der Geruch der Verrechnungsabsicht anhafte", wie sich von "polemischen Traktaten aus rechtsnationaler Ecke" entnehmen lasse.

Nicht nur, daß die Tatsache brutaler Vertreibung von Millionen von Menschen als außenpolitische und militärische Maßnahme der "demokratischen Befreierstaaten" als solche in ihrem geschichtlich einmaligen Ausmaß minimalisiert und verharmlost, sein Einmaligkeitscharakter in den geschichtlichen Verbrechen aus dem Bewußtsein verdrängt wird; — die vom IfZ empfohlene Begriffsänderung soll die geschichtlichen Zusammenhänge grundsätzlich auf den Kopf stellen. Es soll den Deutschen und der Welt eingeredet werden, die Deutschen seien daran selber "schuld", denn — wie weiter aus der Presseerklärung des IfZ hervorgeht — es habe sich bei jenen Ereignissen um "verständliche Rache" und eine "notwendige Folge des Krieges" gehandelt. Bundespräsident Richard v. Weizsäcker wußte es dann am 8. Mai 1985 in seiner "Befreiungsrede" noch friedfertig-sprachgewandter auszudrücken, als er auf die "erzwungene Wanderung" hinwies. Es dauert sicherlich nicht mehr lange — dann nämlich, wenn man davon ausgehen kann, daß die Generation der Erlebniszeugen nicht mehr unter den Lebenden weilt —, bis jene Herrschaften dazu übergehen werden, den kommunistischen Sprachgebrauch zu übernehmen und grundsätzlich leugnen werden, daß die deutschen Ostgebiete jahrhundertelang genau so deutsch waren wie Westfalen, das Rheinland oder Bayern.

Die Vertreibungsverbrechen waren keineswegs eine Folge der vorangegangenen Kriegsereignisse, sie waren keine Rache für gleichartiges Handeln des Gegners — also der Deutschen —, sondern sie waren motiviert von einer hemmungslosen Welteroberungsstrategie, die sowohl in ihrer Zielsetzung als auch in ihren Methoden ideologisch-dogmatisch vorgegeben und politisch-zentral mit einer Völkerhaß-Propaganda ohnegleichen vorangetrieben wurde. Dies geschah ebenso auf Seiten der eigentlichen kommunistischen Betreiber in Rußland, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, wie auf Seiten der militärischen und propagandistischen Unterstützer in den "westlich-demokratischen Befreierstaaten".

Die Vertreibung und die damit verbundene Mordpolitik, die Grenzziehung der Oder-Neiße-Linie und alle damit zusammenhängenden Folgeerscheinungen waren nicht Akte individueller Ausschreitungen erbitterter

Würde dies jemand anders als das IfZ geschrieben haben, so wäre es "rechtsradikale Geschichtsklitterung".

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE — MÜNCHEN 5.3.84

- Bibliothek -

B 4
00653/84

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, [illegible] München 19, Tel. [illegible]

Betr.: Foltermethoden der Gestapo

Sehr geehrter Herr P[illegible],

wir beziehen uns auf Ihre Anfrage vom 27.2.84 und überreichen Ihnen anliegend eine Reihe von einschlägigen Titeln. Es handelt sich um eine Auswahl. Wir haben davon abgesehen, Ihnen die Vielzahl der Titel von Erlebnisberichten aus Gestapogefängnissen abzulichten, da deren dokumentarischer Wert doch oft problematisch ist.

Über Foltermethoden der Wehrmacht ist uns nichts bekannt; wir können jedenfalls dazu keine Literatur nachweisen.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.
(Ingrid Gerlach)

23) Institut für Zeitgeschichte – Selbstverständnis, Aufgaben und Methoden der Zeitgeschichte, München 1979, S. 15

oder rachedurstiger Soldaten der siegreichen Armeen, sondern Führungsentscheidungen der Weltimperial-"staatsmänner". *Der Spiegel* hatte ja einst — am 7.1.1985, S. 30 — darauf hingewiesen, daß diese Leute alle samt nach den Grundsätzen des Nürnberger Militärtribunales hätten als Kriegsverbrecher aufgehängt werden müssen. Doch dies hätte man auch ohne den *Spiegel* schlußfolgern müssen.

Jedenfalls bleibt festzustellen: Nicht nur die IfZ-Begriffskosmetik, sondern gleichermaßen die groteske Verkleinerung der Opferzahlen bei der Vertreibung anstatt 3,28 Millionen auf "rund 100.000 oder 250.000" macht deutlich, wie der Boden der Wissenschaft hier verlassen und heuchlerische Agitation betrieben wird; gleichermaßen die IfZ-Polemik gegen alle sachlichen Berichterstatter und Historiker dieser Vertreibungstragödie als "rechtsnationale" bzw. "rechtsradikale Geschichtsklitterer". Und dies nicht nur in bezug auf die Vertreibung, sondern im gesamten Aufgabenspektrum dieses Instituts! Läßt sich doch die Wissenschaft nicht aufteilen in Gebiete, in denen Zusammenhänge entstellt werden dürfen, und solche, in denen man die Wahrheit sagen müßte.

Uns liegen unter Eid vor einem Strafgericht gemachte Aussagen einer Sachgutachterin des IfZ vor — vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 5, S. 32 - 33 —, denenzufolge sie keine Bücher liest, von denen sie vermutet, daß sie "das Dritte Reich exculpieren", sprich: die ihr nicht ins Konzept passen. Wir haben außerdem eine Überfülle von konkreten Beispielen dafür, daß das IfZ überhaupt nicht gewillt ist, auch auf anderen Gebieten als jenen der Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat, nahezu sogar auf allen Gebieten der jüngsten Zeitgeschichte — seiner eigentlichen Aufgabenstellung — Literatur zur Kenntnis zu nehmen und zu verarbeiten, die uns in der sachlichen Aufhellung der zeitgeschichtlichen Erscheinungen wahrheitsgemäß weiterführt. Daher fühlen wir uns berechtigt, hier mit einem Zitat von Prof. Martin Broszat als Leiter des IfZ abzuschließen, allerdings unter Auswechslung des einen Wortes "rechtsextremistischen" — dies ist ohnehin eine propagandistisch zweckgerichtete, auf Diffamierung Anderer ausgerichtete Wortschöpfung ohne jeglichen wissenschaftlichen Bezug! — durch die Buchstabenverbindung "IfZ" als Kennzeichnung für das Institut für Zeitgeschichte in München:

> **"Die Pathologie solchen Amoklaufes in der IfZ-Literatur äußert sich in der Weigerung der betreffenden Autoren und ihrer Gläubigen, ihnen nicht passende Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten."** 24)

Die bisherigen Nummern der *Historischen Tatsachen* sind Beweis genug, daß w i r uns s t e t s mit der IfZ- und ihr verwandten Literatur auseinandergesetzt haben!

Der Sachgutachter des IfZ, der im Indizierungsverfahren gegen das Buch "Wahrheit für Deutschland — Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", feststellte, diese historische Untersuchung sei "gefährlich" und "für die Wissenschaft nicht ganz unbedeutend":

> Sehr geehrter Herr ....!
>
> "Schönen Dank für Ihren Brief vom 4. August 1976, dessen Beantwortung sich durch einen längeren dienstlichen Aufenthalt in Amerika leider erheblich verzögert hat, wofür ich Sie um Verständnis bitte. Ebenso danke ich Ihnen für die freundlichen Worte, die Sie über unser Institut und seine Arbeit gefunden haben. Um so betrübter bin ich darüber, Ihnen sagen zu müssen, daß ich den Vergleich zwischen uns und Herrn Walendy gar nicht schmeichelhaft für uns finde. Ich kenne Herrn Walendy nicht und weiß deshalb auch nicht, ob er tatsächlich, wie Sie annehmen, die Wahrheit sucht, wenngleich ich angesichts der Machart und Tendenz seiner Bücher starke Zweifel nicht zu unterdrücken vermag und als leitendes Motiv vor allem einen extremen und die Wahrheitssuche wenig begünstigenden Nationalismus zu erkennen meine. Wie dem auch sein mag, in der ernsthaften deutschen Zeitgeschichtsforschung ist jedenfalls unbestritten, daß Herr Walendy bei seiner Suche die Wahrheit nicht gefunden hat. Seine Thesen haben mit den Ergebnissen der Wissenschaft nichts zu tun, noch weniger seine Techniken bei der Behandlung von Quellen und Literatur.... Mit freundlichen Grüßen I.A. Hermann Graml

"Skinheads" in Aktion (Hannover 1984). — "Demokratische Toleranz" und "schlagende Argumente" sind offensichtliche Erziehungsergebnisse einer jahrzehntelangen amtlichen politischen Bildungsarbeit, die ihr Bemühen darin setzt, die nationalen Wurzeln des eigenen Volkes zu zerstören und die Verfechter nationaler Rechte, Werte und Würde mit Hilfe des Strafrechts, Amtsentlassungen, Literaturvernichtungen zu kriminalisieren und mit den amtlich verwendeten Begriffen wie "Nazis", "Neo-Nazis", "Rechtsradikale", "Rechtsextremistische", "Gegner der demokratischen Grundordnung" usw. dem Mob der Straße freizugeben.

Beweise braucht Herr Graml ja nicht. Er schreibt "amtlich"; das reicht für die, die er für deppert genug hält, um ihnen solchen nonsense zumuten zu können.

---

24) *Vorwärts*, , 1. September 1984, S. 22.

Historische Dokumentation

Nicht nur Lügen, selbst hochgestellter und einflußreicher Persönlichkeiten — Politiker —, sind in einer Demokratie erlaubt, sondern auch Boykott-Aufrufe und -Maßnahmen, sogar Presse- und Rundfunkerklärungen zum Ausrufen eines "Heiligen Krieges" gegen ein anderes Volk. Freilich bedürfte es hierfür sicherlich einer bestimmten Volkszugehörigkeit, denn Deutsche dürften sich solches gewiß nicht leisten. Samuel Untermeyer, erster Repräsentant der amerikanisch-jüdischen Boykott-Bewegung gegen Deutschland nach seiner Rückkehr von der Jüdischen Boykott-Konferenz in Amsterdam (Niederlande) nach New York (USA) am 7. August 1933 in seiner kontinentweit übertragenen Rundfunkansprache über die Station WABS:

"Meine Freunde!

Welch eine Freude und Erleichterung und ein Gefühl der Sicherheit ist es für mich, wieder einmal auf amerikanischem Boden zu sein! Die Alpträume und Schrecken, die ich in den letzten zwei Wochen in Europa durchlebte, als ich den herzzerreißenden Berichten von Fluchtopfern lauschte, spotten jeder Beschreibung.

Ich bin von Eurem begeisterten Empfang nach meiner Ankunft heute tief bewegt, aber ich verstehe sehr wohl, daß dieser nicht mir persönlich gilt, sondern dem heiligen Krieg für die Sache der Humanität, in den wir gemeinsam, ob Jude oder Nichtjude, eingetreten sind, da wir gleichermaßen darum besorgt sind, daß die Arbeit von Jahrhunderten nicht hinfällig gemacht wird und die Zivilisation nicht stirbt.

Dies ist ein Krieg, der unablässig solange geführt werden muß, bis die dunklen Wolken der Bigotterie, des Rassenhasses und des Fanatismus, die über dem Lande aufgezogen sind, das einst Deutschland war, nun aber mittelalterliches Hinterland ist, wieder vertrieben sind. Wenn wir uns bis zum letzten Mann zum Kampfe stellen und in der Sache hart bleiben, dann wird die strahlende Sonne der Zivilisation auch in Deutschland wieder aufgehen und die Welt wieder sicherer sein.

Als unser Schiff heute die Bucht hinauf an unserer stolzen Freiheitsstatue vorüberfuhr, stieß ich ein Gebet der Dankbarkeit und Danksagung dafür aus, daß diesem herrlichen Land der Freiheit der Fluch, der sich über das umnachtete Deutschland gelegt hat und das sich dadurch von einer Kulturnation in eine wahrhaftige Hölle mit grausamen Bestien verwandelt hat, erspart worden ist.

Die Sorge der Welt

Wir schulden es nicht nur unseren verfolgten Brüdern, sondern der ganzen Welt, daß wir jetzt in Notwehr zu einem Schlag ausholen, um die Welt von einer Wiederholung dieser unglaublichen Gewalttätigkeit zu schützen.

Diesmal sind die Juden die Opfer, das nächste Mal könnten es Katholiken oder Protestanten sein. Wenn wir auch nur einmal zugestehen würden, daß, wie die deutsche Regierung immer wieder frech behauptet, solch eine teuflische Verfolgung von Menschen einer bestimmten Rasse oder Religionszugehörigkeit die interne Angelegenheit eines Staates sei und die übrige Welt nichts angehe, wie sollen wir dann wissen, wer als Nächster an der Reihe ist?

Jetzt oder nie müssen sich alle Nationen der Erde zusammenschließen zum Protest gegen die ungeheure Behauptung, daß die Ermordung, die Aushungerung und Vernichtung eigener unschuldiger Bürger ohne Sinn und Verstand oder Entschuldigungen durch ein in die Barberei zurückgefallenes Land dessen interne Angelegenheit sei und daß die übrige Welt tatenlos zusehen müsse, ohne eine Hand zur Verteidigung zu erheben.

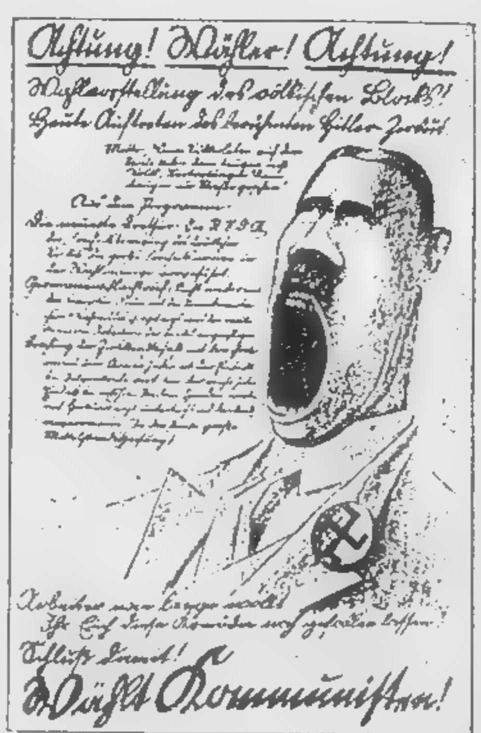
Ich habe viele dieser von Grausen ergriffenen Flüchtlinge, die das Glück hatten, unter Hinterlassenschaft ihrer gesamten Habe über die Grenze zu entkommen, gesehen und mit ihnen gesprochen, und ich kann Ihnen versichern, daß nichts was durch die strenge Zensur und Lügenpropaganda, die nur dazu dienen, die wirkliche Lage der Juden in Deutschland zu verschleiern und falsch darzustellen, durchsickert, auch nur einen Bruchteil dessen, was diesen Männern, Frauen und Kindern an teuflischer Folterung, Grausamkeit und Verfolgung tagtäglich zugefügt wird oder der Schrecken, die sie durchleben müssen und die schlimmer als der Tod sind, wiedergibt.

Wenn die ganze Geschichte erzählt wird, wie es eines Tages geschehen wird, wenn der kraftlose Völkerbund jemals völlig aus seinem Dornröschenschlaf erwacht und sich seiner Macht und Pflicht zur Untersuchung dieser Vorgänge bewußt wird, dann wird die Welt einem Anblick gegenüberstehen, der in seiner barbarischen Grausamkeit so schrecklich sein wird, daß selbst die Hölle des Krieges und die behaupteten Greueltaten in Belgien zur Bedeutungslosigkeit verblassen werden im Vergleich zu diesem teuflischen, willkürlich und kaltblütig geplanten und schon teilweise durchgeführten Feldzug zur Vernichtung eines stolzen, sanftmütigen, loyalen und gesetzestreuen Volkes - eines Volkes, das sein Vaterland liebt und sein Blut dafür vergossen hat und dem Deutschland weitgehend seinen Wohlstand und seine großen Wissenschaftler, Erzieher, Rechtsanwälte, Ärzte, Dichter, Musiker, Diplomaten und Philosophen verdankt, die bisher das Rückgrat seines Kulturlebens waren.

Ins Finstere Mittelalter zurück

Aber warum sollten wir noch länger bei diesem widerlichen Anblick der Verwüstung verweilen, die diese undankbaren Raubtiere aus den verabscheuenswürdigen Motiven des Rassenhasses, der Bigotterie und des Neides heraus angerichtet haben, verweilen?

Einige Wahlplakate der Parteien. – *Berliner Illustrirte*, 27. April 1924



Eine geistige Auseinandersetzung kann man diese Plakat-Hetze wohl nicht nennen. Doch dies war das Niveau, mit dem es anfing, und das auch später beibehalten wurde, – von gewissen, international leider mächtigen Imperialmacht-Bürgern hauptsächlich. Wer in Wirklichkeit den Krieg erklärt und mit einer klaren Zielvorstellung verbunden, d.h. zum Schwert unter Inkaufnahme von Millionen Toten gegriffen hat, ergibt sich u.a. aus der hier abgedruckten Untermeyer-Rede vom 7.8.1933. Der proklamierte "Heilige Krieg" zielte auf die "Vernichtung der Existenz Deutschlands". Samuel Untermeyer legte der Öffentlichkeit für seine Behauptungen keine Beweise vor; er bediente sich der Pauschalbehauptungen, Übertreibungen und offensichtlichen Lügen, um ein politisches Herrschaftssystem in einem für ihn fremden Erdteil, in dem er weder Bürger- noch Mitspracherechte noch Vermögenswerte hatte, global vor der Welt zu diffamieren. – Wie sehr sich die deutsch-jüdischen Organisationen gegen diese "Heilige Kriegs"-agitation verwahrt haben, vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 10/ S. 19 + 20 sowie 26/ S. 5 + 6.

Wer, wie die Kommunisten, die Welt erobern, enteignen, entrechten, diktatorisch beherrschen will, hat keine glaubwürdigere Basis.

Denn die Juden sind die Aristrokaten der Welt. Seit undenklichen Zeiten wurden sie verfolgt und sahen ihre Verfolger kommen und gehen. Sie allein überlebten, und so wird sich die Geschichte wiederholen, aber daraus erwächst für uns kein Grund, diesen Rückfall einer ehemals großen Nation ins finstere Zeitalter zuzulassen oder es zu unterlassen, diese 600.000 menschlichen Seelen aus den Qualen der Hölle zu befreien, wie wir es mit Hilfe unserer christlichen Freunde tun können, wenn wir nur den Willen zur Tat aufbringen.

Da sich die Proteste und Einsprüche aus allen Winkeln der Erde seitens führender Persönlichkeiten aller Konfessionen, sowie der idealistische Traum unseres opferbereiten Präsidenten, die Welt reif für die Demokratie zu machen und die Minderheiten zu schützen, als vergeblich und nutzlos erwiesen haben, müssen wir uns fragen, was die Richtlinien unseres Verteidigungskampfes gegen diese Greueltaten, mit dem wir bereits tatkräftig begonnen haben, sein sollen? Sind wir mit unserem Plan im Recht? Wenn ja, welche Schritte sollten jetzt unternommen werden, um zum Erfolg zu gelangen?

Unser Feldzug ist zweifacher Art: defensiv und konstruktiv. Auf der defensiven Seite steht der wirtschaftliche Boykott gegen alle deutschen Waren, Tranportmittel und Dienstleistungen. Auf der konstruktiven Seite steht ein Aufruf an den Völkerbund, die gewerkschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages und die von Deutschland bei der Aushandlung dieses Vertrages schriftlich abgegebenen Versprechungen zum Schutz seiner Minderheiten, die durch den Entzug des Wahlrechtes für deutsche Juden und deren Verfolgung schamlos gebrochen wurden, auszulegen und zu erzwingen.

Was Boykott bedeutet

Was den Boykott betrifft, so scheint seltsamerweise eine kleine Handvoll unserer gedankenlosen, aber zweifellos gutwilligen Juden bei der bloßen Erwähnung des Wortes Boykott verwirrt und verängstigt zu sein. Der Begriff schwört bei ihnen Vorstellungen von Gewalt und Illegalität herauf, so wie es in der Vergangenheit bei den Kämpfen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern kennzeichnend war. Da es sich bei diesen verschüchterten Seelen, von denen ich spreche, um Kapitalisten und Arbeitgeber handelt, ist ihnen das Wort Boykott und alles, was es beeinhaltet, in den Ohren verhaßt.

In Wirklichkeit bedeutet es nichts dergleichen. Diese Herren wissen nicht, was sie reden und denken. Anstatt vor ihren verschwommenen Befürchtungen und halb ausgegorenen Gedankengängen zu kapitulieren, sollte es unsere erste Pflicht sein, sie darüber aufzuklären, was mit einem rein defensiven Boykott gemeint ist und was wir zu tun beabsichtigen. Zugegeben, der Boykott ist unsere einzige wirklich wirksame Waffe. Aber diese Herren, die sich unter Ausschluß ihres Verstandes von grundlosen Befürchtungen leiten lassen, haben bisher nichts anderes getan und haben kein Programm außer ihrem Versuch, die Weltmeinung aufzurütteln, die jedoch ohnehin unserer Meinung ist und von Anfang an war, was ja auch wegen dieses brutalen, sinnlosen, unprovozierten Angriffs auf die Zivilisation garnicht ausbleiben konnte.

Wir brauchen diesen Erfolg, wenn man ihre ziellosen und fruchtlosen Bemühungen in dieser Richtung in Anerkennung ihrer guten Absichten so würdigen kann, nicht zu verkleinern oder herunterzuspielen, so ergebnislos sie auch gewesen sind. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß sich ihre Bemühungen als zwecklos herausgestellt haben und daß der Feldzug der Schrecklichkeit trotz der einhelligen Weltmeinung nicht nur unvermindert andauert, sondern an Heftigkeit ständig zunimmt und daß die breite Masse des deutschen Volkes, verführt durch die Regierungspropaganda und beeinflußt durch die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und der Presse oder aus Angst vor Bestrafung durch die despotischen Herrscher, die Regierung bei diesem teuflischen Feldzug unterstützt.

Was haben diese liebenswürdigen Herrschaften denn schon vollbracht und was hoffen sie mit ihren 'Staubwedel'-Methoden

zu erreichen, um die unsere Zivilisation vernichtende Feuersbrunst einzudämmen? Man kann doch ein Feuer und noch dazu diese Art von Feuer nicht dadurch löschen, indem man es nur solange anstarrt, bis die tobenden, vom Winde des Hasses angefächelten Flammen alles zerstört haben. Was wir wollen und schon weitgehend im Begriff sind, zu tun, ist die Durchführung eines rein wirtschaftlichen Boykotts, der das Hitler-Regime untergraben und das deutsche Volk dadurch zur Räson bringen wird, daß sein Ausfuhrhandel, von dem seine nackte Existenz abhängt, vernichtet wird.

Erteilt Ihnen eine Lektion

Die Deutschen haben ständig mit der Weltmeinung kokettiert und sie herausgefordert. Wir organisieren die Weltmeinung auf die einzige Art und Weise, in der man sie Deutschland begreiflich machen kann. Hitler und seine Sippschaft werden es wohl kaum zulassen, daß das deutsche Volk erfährt, wie es von außerhalb angesehen wird. Daher müssen wir ihm auf dem einzigen uns offenstehenden Weg eine Lektion erteilen.

Es wäre einmal eine interessante psychologische Studie, so widerlich sie auch sein mag, die Motive zu untersuchen, die jüdische Bankiers dazu veranlaßt haben, Deutschland Geld zu leihen, wie es z.Zt. geschieht. Es ist nämlich teilweise jüdisches Geld, welches das Hitler-Regime für seinen böswilligen Propaganda-Feldzug, mit dem es die Welt antisemitisch machen will, verwendet. Mit diesem Geld fallen die Hitlerleute in Großbritannien, in die Vereinigten Staaten von Amerika und andere Länder ein, gründen dort Zeitungen und richten subventionierte Agenturen ein und geben anderweitig viele Millionen aus, um ihre ruchlose Weltanschauung zu verbreiten.

Die Aufforderung, ihre von ihnen als nicht gerechtfertigt bezeichneten Ehrenschulden mit diesen Geldern zu bezahlen, wird von ihnen mit Hohngelächter oder Totschweigen beantwortet. Indessen führen sie ihren ruchlosen Feldzug mit zunehmender Heftigkeit weiter - zur ewigen Schande jener jüdischen Bankiers, die ihn mitfinanzieren und der Schwächlinge, die nicht Wirksames unternehmen wollen, um ihm Einhalt zu gebieten.

Das Hitler-Regime machte zuerst von einem Boykott zur Judenvernichtung Gebrauch, indem es Plakate in Jüdischen Geschäften aufhängen ließ, in denen deutsche Bürger davor gewarnt werden, bei Juden zu kaufen. Jüdische Ladeninhaber werden verhaftet und zu Hunderten unter Bewachung von Nazi-Trupps durch die Straßen geführt, nur weil sie Juden sind. Sie werden aus den gehobenen Berufszweigen, in denen viele von ihnen zu Ansehen gelangt sind, entfernt, die Kinder werden von den Schulen heruntergenommen und die Männer aus den Gewerkschaften entfernt, so daß ihnen jeder Weg zum Erwerb ihres Lebensunterhalts verbaut wird. Man wirft sie in berüchtigte Konzentrationslager, dort werden sie ausgehungert, gefoltert, ermordet und grundlos geschlagen, wobei man auf jede andere erdenkbare Form der Folterung, so unmenschlich, daß ein Mensch sie kaum beschreiben kann, zurückgreift, bis der Selbstmord der einzige Ausweg dieser Unglücklichen ist, und das alles nur weil sie Juden sind oder weil ihre entfernten Verwandten Juden waren, mit dem offen ausgesprochenen Ziel, sie auszurotten.

Appell an die Menschheit

Gegen diesen übelsten Boykott in der ganzen Menschheitsgeschichte rufen wir die ganze Menschheit zu einem Gegenboykott auf. Unser Appell verbindet sich mit der Überzeugung, daß Idealismus und Gerechtigkeit noch nicht tot sind.

Die Anwendung eines wirtschaftlichen Boykotts als Werkzeug der Gerechtigkeit ist an sich nichts Neues. Die Statuten des Völkerbundes sehen ihn mit den gleichen Worten vor, um widerspenstige Nationen zur Räson zu bringen. Präsident Roosevelt, dessen kluge Staatskunst und Ideen zu den Wundern der zivilisierten Welt zählen, beruft sich auf diese Statuten, um seinen edlen Plan zur Neuordnung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit durch seinen rasanten Industrial Recovery Act (Gesetz zur Gesundung der amerikanischen Wirtschaft) durchzusetzen, mit dem Ziel, der Arbeit zu einem gerechteren Anteil an dem von ihr geschaffenen Wohlstand zu verhelfen. Er ist dabei, die Verbraucher in unserem Lande zu einem nationalen Feldzug aufzurufen und zu verpflichten, alle Fabrikanten, Groß- und Einzelhändler, die sich dieser Verpflichtung entziehen wollen, zu boykottieren und nur von denjenigen zu kaufen, die zugestimmt und daher das Vorrecht

Vernon McKenzie

Der amerikanische Professor gab am 20. August 1934 nach einer ausgiebigen Besichtigungsreise durch Deutschland im *Völkischen Beobachter* seine Eindrücke wie folgt wieder:

"Wohl am meisten bin ich bei meinem augenblicklichen Besuch davon beeindruckt, welche überaus ehrliche Begeisterung Herrn Hitler vom frühen Morgen bis nach Mitternacht von den Tausenden vor der Reichskanzlei versammelten Deutschen entgegenschlug. Die Menschenmenge zeigte wirkliche Verehrung für den Führer; das beweist mir, daß er heute weit mehr ist als ein Parteiführer.

Im Jahre 1932 war er so augenscheinlich ein Parteiführer, daß man wohl seine politischen Fähigkeiten bewunderte, aber die staatsmännischen noch nicht erkennen konnte. Deutschlands Zukunft liegt ganz zweifellos bei Adolf Hitler. Wenn Deutschland volle Gleichberechtigung nicht nur in politischen Fragen, sondern auch in der Abrüstungsfrage verlangt, so erkläre ich frei und offen, daß dies Deutschlands volles Recht ist. Andere Völker haben zuerst den Versailler Vertrag gebrochen. Es würde zum Besten des Weltfriedens sein, wenn man Adolf Hitlers Abrüstungspolitik anerkennen würde."

haben, die Flagge mit dem blauen Adler zu hissen. Wollen unsere verschüchterten Freunde noch ein erhabeneres Beispiel zur Nachahmung haben?

Bisher gemachter Fortschritt

Ich habe jetzt nicht genügend Zeit dazu, aber ich hoffe, daß ich Ihnen schon in Kürze über die bereits unternommenen Schritte und über den überraschenden und erfreulichen Fortschritt berichten kann, der bereits in vielen Ländern in Richtung auf einen erfolgreichen Boykott erzielt worden ist. Obwohl auch in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten schon erhebliche Fortschritte in dieser Richtung erzielt wurden, werden Sie überrascht sein, zu erfahren, daß es unter all den Ländern, die auf der Weltwirtschaftskonferenz in Amsterdam vertreten waren, gerade die rückständigsten und höchst unzureichend organisierten Länder waren, die dem Boykott durch formelle Abstimmung einhellig und begeistert zustimmten, indem sich ihre Vertreter von den Sitzen erhoben.

Bei uns in Amerika ist die Verzögerung teilweise auf fehlende Mittel und auf die Größe des zu bearbeitenden Gebietes zurückzuführen, aber wir hoffen und erwarten, daß dieser Zustand bald behoben sein wird. Wir sind fest dazu entschlossen, einen Anschauungsunterricht abzuhalten, der für die ganze Menschheit so wertvoll sein wird, daß wir es nicht wagen können, hier zu versagen.

Jeder von Ihnen, Jude oder Christ, der noch nicht mit uns in diesen heiligen Krieg eingetreten ist, sollte es jetzt und hier tun. Es ist nicht genug, keine in Deutschland hergestellten Waren zu kaufen. Sie müssen sich weigern, mit irgendeinem Kaufmann oder Ladeninhaber, der deutsche Waren verkauft oder deutsche Schiffe oder andere Transportmittel begünstigt, Geschäfte zu machen. Zu unserer Schande muß leider gesagt werden, daß es ein paar Juden unter uns gibt, glücklicherweise sind es nur sehr wenige, die so wenig Würde und Selbstachtung zur Schau tragen, daß sie auf deutschen Schiffen reisen wollen, wo sie verachtet werden und wo selbst das Bedienungspersonal und die Mitreisenden ihnen ihre berechtigte Verachtung entgegenschleudern. Ihre Namen sollten weit und breit bekanntgemacht werden. Sie sind Verräter an ihrer Rasse.

Mit dieser Erläuterung unserer Zielsetzung appellierte ich an das American Jewish Committee, dessen nach außen in Erscheinung tretenden Geist und gute Absichten ich nicht einen Augenblick in Zweifel ziehen möchte, nicht länger abseits zu stehen, sondern sich von seinen ängstlichen und undurchdachten Vorurteilen zu befreien und sich an unserem Boykott aktiv zu beteiligen. Außer einem Appell an den Völkerbund, auf den ich noch zurückkommen werde, ist dieser Boykott unsere einzige Waffe.

Ich verzichte absichtlich darauf, den American Jewish Congress mit in diesen Appell einzubeziehen, weil ich davon überzeugt bin, daß 95% seiner Teilnehmer schon zu uns gehören und daß sie nur von zwei oder drei jetzt im Ausland lebenden Männern falsch vertreten werden. Ich erwarte von den Teilnehmern, daß sie schon vor der in diesem Monat in Prag stattfindenden Sitzung des Exekutivausschusses diesen falschen Führern in unmißverständlicher Weise klarmachen, welche Position sie in dieser alles bedeutenden wichtigen Sache zu beziehen haben und daß sie entweder die Meinung der Teilnehmer offen vertreten oder von ihren Ämtern zurücktreten müssen. Einer von ihnen, der generell als Verbindungsmann der Übeltäter bezeichnet wird, reist derzeit auf dem Kontinent von einer Festveranstaltung zur anderen herum und sieht offenbar seine Lieblingsbeschäftigung darin, überall dadurch Unfriede zu stiften, daß er an einer Stelle versichert, er sei für den Boykott und unterstütze ihn auch, und an einer anderen Stelle, daß er gegen den Boykott oder dieser ihm gleichgültig sei, je nachdem, welche Zuhörerschaft er gerade vor sich hat, aber stets darauf bedacht, direkt oder indirekt einen Stoß im Dunkeln zu führen.

Gestatten Sie mir zum Schluß, Ihnen noch einmal für diesen herzlichen Empfang zu danken und Ihnen zu versichern, daß wir mit Ihrer Unterstützung und der von Millionen unserer nicht-jüdischen Freunde den letzten Nagel in den Sarg der Bigotterie und des Fanatismus, der es gewagt hat, sein häßliches Haupt zu erheben, um die Zivilisation des XX. Jahrhunderts zu verleumden, zu belügen und zu schänden, einschlagen werden."

Ward Price

Der weltbekannte britische Journalist schrieb am 21. September 1936 in *"Daily Mail"*:

"England ist noch nicht aufgewacht zur Erkenntnis dessen, was in Deutschland vor sich geht. Vor 150 Jahren veränderte die Französische Revolution die Geschicke Europas. Heute werden sie von Hitler verändert. Er hat der Zivilisation einen neuen Weg gewiesen. Nationen, die sich an die alten Methoden klammern, werden zurückbleiben.

Das Ziel des einzelnen Engländers ist persönlicher Erfolg, das der Nationalsozialisten Dienst am Vaterland. Die Führung ist es, die die deutsche Seele verändert und die menschlichen Motive auf ein höheres Niveau gebracht hat. Die persönliche Inspiration Hitlers hat das bewirkt. Ihre Wirkung ist ungeheuer. Gewaltige Macht, sowohl im militärischen als auch im moralischen Sinne, wird in dieser Nation lebendig, die nach dem Programm des Führers verwandelt worden ist.

Das moderne Deutschland ist ein neues Fundament in Europa. Die Grenzen seiner Macht und seiner Leistung sind unübersehbar. Es ist der größte Faktor, mit dem eine britische Regierung jemals hat rechnen müssen."

Ziel dieses "Heiligen Krieges" war, wie der Präsident der "World Jewish Economic Federation", Samuel Untermeyer, erklärte, Deutschlands Außenhandel zu zerstören, wovon Deutschlands "unmittelbare Existenz" abhing. Ziel war somit die Existenzvernichtung Deutschlands, nicht der NSDAP oder Hitlers. Den Abdruck dieser Rede in der US-Zeitung *"Social Justice"* am 16.3.1942 kommentierte Father Coughlin u.a. mit den Worten: Die zivilisierte Welt weiß, daß wohlhabende Juden in Amerika, England, Frankreich, Holland, Galizien und aus anderen Ländern sich nach dem

Ersten Weltkrieg in Deutschland einfanden, um mit ihrem wertvollen Geld einen großen Anteil an Eigentumswerten in Deutschland aufzukaufen, die durch von Armut, politischer Mißwirtschaft und Inflation entwertete deutsche Mark repräsentiert waren. Dadurch seien in der Tat "die Juden" die Aristokraten, die Finanz-Aristokraten in Deutschland geworden. — Diesen Sachstand bestätigt im übrigen auch Nahum Goldmann, der langjährige Leiter des Jüdischen Weltkongresses, in seinen Memoiren-Werken. Die von gewissen Leuten apostrophierten "goldenen zwanziger Jahre" waren für das deutsche Volk die elendsten Jahre überhaupt.

Welche Maßstäbe sollen nun gelten: Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder die Maßstäbe internationaler Finanz-Aristokraten? — Verfasser und Verleger dieser Zeitschrift distanzieren sich von den vorgenannten Pauschalbezeichnungen, weil bekannt ist, daß die Welt noch komplizierter ist, als sie Father Coughlin und Nahum Goldmann, natürlich auch Samuel Untermeyer dargestellt haben, doch bleibt es vor der Geschichte dokumentiert, daß auch gerade Ausländer und Juden selbst eine solche vereinfachende Begriffsbestimmung durch ihre Aussagen genährt haben.

Auch dieser Boykott war erlaubt !~ Aus deutschen Geschichtsbüchern erfährt man dergleichen nicht

"Im Jahre 1937 erzielten die J.W.V. (Jüdische Kriegsteilnehmer) einen bedeutenden Durchbruch bei den gemeinschaftlichen Bemühungen zum Boykott. Dem einflußreichen jüdischen Arbeiter-Führer Sidney Hillmann wurde durch ein Mitglied der J.W.V. nahegelegt, sich auf dem landesweiten Kongreß des C.I.O. (Comittee of Industrial Organization) an John L. Lewis zu wenden. Er erläuterte diesem die Gefahren des Nazismus für den amerikanischen Lebensstil (way of life). Lewis war von der Genauigkeit und dem Umfang der Nachforschungen der J.W.V. sehr beeindruckt und versprach, das C.I.O. in diesen Kampf einzuschalten. Sein Versprechen haltend, bezog er die Mitglieder des C.I.O. in den Boykott ein, und von diesem Augenblick an nahm die nichtjüdische Gemeinde ebenso wie jene Juden, die immer noch tatenlos abseits standen, aktiv an dem Boykott-Feldzug teil. Allein in Pittsburgh versandten die örtlichen Vertreter des C.I.O. einhunderttausend Rundschreiben, in denen eine gemeinschaftliche Aktion zum Boykott dringend gefordert wurde.

Harry Schaffer aus Pittsburgh, der 1937 und 1938 landesweiter Kommandeur (der J.W.V.) war, erinnert sich daran, daß sogar Max Schmeling's Siegestour in den Boykott einbezogen wurde. Als es bekannt wurde, daß die Erlöse dieser Tour nach Deutschland transferiert würden, entschloss sich die J.W.V. dazu, seine Pläne zu durchkreuzen. Schmelings Sieg über Joe Louis hatte ihn zum Tagesgespräch in der Presse gemacht, und seine Schaukämpfe hätten ihm mit Sicherheit bemerkenswerte Eintrittsgelder eingebracht. Er hatte jedoch nicht mit der Wendigkeit der J.W.V.-Führer in Philadelphia, wo der erste Kampf stattfinden sollte, gerechnet. Man wandte sich an die Veranstalter des Schaukampfes und brachte diesen nicht nur eindringlich die Greueltaten der Nazis nahe, sondern auch Schmelings Pläne, seine Gage nach Deutschland zu 'exportieren', dessen Regierung sich so lautstark in antiamerikanischen Äußerungen erginge. Es wurde darauf hingewiesen, daß sie (die Veranstalter) sich damit nicht nur den Zorn der jüdischen Gemeinde auf sich laden würden, sondern dies sei auch eine äußerst unpatriotische Handlung.

Die Veranstalter ließen sich überzeugen. Das gleiche geschah in Boston und anderen Städten, und schließlich wurde die Tournee eingestellt. Schmeling flog ohne seine Tournee-Beute nach Deutschland zurück. Dank den Jewish War Veterans!" 25)

25) Gloria R. Mosesson, "The Jewish War Veterans Story", Washington 1971, S. 224

Auch er war westdeutscher "Volksvertreter"!

"Unser Bild zeigt den einstigen Vorsitzenden des Wiedergutmachungsausschusses des Bundestags, Frenzel, als Angeklagten auf dem Weg zum Bundesgerichtshof. Der prominente sozialdemokratische Parlamentarier mit tschechischer Staatsangehörigkeit hatte in seiner Eigenschaft als Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestags die geheimsten NATO-Planungen an die Tschechei verraten. Der Bundesgerichtshof verurteilte ihn deswegen zu 15 Jahren Zuchthaus. Heinemanns erste Amtshandlung als Justizminister der Großen Koalition war es, Frenzel zur Freiheit zu verhelfen und seinen tschechischen Auftraggebern zu überstellen.

In der Stunde vor seiner Verhaftung hielt Frenzel, der sich als Soldat der britischen Armee seiner Verdienste im Kampf gegen Deutschland rühmte, noch eine seiner großen Reden vor dem 6. Ordentlichen Kongreß der Dachorganisation aller europäischen Widerstandsverbände (Fildir) in Bonn. Das Motto des Kongresses hieß 'Freiheit — die schöpferische Kraft Europas'. Unter großem Applaus forderte der prominente Sozialdemokrat damals, 'die ehemaligen Verfolgten dürfen nicht schlechter gestellt werden als ihre einstigen Verfolger'. Kanzler Adenauer schüttelte dem verdienten Mann genau eine Minute vor seiner Verhaftung warm die Hand: 'Herr Frenzel, Sie haben eine wirklich gute Rede gehalten und sich großes Verdienst erworben'. Frenzels für den nächsten Tag vorgesehenes zweites Referat mußte wegen Entlarvung des Landesverräters ausfallen. 'Die Betroffenheit über den Fall war unter den Delegierten groß', berichtete die *'Frankfurter Allgemeine'*." 26)

26) *Deutsche Nationalzeitung*, 6.6.1986

Demokratischen Willensprozeß gesteuert
— "rechtsradikaler Buhmann"!

Niedersächsischer Landtag — Zehnte Wahlperiode Drucksache 10/4036

Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 10/3611 —

Betr.: Emder V-Mann Joachim Apel

Wortlaut der Kleinen Anfrage der Abg. Frau Schuran (Grüne) vom 13. 12. 1984

Presseberichten über einen seit dem 27. 11. 1984 vor der ersten Jugendkammer des Landgerichts Aurich laufenden Prozeß gegen drei Neonazis ist zu entnehmen, daß hier seit geraumer Zeit ein V-Mann namens Joachim Apel von niedersächsischen Sicherheitsbehörden eingesetzt war. Folgt man der Berichterstattung, so war der auch in der Hauptverhandlung namentlich genannte V-Mann nicht nur mit dem Sammeln von Erkenntnissen beschäftigt, sondern hat in der Rolle eines „agent provocateur" maßgeblich und führend an neonazistischen Aktivitäten teilgenommen: Durch Verfassen, Herstellen und Finanzieren von NS-Propagandaschriften, Organisieren bewaffneter Wehrsportübungen, Herstellung überregionaler Kontakte, Planung und Durchführung von Brandanschlägen sowie Beschaffung von Waffen.

Darüber hinaus soll Apel von Sonderfahndern des Landeskriminalamtes (LKA) auch im Bereich nicht politisch motivierter Kriminalität eingesetzt worden sein. Kontakte bestanden hier zu LKA-Beamten, die unter den Decknamen „Uwe" und „Harry" auftraten und an Geschäften mit harten Drogen, Waffen, Falschgeld und verschiedenster Hehlerware interessiert waren. Berichtet wird weiterhin von einer Finanzierung des Apel über das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz, wobei der V-Mann-Führer in Emden unter dem Namen „Willi" gearbeitet haben soll.

Der Berichterstattung ist ebenfalls zu entnehmen, daß die „Vertrauensperson" Joachim Apel der Strafverfolgung weitgehend entzogen worden ist: Trotz zahlreicher krimineller Aktivitäten (darunter Hehlerei und räuberische Erpressung) soll er keine Haftstrafen bekommen haben.

Ich frage die Landesregierung:

****

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Minister des Innern Hannover, den 13. 3. 1985
— 24.2 — 01425/0 — 2 —

Soweit in der Fragestellung der Kleinen Anfrage eine V-Mann-Tätigkeit des Herrn Joachim Apel unterstellt wird, kann dazu weder bestätigend noch verneinend Stellung genommen werden, da sich aus Gründen der Geheimhaltung und des Staatswohls Einzelheiten über V-Mann-Einsätze grundsätzlich nicht für eine Erörterung in der Öffentlichkeit eignen. ...

Möcklinghoff

(Ausgegeben am 1. 4. 1985)

Je frecher man die "Schuld der Deutschen" herausstellt, desto mehr "politisches Profil" gewinnt man bei uns

Michel Friedmann

CDU-Stadtrat Michel Friedmann, geb. 1956 in Paris, seit seiner Schulzeit in Frankfurt/M, machte nicht nur als Referent für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit im Vorstand der Frankfurter Jüdischen Gemeinde Karriere, sondern auch innerhalb der CDU, die ihn als Oberbürgermeister von Frankfurt/M aufzubauen sich bemüht. Bei aller Toleranz und internationalen Aufgeschlossenheit muß man sich indessen fragen, ob Aussprüche wie der nachfolgende geeignet sind, einem Antisemitismus entgegenzuwirken oder ihn zu fördern, und ob eine solche Personalpolitik wohl in anderen Ländern möglich wäre.

"Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff... Die Erben des judenmordenden Staates bieten den Opfern und Nachkommen der Opfer Versöhnung an und sind erbittert, wenn dieses Wort zurückgewiesen wird. Es kommt ihnen in Wirklichkeit gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer." 27)

27) *Deutsche Nationalzeitung*, 25.7.1986

Amtliche Friedhofschändung auf Grund von Demonstrations-Terror

In den frühen Morgenstunden des 5. März 1986 — um 5.30 Uhr — veranlaßte der Rat der Stadt Hameln die Einebnung der gepflegten und mit Ehrenkreuzen versehenen 200 Gräber deutscher Soldaten und auch Frauen auf dem Friedhof Wehl am Rande der Stadt. Mit Planierraupen wurde diese Schandtat vollendet. Dieser Friedhofsteil war die letzte Ruhestätte deutscher Männer und Frauen, die in Wehrmacht und militärischen Verbänden ihren Dienst für ihr Vaterland getan hatten, wie das Gesetz es überall auf der Welt auch anderen Soldaten vorgeschrieben hatte.

Das Besondere dieser Kriegsgräber bestand darin, daß britische Siegerjustiz, der wohl die Bezeichnung 'Lynch-justiz' besser anstehen würde — so bezeichnete sogar später der Hauptankläger der USA, Justice Robert H. Jackson, diese Praktiken![28]) —, diese Frauen und Männer in mehr als fragwürdigen Prozessen ohne Berufungsinstanz und sachgerechte Bewertung zu Verbrechern und Mördern erklärte und zu Tode brachte. Hierzu zählten z.B. die im Bergen-Belsen-Prozeß in Lüneburg zum Tod Verurteilten, unter ihnen auch drei junge Frauen. Selbst die britische Dokumentation über diesen Prozeß [29]) gesteht die lediglich auf Rache ausgerichtete Praxis der anklagenden und richtenden britischen Militärs angesichts des durch Fleckfieberseuche, die wiederum durch zerbombte Versorgungswege und Wasserleitung in dem schon zu Anfang des Jahres 1945 überfüllten und sich in den letzten Monaten vor Kriegsende noch weiter auffüllenden Lager ausgebrochen war, verursachten Massensterbens. Doch nicht nur 1945 wurde mißhandelt, falsch Zeugnis abgelegt, gerächt und gehenkt, sondern noch Jahre später, bis zum Dezember 1949. Die *Deutsche Wochenzeitung* veröffentlichte am 10.10.1975 die Namen der Opfer und schrieb dazu u.a.:

"Zu ihnen (den Hingerichteten aus dem Bergen-Belsen-Prozeß) kamen viele Männer und Frauen, deren einzige Schuld es war, Befehlen gehorcht und in schwerer Zeit ihre Pflicht erfüllt zu haben. Etwa der Landesschützenhauptmann Mackensen, der zuerst anstandslos von den Engländern aus der Gefangenschaft entlassen wurde, um am Schluß doch gehenkt zu werden. Er hatte in Thorn ein Kriegsgefangenenlager geleitet. Seinem Rechtsanwalt Dr. Bernhard Pfad gelang es nicht, vor Gericht das Wort zu ergreifen; seine Witwe erhielt niemals ein Urteil. Den Tod ihres Mannes erfuhr sie aus der Zeitung.

Der Bataillonskommandeur, SS-Obersturmbannführer Bernhard Siebken wurde noch 1949 gehenkt. Seine Verteidigerin, Dr. A. Oehlert, wandte sich am 27. Nov. 1948, weil ihre Bemühungen vergebens geblieben waren, an den Oberkirchenrat Herntrich und schrieb: 'Ich habe in dem letzten Kriegsverbrecherprozeß im Curiohaus in Hamburg den früheren Bataillonskommandeur der 12. SS-Panzerdivision 'HJ', Bernhard Siebken, verteidigt. Herr Siebken ist angeklagt gewesen, an der Erschießung dreier kanadischer Soldaten am 9. Juni 1944 in seinem Bataillonsabschnitt teilgenommen zu haben. Am 9. November 1948 hat das britische Militärgericht im Curiohaus Herrn Siebken zum Tode durch den Strang verurteilt. ... Ich habe schon des öfteren im Curiohaus verteidigt, aber noch niemals ein derart krasses Fehlurteil erlebt,

Herta Ehlert (Nr. 8), Irma Grese (Nr. 9), Ilse Lothe (Nr. 10) als Angeklagte im Bergen-Belsen-Prozeß 1945. Irma Grese, Johanna Bormann (Nr. 6), Elisabeth Volkenrath (Nr. 7) wurden zum Tode durch Erhängen verurteilt. Herta Ehlert erhielt 15 Jahre Haft, Ilse Lothe wurde freigesprochen. Insgesamt wurden in diesem Verfahren 11 Todesurteile ausgesprochen.

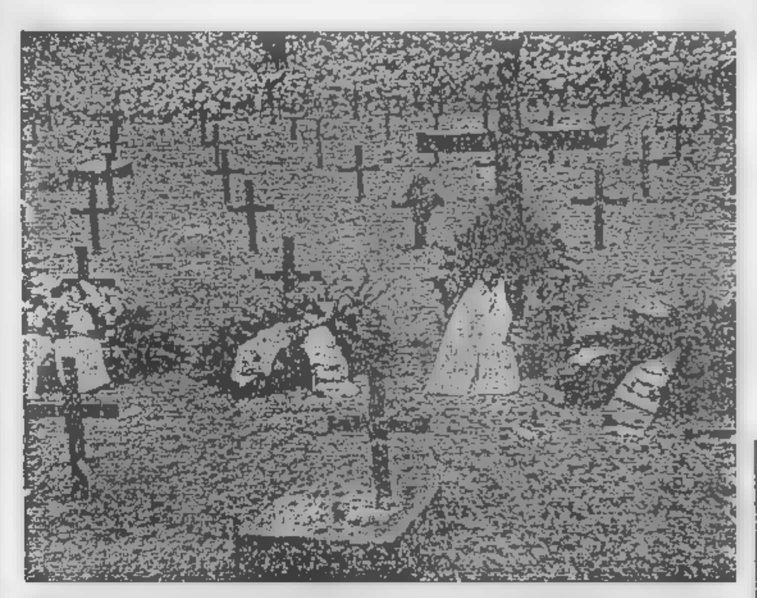
---

28) Thomas Mason, "Harlan Fiske Stone — Pillar of the Law", New York 1956, S. 716. — Justice Robert H. Jackson 1945 vor seiner Abreise aus Washington nach Nürnberg zu seinen sowjetischen, britischen und französischen Kollegen.

29) David Maxwell Fyfe (General Editor), "War Crimes Trials", London-Edinburgh 1949, Vol. II, — The Belsen Trial.

als in diesem Falle. Der Schuldspruch und das Urteil stehen in klarem Widerspruch zu dem Ergebnis der Beweisaufnahme vor dem Gericht. ...' Die Rechtsanwältin führt dann aus, welche Beweise der Unschuld Siebkens sie vor Gericht erbracht hat und wie die Aussagen sämtlicher Entlastungszeugen nicht beachtet wurden. Als schließlich doch das Urteil gegen Siebken wegen erwiesener Unschuld aufgehoben wurde, war dieser bereits hingerichtet."

Als im Jahre 1950 das Zuchthaus Hameln wieder in deutsche Verwaltung übergeben wurde, fand man im Hof eine große Anzahl übereinandergeschichteter Leichen, und an anderen Stellen Knochenhaufen, die nicht mehr zu identifizieren waren. Diese sterblichen Überreste waren es, die anteilnehmende Männer und Frauen auf ein Gräberfeld auf dem Hamelner Friedhof Am Wehl umgebettet haben, um ihnen ein dauerhaftes Liegerecht zu gewährleisten, wie es den Kriegsgefallenen aller Länder der westlich-zivilisierten Welt zukommt. Da sich weder offizielle Dienststellen, noch die Kriegsgräberfürsorge in Kassel, die sich andernorts viele Verdienste um die Kriegsgräberpflege erworben hat, um diese Gräberstätte kümmern wollte, übernahm eine Bürgerinitiative die vertraglichen Regelungen mit der Stadt Hameln, die Pflege der Gräber und gedachte am Volkstrauertag im kleinen Kreise von Verwandten und Kameraden der Toten durch einige Gedenkworte und Niederlegen eines Kranzes.



Gräberfeld — früherer Zustand

Am Volkstrauertag 1985 wurde diese kleine Feierstunde am Gräberfeld von Demonstrationschaoten gestört, ja verhindert. Von einer Bestrafung der die Friedhofsruhe Störenden ist nichts bekannt geworden, obgleich Polizei die Vorgänge beobachtet hatte. Statt dessen beschloß der Stadtrat am 19.2.1986 in Überrumpelungsmanier der Verwaltung — denn ein solcher Tagesordnungspunkt war gar nicht vorgesehen — auf einer Sitzung entgegen den Vertragsbindungen mit der Bürgerinitiative das Gräberfeld einzuebnen, — weil, wie später Oberbürgermeister und Stadtdirektor in einem Schreiben kundtun, "gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Radikalen" stattgefunden haben und "in jüngster Zeit wiederum versucht wurde, dort Demonstrationen zu veranstalten". Da jedoch diese "gewalttätigen Auseinandersetzungen" und "Demonstrationen" ausschließlich von "linken Radikalen" in eindeutiger Verletzung des Versammlungsgesetzes und der Friedhofsordnung inszeniert und ausgelöst wurden, beugte sich die Stadt "dem Druck der Straße" und stimmte mit den Vertretern der CDU, SPD und FDP bei nur einem Votum dagegen für die Gräberschändung. Und dies, obgleich Oberbürgermeister und Stadtdirektor zugeben mußten — so laut hektografiertem Schreiben als Antwort auf die eingegangenen Protestbriefe vom April 1986 —, daß "die Gründe der einzelnen Hinrichtungen nur in Einzelfällen bekannt sind", in jedem Fall aber auch Personen dort bestattet sind, "deren Taten oder Handeln aus heutiger Sicht keineswegs eine Todesstrafe

Grabmal Bernhard Siebken

rechtfertigen". Da aber ein einziger Mann, der "zuständige Minister des Innern im Jahre 1972 entschieden hatte, daß diese Reihengrabstätten nicht unter das Kriegsgräbergesetz fallen", wird kurzerhand geleugnet, daß es sich um Kriegstote oder Kriegsgräber handelt.

Diese Dokumentation ist kein Ruhmesblatt in der bundesrepublikanischen Chronik!

Gräberfeld — nach der Einebnung

Die dummen Sprüche mehren sich
Eine neue Erbsünde für unsere Kinder — so der Wille der "interessierten Mächte"
Hitler ist an allem schuld — wir sind an allem schuld

Im Mai 1985 erklärte der deutsche Botschafter in Israel, Niels Hansen, im Auftrag des Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker am Mahnmal Yad Washem bzw. im israelischen Rundfunk:

"Wir Deutschen wollen den Holocaust nicht vergessen und fühlen uns verantwortlich – ungeachtet der Generationen."

Im Juli 1986 ereiferte sich Professor Christian Meier, Verbandspräsident der westdeutschen Historiker, in Tel Aviv in einem Vortrag über Vergangenheitsbewältigung — entsprechend einer wohl offiziellen bundesrepublikanischen Sprachregelung —:

"So wenig es Kollektivschuld gibt, so sehr haben wir eine Verantwortung für das, was von uns und in unserem Namen geschah. ..." 30)

Also doch eine noch weit über alle künftigen Generationen hinausgehende Kollektivschuld!?

Dr. Armin Mohler schrieb hierzu in der *Frankfurter Allgemeine* am 19.7.1986:

"Meiers Hauptanliegen ist es, das Dogma von der 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen zu zementieren; nicht mal 'Relativierungen' läßt er zu. Den Historiker und Universitätsprofessor Meier scheint dabei nicht zu stören, daß gar keine Forschung mehr erlaubt ist, deren Ergebnisse mit jenem Dogma nicht vereinbar wären. Veröffentlichungen dieser Art werden ... gleich beschlagnahmt (entweder von der als jugendschützerische Kommission oberflächlich getarnten Zensur oder dann direkt von der Polizei ...) Gewiß gibt es bei dieser 'revisionistischen' Literatur manche Übertreibung in die andere Richtung. Die offiziellen Historiker sind aber die letzten, die sich darüber aufregen dürfen. Wenn sie Forschungsgebiete meiden, wo einem das Bestreben um historische Wahrheit nur Ärger und berufliche Schwierigkeiten einbringt, dürfen sie sich nicht wundern, wenn vornehmlich Außenseiter sich mit diesen gefährlichen Themen befassen. Meier sollte sich einmal bei weniger konformistischen Kollegen unter den Neuhistorikern erkundigen, was sie von der Quellenbasis jenes Geschichtsbildes vom Dritten Reich halten, das nun mit Hilfe des Engelhard'schen (Bundesjustizminister) Maulkorbgesetzes (21. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 25.4.1985) als alleingültige geschichtliche Wahrheit inthronisiert werden soll. Die nun ja wohl endgültig entmystifizierte 'Legende vom Reichstagsbrand' ist nur das oberste Gipfelchen eines beträchtlichen Eisberges."

Gewiß mag man sagen, Illustrierten, insbesondere womöglich *Stern* können schreiben, was sie wollen, und dies sei unerheblich für die Wissenschaft. Das mag wohl sein. Dennoch leben wir heute in einer "Gesellschaftsordnung", die in ihrer politischen Bewußtseinsbildung — soweit es jedenfalls die stimmberechtigten "Massen" betrifft — weitgehend von den Massenmedien, vornehmlich auch Illustrierten gesteuert wird. Nicht ohne Grund legten die Siegermächte großen Wert darauf, daß z.B. auch ein Mann wie Sebastian Haffner, der u.a. als Engländer, u.a. als Deutscher firmiert, u.a. aber auch noch andere internationale Bindungen hat, als "führender Journalist" vorwiegend in westdeutschen Illustrierten schrieb, obgleich er noch im August 1942 in der Londoner Monatszeitschrift *World Review* 31) zur Ermordung von mindestens 500.000 SS-Männern aufgefordert hatte. Zumindest ist es Aufgabe der historischen Wissenschaft, auf diese, sogar mit seriösem, ja wissenschaftlichem Anspruch auftretenden Journalisten aufmerksam zu machen und deren Umweltverschmutzung zu maßregeln.

Stern-Redaktion beim Vorstellen der "Hitler-Tagebücher" Anfang Mai 1983. V.r.n.l.: Felix Schmidt, Vorsteller Gerd Heidemann, Thomas Walde, Peter Koch und links vorn der britische Historiker Hugh Trevor-Roper.

Nachdem dieses Windei zerplatzt ist, stellt uns *Stern* jetzt etwas Neues vor: Die einzigartige "Schuld Hitlers an der Atombombe". – Doch, man nimmt *Stern* schon lange nicht ernst.

30) *Deutsche Nationalzeitung*, 24.5.1985

So veröffentlichte besagter *Stern* anläßlich des 40. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki eine Serie über die Entstehungsgeschichte der Atombombe, die darin ausmündet: Adolf Hitler ist daran schuld, — an dem "Verbrechen, das die Welt verändert hat"! Das liest sich dann so, und man muß wissen, wie das alles dialektisch zurechtgedrechselt wird:

1.8.1985 stern magazin

"Wäre Hitler nicht erschienen, hätte sich die Katastrophe der Physik – ihr Absturz ins Mörderische – womöglich vermeiden, zumindest hinausschieben lassen. Doch Hitler beschleunigte alles. Er war das Unheil, das das Unheil hervorbrachte. Beide – Hitler und die Bombe – lassen sich als Ausdruck derselben großen Erschütterung begreifen, die aus dem 20. Jahrhundert ein Jahrhundert des Grauens machte.

Die Geschichte der Atombombe beginnt mit der Vertreibung der jüdischen Wissenschaftler aus Deutschland. Denn es waren maßgeblich Emigranten aus Mitteleuropa, die die Bombe bauten – als letzte Waffe gegen den Weltverderber.

Die Vertreibung der jüdischen Hochschullehrer war eine der ersten Regierungsmaßnahmen der Nazis im Jahre 1933. Bis dahin war Deutschland eine Weltmacht der Wissenschaft, insbesondere der Physik. Die Universitäten von Göttingen, Berlin, Leipzig, München waren Zentren der Avantgarde[32]. Fast alle, die später die Bombe bauten, waren sich hier in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren begegnet. Auch Robert Oppenheimer hatte seinen Doktor in Göttingen gemacht.

Jüdische Forscher und Lehrer hatten einen erheblichen Anteil an der Weltgeltung der deutschen Universitäten. ...

1933 hatten die Antisemiten an den Universitäten ihre große Stunde: Alle jüdischen Hochschullehrer im Deutschen Reich wurden entlassen, insgesamt über tausend Professoren und Dozenten – rund 14 Prozent der akademischen Lehrerschaft.

In der Physik war der Verlust besonders hoch, weil hier der Anteil der jüdischen Forscher und Lehrer am größten war. Allein die Universität Göttingen verlor 45 Physiker. ...

Die meisten der Vertriebenen hatten jedoch keine Mühe, in den Instituten des Auslands neue Arbeit zu finden. ... "

Man stelle sich nur einmal vor, Hitler hätte diesen Hochschullehrern gestattet, die Atombombe in Deutschland zu bauen! Nicht auszudenken, welche "Schuld wir Deutschen für alle Generationen" auf uns zu nehmen hätten! Denn Journalisten wie Politiker hätten uns diese Erblast mit Sicherheit aufgebürdet! Es dürfte wichtig sein, über diese Alternative zur Entlassung nachzudenken!

"Dies war die Lage, als Otto Hahn der wissenschaftlichen Welt mitteilte, daß er das Uran-Atom gespalten habe. ..."

Diese Mitteilung Otto Hahns geschah im Dezember 1938 an das Fachblatt *"Die Naturwissenschaften"*. Einen Durchschlag sandte er seiner ehemaligen (jüdischen) Mitarbeiterin Lise Meitner nach Schweden. Die Nachricht landete jedenfalls sofort bei den "richtigen Leuten" in Washington, zumal dort Anfang 1939 ein Physikerkongreß stattfand. Bisher freilich war alles wis-

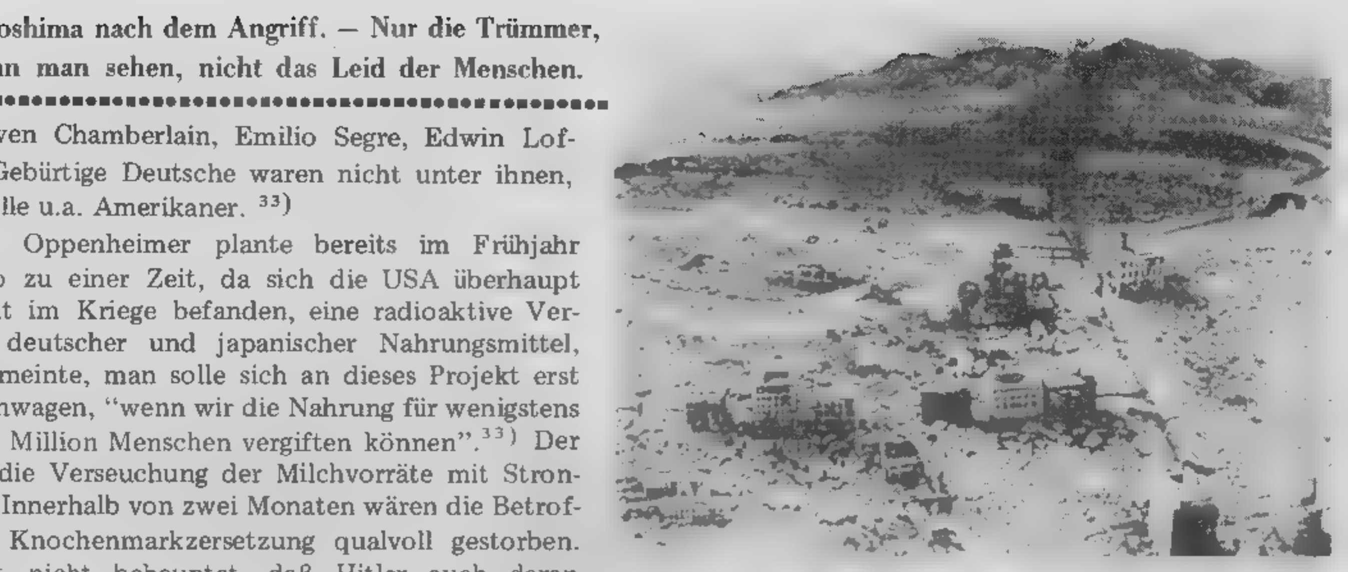
Nach dem Abwurf der ersten "Versuchsbombe" "Little Boy" auf das längst kapitulationsbereite Japan am 6. August 1945 über Hiroshima wurde das zweite dieser Verbrechen befohlen. Die hier abgebildete Bombe "Fat Man" — "Fetter Mann" — fiel mit ihren fast 100 Zentnern (4.950 kg), 3,05 m Länge und 1,53 m Durchmesser am 9. August 1945 auf Nagasaki. Weit über 200.000 Menschen fanden einen schrecklichen Trümmer-, Flammen-, Erstickungs-, Strahlentod, zehntausende Verletzte und Strahlengeschädigte siechten noch jahrzehntelang dahin.

senschaftlich. Doch dort in USA wurde nicht etwa sofort an die friedliche Nutzung dieser Erkenntnis gedacht, sondern: Vier Wochen vor Beginn des europäischen Krieges — wir wiederholen: **vier Wochen vor Beginn des europäischen Krieges** —, am 2. August 1939 (Polen hatte soeben dem Danziger Senat ein Aushungerungs-Ultimatum gestellt, der Völkerbundshochkommissar in Danzig Carl Jakob Burckhardt soeben von internationaler Seite den Rat erhalten, seine "Beschwichtigungsbemühungen in der Danziger Frage zu unterlassen") schrieb Professor Albert Einstein jenen "historischen Brief", der den US-Präsidenten F.D. Roosevelt dringend — unter Berufung auf "die deutsche Gefahr" — aufforderte, schnellstens den Bau der Atombombe in die Wege zu leiten. Einstein selbst — ebenfalls jüdischer Emigrant aus Deutschland — wurde zu diesem Verhalten angeregt von den ebenfalls emigrierten jüdischen Kernphysikern Leo Szilard, Eugene Wigner und Edward Teller (dem späteren Neutronenbombe-Hersteller). Roosevelt griff dann in der Tat unter Verwendung gewaltiger amerikanischer Steuergelder dieses Projekt auf. Namhafte Atombombenentwickler waren: J.J. Rabi, J. Robert Oppenheimer, Robert Serber, Edwin McMillan, Victor Weisskopf, Robert Wilson, Edward

31) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 27, S. 17 - 19.

32) Was unter "Avantgarde" zu verstehen ist, ließ der *Stern* leider unerörtert. Gewiß sollte es nicht so verstanden werden, als würden darunter nur Juden zu verstehen sein; denn dies hieße ja unterstellen, als seien die Universitäten im Deutschland der zwanziger und frühen dreißiger Jahre — um ein modernes geflügeltes Wort zu gebrauchen — "fest in jüdischer Hand" gewesen.

Hiroshima nach dem Angriff. — Nur die Trümmer, kann man sehen, nicht das Leid der Menschen.



Die am Fallschirm niedergehenden und in ca 500 m Höhe gezündeten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki explodierten durch Spaltung von Plutonium mit einem Hitzegrad von mehreren Million Grad Celsius (andere schätzen 300.000 Grad) und töteten in Hiroshima über 80.000 Menschen, äscherten 11,5 qkm Wohnfläche völlig ein und brachten über 200.000 Menschen nach wochen-, monate-, jahrelangem schwerem Siechtum zu Tode. In Nagasaki wurden über 40.000 Menschen sofort getötet und über 100.000 starben an Verletzungen und Spätfolgen. Von Miß- und Fehlgeburten, Sterilität und vielem anderen spricht niemand; auch nicht davon, daß die Bomben "aus Versuchszwecken" auf ein vorher bereits kapitulationswilliges Japan abgeworfen wurden.

Teller, Owen Chamberlain, Emilio Segre, Edwin Lof-Lofgren. Gebürtige Deutsche waren nicht unter ihnen, sie waren alle u.a. Amerikaner. [33]

Robert Oppenheimer plante bereits im Frühjahr 1941, also zu einer Zeit, da sich die USA überhaupt noch nicht im Kriege befanden, eine radioaktive Verseuchung deutscher und japanischer Nahrungsmittel, wobei er meinte, man solle sich an dieses Projekt erst dann heranwagen, "wenn wir die Nahrung für wenigstens eine halbe Million Menschen vergiften können".[33] Der Plan sah die Verseuchung der Milchvorräte mit Strontium vor. Innerhalb von zwei Monaten wären die Betroffenen an Knochenmarkzersetzung qualvoll gestorben. *Stern* hat nicht behauptet, daß Hitler auch daran "schuld" gewesen sei; aber das kann noch kommen.

Und seltsam: Zur Zeit des Abwurfs der Atombomben auf das bereits vorher kapitulationsbereite Japan "aus Versuchszwecken", wie US-Präsident Harry Truman seinem britischen Premier Winston Churchill auf der Potsdamer Konferenz Anfang August 1945 berichtete, war Adolf Hitler bereits ein viertel Jahr tot.

Wiederholt hatte Adolf Hitler versucht, einen zivilen Luftkrieg zu verhindern!

Am 21.5.1935 beschwor er in seiner Regierungserklärung die Ächtung eines völkerrechtswidrigen Luftkrieges und bot entsprechende Vorschläge an. Auch am 1.9.1939 versicherte er noch einmal vor der Welt, daß er keinen Kampf gegen Frauen und Kinder führen wolle und seiner Luftwaffe den Auftrag gegeben habe, sich auf militärische Ziele zu beschränken. Es gab auf deutscher Seite keine zentrale Dienststelle wie das britische Bomber-Command, auch keinen Plan für einen "strategischen Luftkrieg". Niemand konnte der deutschen Luftwaffe in ihren Feldzügen gegen Polen, Norwegen, Frankreich, die Balkanländer, selbst die UdSSR der deutschen Luftwaffe Massenmordfunktion, leichtfertige Gefährdung von Zivilpersonen, oder gar ihre Terrorisierung oder Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen zur Last legen. Bis Ende Juli 1940 hat Deutschland selbständige Luftangriffe gegen feindliches Hinterland überhaupt nicht geführt.

"So räumt selbst der britische Luftmarschall Spaight ein, daß Hitler anfänglich ernstlich bemüht war, mit England ein Abkommen zu erzielen, um den Luftwaffeneinsatz auf Frontgebiete zu beschränken, daß England davon aber nichts gehabt hätte und wohlüberlegt nicht darauf einging." [34]

33) Vgl. *Der Spiegel* Nr. 23/1967

34) Eberhard Spetzler "Luftkrieg und Menschlichkeit", Göttingen, Berlin, Frankfurt/M 1956, S. 267

US-Physiker planten noch im Frieden Verseuchung Deutschlands

Geheimes Projekt entdeckt

Nahrung sollte mit Strontium verstrahlt werden — Die Opfer wären qualvoll gestorben

STANFORD/Kalifornien. — Schon sieben Monate vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg im Dezember 1941 haben amerikanische Wissenschaftler vorgeschlagen, Nahrungsmittel in Deutschland und Japan radioaktiv zu verseuchen.

Wie der Geschichtsprofessor Barton J. Bernstein in der kalifornischen Universität Stanford berichtete, belegen nun freigegebene Regierungsdokumente, daß bereits im Frühjahr 1941 ein Plan diskutiert wurde, wie Milch- und Getreidevorräte in den möglichen Feindländern mit radioaktiven Substanzen verstrahlt werden könnten. Der Bericht Bernsteins wird in der Augustnummer des Bulletins der Atomwissenschaftler veröffentlicht werden.

Ursprünglich hatte sich die Physikergruppe, die von dem Nobelpreisträger Arthur Compton geleitet wurde, für die vorrangige Entwicklung von Atombomben und atomgetriebenen Schiffen ausgesprochen. Aus den freigegebenen Dokumenten der britischen und der amerikanischen Regierung geht nach Bernstein nicht hervor, ob US-Präsident Franklin D. Roosevelt von diesen Plänen der Wissenschaftler wußte.

Doch belegten sie die Furcht der amerikanischen Führung vor einem deutschen Atomangriff, erklärte Bernstein. Der Physiker Compton habe 1942 in einem Brief an den Nationalen Ausschuß für Rüstungsforschung geschrieben, daß die Deutschen innerhalb weniger Monate über Bomben verfügen könnten, die radioaktives Material in tödlicher Dosis ausstreuen. Compton habe die Entwicklung eines Systems zur Abwehr von Atomangriffen oder zumindest zu ihrer Identifizierung vorgeschlagung. Unter hoher Geheimhaltung seinen Wissenschaftler mit Strahlenmeßgeräten nach Washington, New York, San Francisco, Boston und Chicago geschickt worden.

Plante den Strontium-Tod von mindestens einer halben Million Deutschen: US-Atomphysiker Robert Oppenheimer. Foto: UP

Auf dem Höhepunkt des Kriegs sei 1943 der Plan von der Verseuchung feindlicher Nahrungsvorräte wieder aufgegriffen worden. Der Leiter des Atombombenprojekts „Manhattan" in Los Alamos, Robert Oppenheimer, verlangte absolutes Stillschweigen über den Plan und informierte nicht einmal Compton. Oppenheimer soll erklärt haben: „Wir sollten uns erst an dieses Projekt heranwagen, wenn wir die Nahrung für wenigstens eine halbe Million Menschen vergiften können." Unklar blieb nach Bernstein, ob sich diese Ziffer nur auf Soldaten oder auch auf die Zivilbevölkerung bezog.

Der Plan sah die Verseuchung der Milchvorräte mit Strontium vor. Innerhalb von zwei Monaten wären die Betroffenen an Knochenmarkzersetzung qualvoll gestorben. Ausreichend wäre bereits eine geringe Menge von mehreren Dutzend Kilogramm, die vom Flugzeug abzuwerfen oder in das Feindland zu schmuggeln gewesen sei.

Oppenheimer habe das Projekt gemeinsam mit dem Physiker Edward Teller, dem späteren Vater der Wasserstoffbombe, weiterverfolgt. Teller, der heute noch am Hoover-Institut in Stanford forscht, könne sich jedoch angeblich nicht erinnern. Schließlich sei das Projekt jedoch an technischen Schwierigkeiten gescheitert. Außerdem hätten sich die Wissenschaftler auf die Entwicklung der Atombombe konzentrieren müssen.

**) *Nordbayerische Zeitung*, 18.7.1985, Nr. 163, S. 7.

Die *Stern*- und sonstigen Redakteure, aber auch Politiker wie insbesondere der Herr Bundespräsident Richard v. Weizsäcker, für den ja – wie er uns am 8.5.1985 verkündete – die Verbrechensgeschichte der Menschheit am 30. Januar 1933 begann, müssen sich schon vorhalten lassen: Für diese Verbrechensmentalität sind jene Leute verantwortlich,

die nach Abschluß des Waffenstillstandes 1918 ihre Blockade in klarer Erkenntnis weiter aufrechterhalten haben, daß Hunderttausende von Menschen auf Grund dieser Maßnahme verhungern mußten,

die Deutschland 1919 unerfüllbare und demütigende Friedensbedingungen auferlegten, – in klarer Erkenntnis, gar keinen Frieden, höchstens einen zeitweiligen Waffenstillstand zu wollen, der den Keim für einen neuen Krieg legt,

die entgegen ihren Abrüstungszusagen ihre Rüstung langfristig in Friedenszeiten auf Expansion und Eroberung fremder Kontinente ausrichteten, natürlich bei Aufrechterhaltung ihres ohnehin schon vorhandenen Weltimperialbesitzes,

die schon 1933 zur Existenzvernichtung Deutschlands aufriefen und einen langfristigen internationalen Boykott ausweiteten,

die den zivilen Bombenkrieg bereits Jahre vor Kriegsbeginn 1939 zur Grundlage ihrer Offensivstrategie machten,

die am 31. März 1939 Polen eine Blankovollmacht gaben in klarer Erkenntnis, daß dies "zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen mußte",

die im Juli 1939 einen Vertragsautomatismus mit der Sowjetunion abschlossen, der zusätzlich einen Krieg in Europa unausweichlich machte,

die eine systematische Kriegsausweitung im Weltmaßstab betrieben und sich nicht scheuten, sogar Menschen der eigenen Bevölkerung als erste Opfer zu wünschen und in die Schußlinie zu bringen, um diese ihre Politik zu ermöglichen,

die jegliche Friedensinitiative zurückwiesen,

die ihre Politik der "bedingungslosen Kapitulation" in der klaren Erkenntnis forderten, daß diese zur Brutalisierung und Verlängerung des Krieges führen mußte,

die Friedensbedingungen forderten, von denen sie selbst sagten, sie seien "so fürchterlich, daß man sie nicht zu Papier bringen könne",

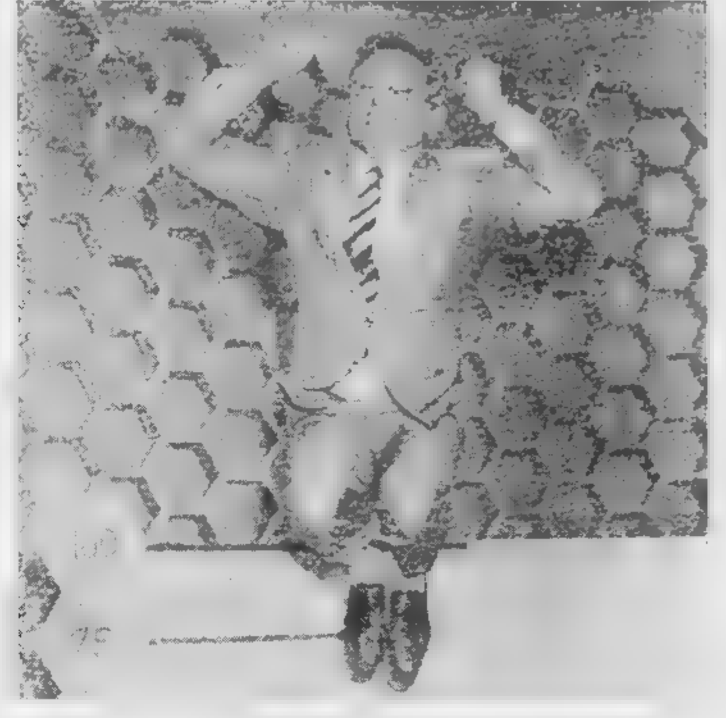
die auch in Deutschland den zivilen Bombenkrieg noch lange, nachdem der Krieg bereits entschieden war, in unverminderter Grausamkeit weiterführten,

die einer geschichtlich einmaligen Massenvertreibung von 18 Millionen zustimmten in klarer Erkenntnis, daß dabei Millionen Menschen grausam zu Tode kommen und alle moralischen sowie völkerrechtlichen Grundsätze verhöhnt werden,

die sehr genau wissen mußten, daß mit ihren Kriegsführungsgrundsätzen niemals ein Friede zwischen den Völkern verankert werden kann.

Zu diesen Leuten zählten in erster Linie Winston Churchill und F.D. Roosevelt mitsamt ihren Führungsstäben, freilich auch Stalin mit seiner Partei. Wahrlich, eine schauerliche Bilanz der "Befreiung"!

Seit 31 Jahren gibt er den Deutschen Rätsel auf



Mit "Dalli, Dalli" zieht ZDF-Showmaster Hans Rosenthal pro Sendung rund 20 Millionen Zuschauer an

Der meistbeschäftigte Quiz- + Showmaster der BRD förderte wie kein zweiter in Rundfunk und Fernsehen die Kombination von Wissen und Unterhaltung. Mit 23 Jahren bereits wurde er 1948 Aufnahmeleiter beim RIAS (Berlin) unter dem Pseudonym Haro Span ("Hans Rosenthal, Spandau"), obgleich er damals auch noch beim kommunistischen "Berliner Rundfunk" tätig war. Die Intensität seines Engagements drückte sich in der RIAS-Interpretation = "Rosenthal immer auf Sendung" aus. [35)]

Inzwischen ist Hans Rosenthal durch den Bundespräsidenten mit dem Verdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet worden, — wegen seiner Verdienste als Vorsitzender der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde in Berlin sowie als stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Wer seine zwei Bücher nicht kennt "Zwei Leben in Deutschland" und "Versteckt -- Wie Juden in Berlin die Nazi-Zeit überlebten", mag seiner "Dalli-Dalli"-Polemik gegen ein Traditionstreffen ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger im Jahre 1983 vielleicht überrascht, aber sicherlich nicht ernsthaft nachdenklich gegenübergestanden haben. Doch sollte man schon einmal davon Kennt-

35) *Die Welt am Sonntag*, 7.4.1985

nis nehmen, welche politischen Voraussetzungen einer so steilen Karriere von jungen Jahren an zugrundeliegen. Hans Rosenthal war 1945 20 Jahre alt. Wie er den Krieg in Berlin überlebt und was er dabei empfunden hat, schildert er in seinen Büchern:

"Das schönste für mich war, wenn es nachts Luftalarm gab und die 'feindlichen' Flugzeuge kamen. Dann gingen die anderen in einen Bunker, und ich konnte die Laube verlassen!

Erst dann, wenn die anderen, die in der Hackordnung höher standen, in den Bunkern saßen und zitterten – ich habe sie, weiß Gott, nicht beneidet –, fühlte ich mich sicher. Wenn die Sirenen erklangen, mit ihrem auf- und abschwellenden Heulton der Luftwarnung, schlug mein Herz höher. Sobald die anderen in ihrem Bunker verschwunden waren, ging ich, lief ich, rannte ich hinaus. Ich kannte das Motorengeräusch der Flugzeuge und auch ungefähr die Höhe, in der sie anflogen. Im Sommer legte ich mich draußen ins Gras, verschränkte die Arme hinter dem Kopf und sah hinaus in den nächtlichen Berliner Himmel. Dann war das Leben fast schön. Für mich waren nur die Engländer 'zuständig' – sie kamen nachts. Am Tage kamen die Amerikaner. Sie nützten mir nichts, denn bei Tageslicht wagte ich mich nicht ins Freie.

Manchmal, wenn ich draußen war und das monotone Brummen der Motoren über mir hörte, dachte ich: Wenn die Piloten da oben wüßten, wie mir hier unten zumute ist, wie sie mich erfreuen mit ihrem Flug, der für die anderen Berliner Angst und Schrecken und für so viele auch den Tod bedeutete. Für mich bedeuteten sie das Leben. Ihre Kondensstreifen waren Lichtzeichen aus einer besseren Welt, in der auch ich frei leben durfte!"[36]

"Er hatte viele Dinge zu erledigen, wenn der Krieg erst einmal vorüber war. Zunächst würde er seine ganze Zeit darauf verwenden, Angehörige der SS ausfindig zu machen. Er würde sie erbarmungslos jagen – und töten. Die Nazis waren Mörder. Sie hatten den Krieg begonnen. Sie hatten die Juden umgebracht. Sie verdienen es nicht, am Leben zu bleiben. Dann würde er zum Rundfunk gehen und dem deutschen Volk über den Äther verkünden, daß es Toleranz lernen müsse, daß Juden Menschen seien wie alle anderen auch. Er würde Deutschland nicht verlassen. Er würde hier bleiben und die Jugend zur Demokratie erziehen. Er haßte die Nationalsozialisten. Die Deutschen konnte er nicht hassen." [37]

36) Hans Rosenthal, "Zwei Leben in Deutschland", Bergisch-Gladbach 1980, S. 64.

37) Leonard Gross, "Versteckt – Wie Juden in Berlin die Nazi-Zeit überlebten", Reinbek b. Hamburg 1983 (Rowohlt Verlag), S. 130.

Eine solche Auffassung kann auch erschrecken !

Am 6.1.1984 hatte das Oberverwaltungsgericht Münster die Indizierung des Buches "Wahrheit für Deutschland – Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges" mit der Begründung aufgehoben: (wir zitieren in Auszügen – AZ: 20 A 1143/81)

"Gegenstand der Entscheidung war ein Buch, das sich im Schwerpunkt mit der von dem Kläger behaupteten Mitverursachung und Mitschuld des Auslands – insbesondere ausländischer Politiker und Militärs – am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges befaßt. Wie sich aus der Entscheidung vom 7. Juni 1979 ergibt, stand mit Blick auf die Eignung zur Jugendgefährdung vor allem die Frage im Vordergrund, ob in dem Buch möglicherweise – was der Kläger bestreitet – bewußt oder unbewußt historische Unwahrheiten ausgebreitet, insbesondere historische Abläufe aus der Zeit vor Kriegsbeginn unvollständig oder verzeichnet dargelegt werden. Dabei ergaben sich aus Gegenstand und Darstellungsmethode des Buches erkennbar besondere Schwierigkeiten. Der Kläger arbeitet fast durchgehend mit der Wiedergabe wörtlicher Zitate aus Schriften anderer Autoren und aus Reden von Politikern und von anderen Personen. Diese wörtlichen, eng gedruckten Zitate machen in einigen Kapiteln bis zur Hälfte des Gesamttextes aus. Die Zitate werden nicht nur als Belegstellen verwendet. Der Kläger läßt sie vielmehr zumeist bewußt für sich sprechen. Der Eigentext des Klägers hat zum Teil die Funktion einer bloßen Überleitung und Verbindung zwischen den einzelnen Zitattexten, zum Teil verbinden sich mit den Überleitungen Kommentierungen und Wertungen. Diese Arbeitsweise führt dazu, daß der Leser den Text im allgemeinen nicht durch einfache Lektüre bewältigen kann, sondern daß er gezwungen wird, fortwährend über den konkreten Inhalt der Zitatstellen und der Verbindungstexte zu reflektieren.

Der Leser muß sich nicht nur das Geschriebene bewußt machen, sondern darüber nachdenken, in welchem Zusammenhang das Exzerpt ursprünglich, an der Herkunftstelle, gestanden haben mag, und darüber, in welchen Zusammenhang der Kläger das Zitat im Rahmen seines Buches stellt und was er damit an dieser konkreten Stelle in Verbindung mit seinen eigenen Darlegungen zum Ausdruck bringt, zum Ausdruck bringen will oder gar zu verdecken und täuschend zu verändern suchen mag.

Hinzu kommt, daß der Gegenstand dieses Buches geschichtliche Ereignisse aus der jüngeren Vergangenheit bildet, aus einem Zeitabschnitt, dessen Folgewirkungen deutlich bis in die Gegenwartspolitik und die heutigen Auseinandersetzungen hineinreichen und deren wissenschaftliche Beurteilung noch im Fluß ist. Auch dieser spezifische Gegenstand des Buches bewirkt, daß nur derjenige ein qualifiziertes Urteil über den sachlichen Gehalt – insbesondere den Wahrheitsgehalt – abgeben kann, der über ein umfassendes Wissen zur europäischen Zeitgeschichte der letzten 50 bis 60 Jahre verfügt.

Bei dieser Sachlage ergab sich im konkreten Fall als Mindestanforderung an die Mitglieder des Gremiums, daß sie das Buch – eine fast 500 Seiten umfassende, nach Aufbau und inhaltlicher Ausgestaltung einheitliche, in ihren Teilen zusammenhängende Ausarbeitung – vor der Beratung und Entscheidung mit Sorgfalt gelesen haben mußten. Den Umständen nach kann bereits zweifelhaft sein, ob dies bei allen Mitgliedern des am 7. Juni 1979 beschließenden Gremiums der Fall gewesen ist. Aus den beigezogenen Verwaltungsvorgängen der Bundesprüfstelle ergibt sich nämlich, daß bei mehreren der Beisitzer zwischen der Absendung des Buches durch die Bundesprüfstelle an sie und der Rückkehr des Buches bei der Bundesprüfstelle nur wenige Tage gelegen haben. ...

Zumindest leidet die Entscheidung vom 7. Juni 1979 daran, daß es verabsäumt worden ist, über den Wahrheitsgehalt des Buches ... ein Gutachten von einer mit dem in Frage stehenden Thema besonders vertrauten Person oder Institution erstellen zu lassen und zu verwerten und sich auf diese Weise bei der Ermittlung des Sachverhalts fremde Erkenntnismöglichkeiten zunutze zu machen. ...

Auf Grund der ersten Verhandlung vom 9. November 1978 ist zwar ein schriftliches Gutachten des Dr. Graml eingeholt worden.[38] In der mündlichen Verhandlung vom 7. Juni 1979 ist zudem der Gutachter persönlich gehört worden. Das Gremium hat das Gutachten des Dr. Graml jedoch nicht der Entscheidung über den Wahrheitscharakter des Buches zugrunde gelegt. Das läßt sich aus den schriftlichen Gründen der getroffenen Entscheidung

eindeutig entnehmen. ...

Dies alles wäre allerdings unerheblich, wenn davon ausgegangen werden könnte, daß das Gremium selbst über die erforderliche Sachkunde, was die geschichtlichen Ereignisse betrifft, verfügte. Das kann jedoch nach Aufgabenbereich und personeller Ausstattung der Bundesprüfstelle nicht ohne weiteres angenommen werden und hätte daher in der Entscheidung näher dargelegt werden müssen.

Vgl. Kopp, Verwaltungsverfahrensgesetz, 3. Aufl. § 26 Rdnr. 20.

Der normale Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, aus denen die Mitglieder des Prüfungsgremiums ernannt werden, kann, auch wenn er überdurchschnittlich – etwa durch ein Hochschulstudium und Berufstätigkeiten – qualifiziert ist, schlechterdings solche Kenntnisse und Fähigkeiten nicht besitzen, bei denen das bloße Lesen des Buches zur notwendigen Information ausreicht. ...

Es gibt auch keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Beisitzer sich der zeit- und arbeitsaufwendigen Mühe intensiven ergänzenden Literatur- und Quellenstudiums unterzogen haben, zumal sie zum Teil das Buch nur für wenige Tage in Händen hatten. ... Daß einzelne Beisitzer tatsächlich Zeitzeugen gewesen sein mögen, reicht angesichts der Komplexität des Themas für sich allein nicht aus.

Die Entscheidung der Bundesprüfstelle leidet daher an einem Informationsdefizit der beurteilenden Personen und verstößt damit in einer der gerichtlichen Prüfung zugänglichen Weise gegen anerkannte Grundsätze der Ausübung des der Bundesprüfstelle zustehenden Beurteilungsspielraums. Dieser Rechtsfehler verletzt auch im Sinne von § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO Rechte des Klägers, denn mit der mit Beurteilungsspielraum verbundenen Indizierungskompetenz der Bundesprüfstelle korrespondiert ein Recht des Klägers auf fehlerfreie Ausübung des Beurteilungsspielraums in bezug auf das von ihm verfaßte Buch. ...

Die Revision ist nicht zuzulassen, weil die Voraussetzungen der §§ 132 Abs. 2, 137 Abs. 1 VwGO nicht vorliegen. ..."

Gegen dieses Urteil legte die Bundesregierung Beschwerde ein mit dem Antrag, die Revision zuzulassen. In der Begründung ihrer Rechtsvertreter heißt es am 20.3.1984 u.a.:

"Der Kläger hat ein Buch publiziert, in dem auf mehr als 450 Seiten unter Heranziehung umfangreicher Zitate die These aufgestellt wird, der Zweite Weltkrieg sei nicht von Hitler, sondern im wesentlichen von den Alliierten verursacht worden. Das Buch gehört zu dem Kreis jener Publikationen, die auf der Grundlage einer bestimmten politischen Auffassung die im deutschen Namen begangenen Verbrechen zwischen 1933 und 1945 zu bestreiten oder zu verharmlosen suchen.

Die Beklagte hat das Buch indiziert. Sie ist davon ausgegangen, daß die Unwahrheit der Grundthesen des Buches feststeht und daß das Buch nicht zu Zwecken der Wissenschaft zu dienen bestimmt ist. Zu letzterer Frage hat sie zur Verhandlung einen Sachverständigen herangezogen. Für die erstere hat sie die wirklichen Tatsachen als offenkundig angesehen. ...

Das Berufungsgericht ist also der Meinung, die Schuld an der Entstehung des Zweiten Weltkrieges sei eine offene Frage, zu deren Beantwortung auch ein Kollegialorgan, wie dies die Bundesprüfstelle ist, nicht sachkundig sei. Hierüber müßte sie deshalb Sachverständige zur Sachfeststellung anhören.

Da dies nicht geschehen sei, verstoße die Entscheidung der Beklagten gegen 'anerkannte Grundsätze der Ausübung des der Bundesprüfstelle zustehenden Beurteilungsspielraumes'. Sie müsse deshalb aufgehoben werden.

Die Beklagte hält diese Entscheidung für verfehlt. Mit ihr werden Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung aufgeworfen, die der höchstrichterlichen Klärung bedürfen. ...

Die Beklagte hat sich in den letzten Jahren in zunehmendem Maße in zahlreichen Verfahren mit Anträgen auf Indizierung von NS-Schriften zu befassen, insbesondere von Büchern ....

Dieses Schrifttum ist dadurch gekennzeichnet, daß es an sich offenkundige und allgemein anerkannte Tatsachen bestreitet. ... Die Beklagte hat in all diesen Verfahren sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Tatsache der Verursachung des Zweiten Weltkrieges durch Hitler, die Tatsache der Verbrechen in den Konzentrationslagern und die Tatsache der Judenvernichtung offenkundig seien, ... daß mindestens aber es im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens gemäß § 26 VwVfG liegt, diese Tatsachen als feststehend und offenkundig ohne zusätzliche Sachaufklärung ihren Entscheidungen zugrundezulegen.

Erstmals wird jetzt vom Berufungsgericht dies bezweifelt und die Offenkundigkeit dieser Tatsachen bestritten. ... Es bedarf der höchstrichterlichen Klärung, ob diese Auffassung des Berufungsgerichts zutreffend ist. ...

Dabei sind die Hinweise des Berufungsgerichts auf die innere Gestaltung des indizierten Buches für die Fragestellung ohne Bedeutung.

Die hier angesprochenen Publikationen geben sich regelmäßig bewußt wissenschaftlich, häufen Zitate und Belegstellen an und zeichnen sich durch entsprechende Weitschweifigkeit aus. Das kann aus der Sicht der Beklagten an der Offenkundigkeit der Tatsachen nichts ändern. ...

Die angefochtene Entscheidung ist inhaltlich sehr ungewöhnlich. Aus ihr ergibt sich als Auffassung des Gerichts, die Frage nach der Schuld an der Entstehung des Zweiten Weltkrieges sei nicht offenkundig zu beantworten. Sie könne nicht einmal von einem Kollegialorgan in der Zusammensetzung der Bundesprüfstelle selbst beantwortet werden, sondern verlange die Heranziehung von Sachverständigen.

Es kann nicht verschwiegen werden, daß eine solche Auffassung eines Senats eines deutschen Oberverwaltungsgerichts auch erschrecken kann. ..."

Meinungsmacher Rudolf Augstein, r. Heinrich Böll
— nie Schwierigkeiten gehabt mit "offenkundigen Tatsachen" —
— "Offenkundig" ist alles, was "amtlich verkündet" wird —

Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin hat mit Beschluß vom 23.7.1984 (AZ: BVerwG 1 B 49.84) das Buch daraufhin erneut indiziert. Bis zur Stunde ist keine weitere Entscheidung gefallen.

38) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 13, S. 12 - 16.

Was heißt hier "souverän", Herr Minister?

In einem amtlichen Schreiben des Bundesministeriums für Verteidigung (Informations- und Pressestab, Referent Öffentlichkeitsarbeit: AZ 01 - 54 - 14) vom 31.1.1986, gez. Dr. Rautenberg, wird einem 'Wehrdienstverweigerer aus nationalen Gründen' nahegelegt, sich anhand der umfangreichen zeitgeschichtlichen Literatur sachkundig zu machen. "Aus der Fülle falscher Behauptungen, absurder Schlußfolgerungen und abstruser Konstruktionen" griff Dr. Rautenberg einige heraus und behauptete:

1.)

"Die Behauptung, der Kriegszustand bestehe fort, ist unzutreffend. Die Westmächte, Großbritannien, die USA und Frankreich haben am 9. Juli 1951, die Sowjetunion am 25. Januar 1955 den Kriegszustand für beendet erklärt."

Soweit richtig. Doch damit ist noch kein Frieden, sondern ein Zustand geschaffen, der sich aus einem kraft bedingungsloser Kapitulation durchgesetzten Waffenstillstand gegenüber einem total besetzten und aufgeteilten Land zu einer Form des gemeinsamen Zusammenlebens entwickelte, die unter den vom ehemaligen Besetzer gewünschten, kontrollierten und nach wie vor steuerbaren Bedingungen gestaltet ist und bleibt. Hiervon zeugen nicht nur die von den Besatzungsmächten geschaffenen gesetzlichen und personellen Strukturordnungen unserer gesamten Bundesrepublik (trotz Aufhebung des Besatzungsrechts ist nach wie vor eine Fülle von Rechtsetzungen aus der Zeit der Besatzung in Kraft, teils auch veranlaßt von personell ausgesuchten deutschen Willensvermittlern), sondern auch die unübersehbaren existenziellen Abhängigkeiten von der internationalen Mächteverzahnung.

2.)

"Ihre Behauptung, die Feindstaatenklauseln der UN hätten noch immer Gültigkeit und würden kollektive oder individuelle Interventionsrechte gegenüber der Bundesrepublik begründen, ist unzutreffend. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Artikel 53 und 107 weiterhin formaler Fortbestand der UN-Charta sind. Mit dem Beitritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen am 18.09.1973 sind die Feindstaatenklauseln der UN-Charta erloschen.

Die Sowjetunion hat im deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12. August 1970 auf ihr vermeintliches Interventionsrecht aus den Feindstaaten-Klauseln der UN-Charta verzichtet. Die Westmächte haben bereits seit dem 03.10.1954 in gleichlautenden Erklärungen nach der Londoner Konferenz förmlich und bindend auf jedes Interventionsrecht aus den Feindstaatenklauseln verzichtet."

Die Behauptung aus dem Bundesverteidigungsministerium, die Feindstaatenklauseln aus der UNO-Satzung seien erloschen, ist schlicht unwahr. Ganz im Gegenteil sind sie nach wie vor Grundlage des internationalen Rechtssystems unserer Tage, das die Zerstückelung Deutschlands als "rechtens" ausweist. Denn das Wesentliche der Feindstaaten-Klauseln ist nicht das "Interventionsrecht der Siegerstaaten im Falle einer aggressiven Politik der Feindstaaten" — dafür sind ja die befreundeten Truppen im Land, um solche bösen Absichten schon im Keim zu ersticken —. Das Wesentliche der Feindstaatenklauseln der UNO-Satzung ist die Nichtigerklärung jeglicher Völkerrechtsgrundsätze für die "Feindstaaten", sprich : das besiegte Deutschland, in bezug auf Maßnahmen, die die Siegermächte gegenüber diesen Ländern durchgeführt haben. Dies betrifft die willkürlichen Grenzziehungen, die Vertreibung von Millionen aus ihrer Heimat — ja bereits die Kriegsführungsmethoden bis Kriegsende —, die Besatzungspolitik bis zur gegenwärtigen Truppenstationierung mit allem, was damit verbunden ist. Man muß den Text dieser Feindstaaten-Klauseln kennen, dann weiß man auch richtig einzuschätzen, daß kein einziger deutscher Vertreter anläßlich des Beitritts der Bundesrepublik — natürlich erst recht nicht der "DDR" — die Aufhebung dieser Klauseln auch nur gefordert hat:

§53

"Der Sicherheitsrat zieht, wo es angezeigt ist, solche regionale Abkommen oder Organe heran, um Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität durchzuführen. Auf Grund regionaler Abkommen

EMBASSY OF THE
UNITED STATES OF AMERICA
Bonn, Germany

December 12, 1979

Herr Demolsky
Gesellschaft fuer Staats- und
Voelkerrecht
Marburg e.V.
Geschaeftsstelle:GfSV e.V.,
Postfach 220164
4000 Duesseldorf 22

Dear Herr Demolsky:

This is in reply to your inquiry of 7 November 1979 regarding the authority of the United States Ambassador to the Federal Republic of Germany relating to Berlin, and Germany as a whole.

In your letter you cite an article in the newspaper "Der Tagesspiegel" from 31 May 1979 and request verification of a statement therein that the American Ambassador in Bonn, has succeeded to the functions of the U.S. High Commissioner for Germany. To the extent that such functions continue to exist, the statement is correct.

...

Sincerely,

William M. McQuade
Legal Adviser

oder durch regionale Organe sollen jedoch keine Zwangsmaßnahmen ohne Ermächtigung durch den Sicherheitsrat ergriffen werden, ausgenommen Maßnahmen gegen irgendeinen feindlichen Staat im Sinne des Abs. 2 dieses Artikels, wie sie im Art. 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten, Abkommen vorgesehen sind, bis die Organisation auf Ersuchen der betroffenen Regierungen mit der Aufgabe betraut wird, weitere Angriffe durch einen solchen Staat zu verhüten.
2) Der im Abs. 1 dieses Artikels verwendete Ausdruck feindlicher Staat bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Signatars der vorliegenden Satzung gewesen ist.

§ 107

Keine Bestimmung der vorliegenden Satzung macht Maßnahmen ungültig oder unanwendbar, die gegen einen Staat, der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Signatars der vorliegenden Satzung gewesen ist, als Folge dieses Krieges von den Regierungen ergriffen oder gestattet werden, welche die Verantwortung für solche Maßnahmen haben."

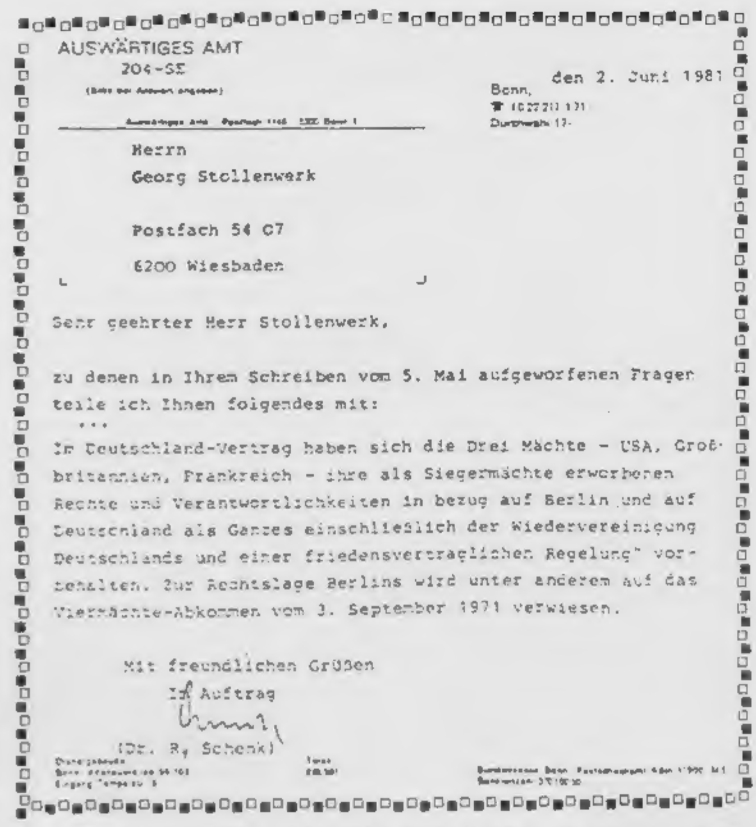
Ganz im Sinne dieser Satzung galt für den US-Staatssekretär (Außenminister) Hull Deutschland bereits im Jahre 1941 als "outlaw nation". [39] Ähnlich drückte sich im Jahre 1944 Präsident F.D. Roosevelt aus. [40]

"Dem gesamten deutschen Volk muß es heimgezahlt werden, daß die gesamte Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Anstandsformen der modernen Zivilisation teilhat."

Insbesondere § 107 hält Deutschland nach wie vor ausgesondert von wesentlichen Völkerrechtsgrundsätzen. Bereits 1953 hieß es in einer juristischen Fachschrift: [41]

"Wenn die Gerechtigkeit, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten für alle Naturrecht wären, so müßten sie allen zukommen, und kein Sieger dürfte sie den Besiegten verweigern. Die Mächte gestatten aber in Art. 107 sich selbst, sich an keine Bestimmung gegenüber den Besiegten im Zweiten Weltkrieg für gebunden zu halten, also alles zu diktieren, was immer sie als Richter in eigener Sache und Vertreter eigener nationaler Interessen für gut finden. Es ist kaum möglich, den juristischen Positivismus extremer auszudrücken, als es hier geschehen ist."

Solange diese Feindstaaten-Klauseln nicht grundsätzlich aus den sogenannten "neuen internationalen Völkerrechtsregeln" entfernt sind, solange könnte der Kommentar der sowjetischen Presseagentur "Nowosti" vom Juli 1968 neu aufgelegt werden. Er lautete:



AUSWÄRTIGES AMT
204-SE

Bonn, den 2. Juni 1981

Herrn
Georg Stollenwerk

Postfach 54 07

6200 Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Stollenwerk,

zu denen in Ihrem Schreiben vom 5. Mai aufgeworfenen Fragen teile ich Ihnen folgendes mit:
...
Im Deutschland-Vertrag haben sich die Drei Mächte - USA, Großbritannien, Frankreich - ihre als Siegermächte erworbenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung" vorbehalten. Zur Rechtslage Berlins wird unter anderem auf das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Dr. R. Schenk)

"In letzter Zeit werden die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta in der westdeutschen Presse lebhaft diskutiert; dabei wird bestritten, daß sie nach wie vor gültig sind. Artikel 53 der UNO-Charta behandelt das Recht des Sicherheitsrates zu Zwangsmaßnahmen gegen einen Staat, der eine den Frieden bedrohende Politik betreibt. In dem Artikel heißt es, es 'sollen jedoch keine Zwangsmaßnahmen ohne Ermächtigungen durch den Sicherheitsrat ergriffen werden, ausgenommen Maßnahmen gegen irgendeinen feindlichen Staat im Sinne dieses Artikels'. Abs. 2 des Artikels 53 erläutert dann, daß der Ausdruck 'feindlicher Staat' jeden Staat bezeichnet, 'der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Signatars der vorliegenden Satzung gewesen ist'.

Artikel 107 der UNO-Charta bestätigt noch einmal ausdrück-

Die „humane" Bombe

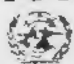
Stationiert in der Bundesrepublik: Raketenwerfer *Lance* — geeignet als Träger von Neutronensprengköpfen

Das Volk hat keine Chance, "Nein!" zu sagen.

39) Cordell Hull, "The Memoirs of Cordell Hull", New York 1948, 2 Bde., S. 1050. — Äußerung am 21.10.1941 vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des US-Senats.

40) Cordell Hull aaO. S. 1603.

41) Rudolf Laun, "Naturrecht und Völkerrecht" in: Jahrbuch für internationales Recht, 4. Bd. 1952/53, Göttingen 1954, S. 18 f.

UNITED NATIONS  NATIONS UNIES

den 1. April 1981

Sehr geehrter Herr Bude-Steinsdorf!

Ich bestätige den Erhalt Ihres an den Herrn Generalsekretär gerichteten Schreibens vom 2. Februar 1981, das mir zur Beantwortung übermittelt wurde.

Zu Ihrer Anfrage bezüglich des Artikels 107 der Satzung der Vereinten Nationen wäre zu bemerken, daß die Aufnahme dieser Bestimmung in die Charta aus der Überlegung erfolgte, dass Kriegsfolgemassnahmen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges durch die Satzung der neugegründeten Weltorganisation nicht berührt werden sollten. Die Verantwortung für solche Massnahmen sollte ausschliesslich bei diesen Staaten liegen.

Artikel 107 der Satzung wurde zwar als Übergangsbestimmung angesehen, jedoch konnte man sich bereits bei den Beratungen zum Satzungsentwurf nicht auf eine bestimmte Geltungsdauer der Vorschrift einigen. Im Zuge der Bemühungen um eine Revision der Satzung hat es Initiativen zur Streichung von Artikel 107 gegeben. Erfolg war diesen Initiativen jedoch nicht beschieden. Es trifft daher zu, daß Artikel 107 der Satzung weiterhin Gültigkeit besitzt.

Mit einer Streichung der Vorschrift ist nur dann zu rechnen, wenn ein entsprechender Antrag mit einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Generalversammlung angenommen wird und zwei Drittel der Mitglieder der Vereinten Nationen einschliesslich aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats die Satzungsänderung nach Massgabe ihres Verfassungsrechts ratifiziert haben. In keinem Fall kann das Sekretariat als Organ der Vereinten Nationen eine Satzungsänderung unabhängig von den Mitgliedstaaten betreiben.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben und verbleibe

Mit vorzüglicher Hochachtung

Karin Rudolph
Legal Officer

lich die Rechtskraft solcher Maßnahmen, die durch keine Bestimmung der vorliegenden Satzung ungültig oder unanwendbar gemacht werden kann, wenn sie von den verantwortlichen Regierungen gegen einen Staat ergriffen oder gestattet werden, 'der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Signatars der vorliegenden Satzung gewesen ist'.

Es ist durchaus verständlich, weshalb diese beiden Artikel der UNO-Charta gewissen Leuten in Bonn nicht ins Konzept passen. Auf die Bundesrepublik Deutschland trifft nämlich der Begriff 'feindlicher Staat' zu, gegen den die Staaten, die im April 1945 die UNO gründeten, sich im Kriegszustand befanden. Am Rhein wird offenbar befürchtet, die UdSSR könnte, wenn nötig, von ihrem in der UNO-Charta verankerten Recht Gebrauch machen und wirksame Maßnahmen gegen eine von Westdeutschland wiederaufgenommene aggressive Politik eingreifen.

Man kann also die Motive durchaus begreifen, von denen sich die aggressiven Kreise in der Bundesrepublik bei ihren Angriffen auf die UNO-Charta leiten lassen. Schwieriger ist es allerdings, die Haltung einiger anderer Länder zu verstehen, die selbst zu den Gründern der UNO gehören, aber heute dennoch die Angriffe der westdeutschen Revanchisten auf die UNO unterstützen. Die britische Regierung z.B. beeilte sich, nach vorheriger Konsultation mit der USA-Regierung, ihren Standpunkt in dieser Frage darzulegen. 'Wir sind der Meinung', erklärte ein Sprecher des Foreign Office, 'daß die sogenannten Feindstaatenartikel der UNO-Charta mit der heutigen Situation nichts mehr gemein haben. ... Wir unterstützen den diesbezüglichen Standpunkt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland'. England studiere zur Zeit die Möglichkeit, der Bundesrepublik in dieser Hinsicht beruhigende Versicherungen zu geben, erklärte der Sprecher des britischen Außenministeriums. Vielleicht verwechseln die englischen Freunde Bonns die UNO mit der NATO? Die Tatsache, daß Westdeutschland sich aus einem 'feindlichen' Staat in einen der britischen Regierung 'befreundeten' Staat verwandelte, bedeutet durchaus nicht, daß es für alle anderen UNO-Mitglieder ebenfalls aufgehört hat, im Sinne der UNO-Charta ein 'Feindstaat' zu sein. ...

Aus der Charta die Artikel über die 'feindlichen Staaten' zu streichen, würde bedeuten, diese Charta auszuhöhlen und die Millionen Opfer des deutschen Militarismus und Faschismus zu verhöhnen. Heute rufen solche Bestrebungen um so größere Empörung hervor, weil in der Bundesrepublik die militaristischen und neonazistischen Kräfte erneut auf den Plan treten, weil die regierenden Kreise dieses Landes sich nach wie vor sträuben, den Status quo in Europa und die nach dem Kriege entstandenen Grenzen anzuerkennen. Diese Politik Westdeutschlands ist ein einziger Affront gegen die Organisation der Vereinten Nationen und gegen die in der UNO-Charta verankerten Prinzipien. ..."

Man sieht: Vornehmlich die Grenzziehung in Osteuropa, ihr "Rechtscharakter" im "internationalen Völkerrecht" hängt damit zusammen, – dauerhaft. Und das kann auch kein Bundesverteidigungsministerium durch große Sprüche als unsichtbar wegzaubern. Die Bedeutung dieser Feindstaatenklauseln, die ja auch auf die "Rechtfindung" der Nürnberger Militärtribunale und die ganze nachfolgende westdeutsche Rechtsentwicklung übergreift, wird aber noch besonders durch zwei Artikel des Bonner Grundgesetzes von 1949 unterstrichen, und somit für jeden Bundesbürger zum Grundrecht:

Art. 25
"Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteile des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes."

Die Satzung der Vereinten Nationen gehört zu den "allgemeinen Regeln des Völkerrechts".

Art. 139
"Die zur 'Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus' erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt."

Besatzungsrecht schwebt somit als ständiges Damoklesschwert über uns. Doch im oben genannten Brief des Bundesverteidigungsministeriums heißt es unter 4.:

"Besatzungsrecht besteht nicht fort; die Bundesrepublik Deutschland ist ein souveräner Staat."

Wir sind so souverän, daß wir in "Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen" keine eigene Politik machen dürfen, daß alliierte Vorbehaltsrechte nicht nur in Berlin, sondern auch im Bundesgebiet "festgeschrieben", und auch weder von der Bundesregierung noch dem Bundestag aufzuheben sind, daß die Beilage zum "Bundesanzeiger" Nr. 187 vom 28.9.1961 ca. 150 derartiger Besatzungsregelungen als noch gültig aufführt und das Bundesjustizministerium noch zwanzig Jahre später mitteilt, daß sich daran nichts geändert habe. Wir sind so souverän, daß sich sogar die 7. Kammer des Frankfurter Verwaltungsgerichts im November 1985 auf ein Besatzungsgesetz der Militärregierung bezog und dies offensichtlich gar nicht kurios fand.